

Gerichtskostengesetz (GKG)

GKG

Ausfertigungsdatum: 05.05.2004

Vollzitat:

"Gerichtskostengesetz vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 22. Dezember 2010 (BGBl. I S. 2248) geändert worden ist"

Stand: Zuletzt geändert durch Art. 12 G v. 22.12.2010 I 2248

Fußnote

(+++ Textnachweis ab: 1. 7.2004 +++)

Das G wurde als Art. 1 des G v. 5.5.2004 I 718 (KostRMoG) vom Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates beschlossen. Es ist gem. Art. 8 Satz 1 dieses G am 1.7.2004 in Kraft getreten.

Inhaltsübersicht

Abschnitt 1

Allgemeine Vorschriften

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Kostenfreiheit
- § 3 Höhe der Kosten
- § 4 Verweisungen
- § 5 Verjährung, Verzinsung
- § 5a Elektronische Akte, elektronisches Dokument

Abschnitt 2

Fälligkeit

- § 6 Fälligkeit der Gebühren im Allgemeinen
- § 7 Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung
- § 8 Strafsachen, Bußgeldsachen
- § 9 Fälligkeit der Gebühren in sonstigen Fällen, Fälligkeit der Auslagen

Abschnitt 3

Vorschuss und Vorauszahlung

- § 10 Grundsatz
- § 11 Verfahren nach dem Arbeitsgerichtsgesetz
- § 12 Verfahren nach der Zivilprozessordnung
- § 13 Verteilungsverfahren nach der Schifffahrtsrechtlichen Verteilungsordnung
- § 14 Ausnahmen von der Abhängigmachung
- § 15 Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren
- § 16 Privatklage, Nebenklage
- § 17 Auslagen
- § 18 Fortdauer der Vorschusspflicht

Abschnitt 4

Kostenansatz

- § 19 Kostenansatz
- § 20 Nachforderung
- § 21 Nichterhebung von Kosten wegen unrichtiger Sachbehandlung

Abschnitt 5

Kostenhaftung

- § 22 Streitverfahren, Bestätigungen und Bescheinigungen zu inländischen Titeln

- § 23 Insolvenzverfahren
- § 23a Sanierungs- und Reorganisationsverfahren nach dem Kreditinstitute-
Reorganisationsgesetz
- § 24 Öffentliche Bekanntmachung in ausländischen Insolvenzverfahren
- § 25 Verteilungsverfahren nach der Schifffahrtsrechtlichen Verteilungsordnung
- § 26 Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren
- § 27 Bußgeldsachen
- § 28 Auslagen in weiteren Fällen
- § 29 Weitere Fälle der Kostenhaftung
- § 30 Erlöschen der Zahlungspflicht
- § 31 Mehrere Kostenschuldner
- § 32 Haftung von Streitgenossen und Beigeladenen
- § 33 Verpflichtung zur Zahlung von Kosten in besonderen Fällen

Abschnitt 6

Gebührenvorschriften

- § 34 Wertgebühren
- § 35 Einmalige Erhebung der Gebühren
- § 36 Teile des Streitgegenstands
- § 37 Zurückverweisung
- § 38 Verzögerung des Rechtsstreits

Abschnitt 7

Wertvorschriften

Unterabschnitt 1

Allgemeine Wertvorschriften

- § 39 Grundsatz
- § 40 Zeitpunkt der Wertberechnung
- § 41 Miet-, Pacht- und ähnliche Nutzungsverhältnisse
- § 42 Wiederkehrende Leistungen
- § 43 Nebenforderungen
- § 44 Stufenklage
- § 45 Klage und Widerklage, Hilfsanspruch, wechselseitige Rechtsmittel, Aufrechnung
- § 46 (weggefallen)
- § 47 Rechtsmittelverfahren

Unterabschnitt 2

Besondere Wertvorschriften

- § 48 Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten
- § 49 (weggefallen)
- § 49a Wohnungseigentumssachen
- § 50 Bestimmte Beschwerdeverfahren
- § 51 Streitsachen und Rechtsmittelverfahren des gewerblichen Rechtsschutzes
- § 51a Rechtsbeschwerdeverfahren nach dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz
- § 52 Verfahren vor Gerichten der Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsbarkeit
- § 53 Einstweiliger Rechtsschutz und Verfahren nach § 148 Abs. 1 und 2 des
Aktiengesetzes
- § 53a Sanierungs- und Reorganisationsverfahren nach dem Kreditinstitute-
Reorganisationsgesetz
- § 54 Zwangsversteigerung
- § 55 Zwangsverwaltung
- § 56 Zwangsversteigerung von Schiffen, Schiffsbauwerken, Luftfahrzeugen und
grundstücksgleichen Rechten
- § 57 Zwangsliquidation einer Bahneinheit
- § 58 Insolvenzverfahren
- § 59 Verteilungsverfahren nach der Schifffahrtsrechtlichen Verteilungsordnung
- § 60 Gerichtliche Verfahren nach dem Strafvollzugsgesetz, auch in Verbindung mit § 92
des Jugendgerichtsgesetzes

Unterabschnitt 3

Wertfestsetzung

- § 61 Angabe des Werts

- § 62 Wertfestsetzung für die Zuständigkeit des Prozessgerichts oder die Zulässigkeit des Rechtsmittels
- § 63 Wertfestsetzung für die Gerichtsgebühren
- § 64 Schätzung des Werts
- § 65 Wertfestsetzung in gerichtlichen Verfahren nach dem Strafvollzugsgesetz, auch in Verbindung mit § 92 des Jugendgerichtsgesetzes

Abschnitt 8

Erinnerung und Beschwerde

- § 66 Erinnerung gegen den Kostenansatz, Beschwerde
- § 67 Beschwerde gegen die Anordnung einer Vorauszahlung
- § 68 Beschwerde gegen die Festsetzung des Streitwerts
- § 69 Beschwerde gegen die Auferlegung einer Verzögerungsgebühr
- § 69a Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör

Abschnitt 9

Schluss- und Übergangsvorschriften

- § 70 Rechnungsgebühren
- § 70a Bekanntmachung von Neufassungen
- § 71 Übergangsvorschrift
- § 72 Übergangsvorschrift aus Anlass des Inkrafttretens dieses Gesetzes
- § 73 Übergangsvorschrift für die Erhebung von Haftkosten

Anlage 1 (zu § 3 Abs. 2)

Anlage 2 (zu § 34)

Abschnitt 1

Allgemeine Vorschriften

§ 1 Geltungsbereich

(1) Für Verfahren vor den ordentlichen Gerichten

1. nach der Zivilprozessordnung, einschließlich des Mahnverfahrens nach § 113 Abs. 2 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und der Verfahren nach dem Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, soweit das Vollstreckungs- oder Arrestgericht zuständig ist;
2. nach der Insolvenzordnung;
3. nach der Schifffahrtsrechtlichen Verteilungsordnung;
4. nach dem Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung;
5. nach der Strafprozessordnung;
6. nach dem Jugendgerichtsgesetz;
7. nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten;
8. nach dem Strafvollzugsgesetz, auch in Verbindung mit § 92 des Jugendgerichtsgesetzes;
9. nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen;
10. nach dem Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz, soweit dort nichts anderes bestimmt ist;
11. nach dem Wertpapierhandelsgesetz;
12. nach dem Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetz;
13. für Rechtsmittelverfahren vor dem Bundesgerichtshof nach dem Patentgesetz, dem Gebrauchsmustergesetz, dem Markengesetz, dem Geschmacksmustergesetz, dem Halbleiterschutzgesetz und dem Sortenschutzgesetz (Rechtsmittelverfahren des gewerblichen Rechtsschutzes);

14. nach dem Energiewirtschaftsgesetz;
15. nach dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz;
16. nach dem EG-Verbraucherschutzdurchsetzungsgesetz und
17. nach Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 des Neunten Teils des Gesetzes über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen

werden Kosten (Gebühren und Auslagen) nur nach diesem Gesetz erhoben. Satz 1 Nr. 1, 6 und 12 gilt nicht in Verfahren, in denen Kosten nach dem Gesetz über Gerichtskosten in Familiensachen zu erheben sind.

(2) Dieses Gesetz ist ferner anzuwenden für Verfahren

1. vor den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit nach der Verwaltungsgerichtsordnung;
2. vor den Gerichten der Finanzgerichtsbarkeit nach der Finanzgerichtsordnung;
3. vor den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit nach dem Sozialgerichtsgesetz, soweit nach diesem Gesetz das Gerichtskostengesetz anzuwenden ist;
4. vor den Gerichten für Arbeitssachen nach dem Arbeitsgerichtsgesetz und
5. vor den Staatsanwaltschaften nach der Strafprozessordnung, dem Jugendgerichtsgesetz und dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten.

(3) Dieses Gesetz gilt auch für Verfahren

1. nach der Verordnung (EG) Nr. 861/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen (ABl. EU Nr. L 199 S. 1) und
2. nach der Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens (ABl. EU Nr. L 399 S. 1).

(4) Kosten nach diesem Gesetz werden auch erhoben für Verfahren über eine Beschwerde, die mit einem der in den Absätzen 1 bis 3 genannten Verfahren im Zusammenhang steht.

§ 2 Kostenfreiheit

(1) In Verfahren vor den ordentlichen Gerichten und den Gerichten der Finanz- und Sozialgerichtsbarkeit sind von der Zahlung der Kosten befreit der Bund und die Länder sowie die nach Haushaltsplänen des Bundes oder eines Landes verwalteten öffentlichen Anstalten und Kassen. In Verfahren der Zwangsvollstreckung wegen öffentlich-rechtlicher Geldforderungen ist maßgebend, wer ohne Berücksichtigung des § 252 der Abgabenordnung oder entsprechender Vorschriften Gläubiger der Forderung ist.

(2) Für Verfahren vor den Gerichten für Arbeitssachen nach § 2a Abs. 1, § 103 Abs. 3, § 108 Abs. 3 und § 109 des Arbeitsgerichtsgesetzes sowie nach den §§ 122 und 126 der Insolvenzordnung werden Kosten nicht erhoben.

(3) Sonstige bundesrechtliche Vorschriften, durch die für Verfahren vor den ordentlichen Gerichten und den Gerichten der Finanz- und Sozialgerichtsbarkeit eine sachliche oder persönliche Befreiung von Kosten gewährt ist, bleiben unberührt. Landesrechtliche Vorschriften, die für diese Verfahren in weiteren Fällen eine sachliche oder persönliche Befreiung von Kosten gewähren, bleiben unberührt.

(4) Vor den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit und den Gerichten für Arbeitssachen finden bundesrechtliche oder landesrechtliche Vorschriften über persönliche Kostenfreiheit keine Anwendung. Vorschriften über sachliche Kostenfreiheit bleiben unberührt.

(5) Soweit jemandem, der von Kosten befreit ist, Kosten des Verfahrens auferlegt werden, sind Kosten nicht zu erheben; bereits erhobene Kosten sind zurückzuzahlen. Das Gleiche gilt, soweit ein von Kosten Befreiter Kosten des Verfahrens übernimmt.

§ 3 Höhe der Kosten

(1) Die Gebühren richten sich nach dem Wert des Streitgegenstands (Streitwert), soweit nichts anderes bestimmt ist.

(2) Kosten werden nach dem Kostenverzeichnis der Anlage 1 zu diesem Gesetz erhoben.

§ 4 Verweisungen

(1) Verweist ein erstinstanzliches Gericht oder ein Rechtsmittelgericht ein Verfahren an ein erstinstanzliches Gericht desselben oder eines anderen Zweiges der Gerichtsbarkeit, ist das frühere erstinstanzliche Verfahren als Teil des Verfahrens vor dem übernehmenden Gericht zu behandeln.

(2) Mehrkosten, die durch Anrufung eines Gerichts entstehen, zu dem der Rechtsweg nicht gegeben oder das für das Verfahren nicht zuständig ist, werden nur dann erhoben, wenn die Anrufung auf verschuldeter Unkenntnis der tatsächlichen oder rechtlichen Verhältnisse beruht. Die Entscheidung trifft das Gericht, an das verwiesen worden ist.

§ 5 Verjährung, Verzinsung

(1) Ansprüche auf Zahlung von Kosten verjähren in vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahrs, in dem das Verfahren durch rechtskräftige Entscheidung über die Kosten, durch Vergleich oder in sonstiger Weise beendet ist. Für die Ansprüche auf Zahlung von Auslagen des erstinstanzlichen Musterverfahrens nach dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz beginnt die Frist frühestens mit dem rechtskräftigen Abschluss des Musterverfahrens.

(2) Ansprüche auf Rückerstattung von Kosten verjähren in vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahrs, in dem die Zahlung erfolgt ist. Die Verjährung beginnt jedoch nicht vor dem im Absatz 1 bezeichneten Zeitpunkt. Durch Einlegung eines Rechtsbehelfs mit dem Ziel der Rückerstattung wird die Verjährung wie durch Klageerhebung gehemmt.

(3) Auf die Verjährung sind die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs anzuwenden; die Verjährung wird nicht von Amts wegen berücksichtigt. Die Verjährung der Ansprüche auf Zahlung von Kosten beginnt auch durch die Aufforderung zur Zahlung oder durch eine dem Schuldner mitgeteilte Stundung erneut. Ist der Aufenthalt des Kostenschuldners unbekannt, genügt die Zustellung durch Aufgabe zur Post unter seiner letzten bekannten Anschrift. Bei Kostenbeträgen unter 25 Euro beginnt die Verjährung weder erneut noch wird sie gehemmt.

(4) Ansprüche auf Zahlung und Rückerstattung von Kosten werden vorbehaltlich der nach Nummer 9018 des Kostenverzeichnisses für das erstinstanzliche Musterverfahren nach dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz geltenden Regelung nicht verzinst.

§ 5a Elektronische Akte, elektronisches Dokument

(1) Die Vorschriften über die elektronische Akte und das gerichtliche elektronische Dokument für das Verfahren, in dem die Kosten anfallen, sind anzuwenden.

(2) Soweit für Anträge und Erklärungen in dem Verfahren, in dem die Kosten anfallen, die Aufzeichnung als elektronisches Dokument genügt, genügt diese Form auch für Anträge und Erklärungen nach diesem Gesetz. Die verantwortende Person soll das Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen. Ist ein übermitteltes elektronisches Dokument für das Gericht zur Bearbeitung nicht geeignet, ist dies dem Absender unter Angabe der geltenden technischen Rahmenbedingungen unverzüglich mitzuteilen.

(3) Ein elektronisches Dokument ist eingereicht, sobald die für den Empfang bestimmte Einrichtung des Gerichts es aufgezeichnet hat.

Abschnitt 2 Fälligkeit

§ 6 Fälligkeit der Gebühren im Allgemeinen

(1) In folgenden Verfahren wird die Verfahrensgebühr mit der Einreichung der Klage-, Antrags-, Einspruchs- oder Rechtsmittelschrift oder mit der Abgabe der entsprechenden Erklärung zu Protokoll fällig:

1. in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten,
2. in Sanierungs- und Reorganisationsverfahren nach dem Kreditinstitute-Reorganisationsgesetz,
3. in Insolvenzverfahren und in schifffahrtsrechtlichen Verteilungsverfahren,
4. in Rechtsmittelverfahren des gewerblichen Rechtsschutzes und
5. in Prozessverfahren vor den Gerichten der Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsbarkeit.

(2) Soweit die Gebühr eine Entscheidung oder sonstige gerichtliche Handlung voraussetzt, wird sie mit dieser fällig.

(3) In Verfahren vor den Gerichten für Arbeitssachen bestimmt sich die Fälligkeit der Kosten nach § 9.

§ 7 Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung

(1) Die Gebühren für die Entscheidung über den Antrag auf Anordnung der Zwangsversteigerung und über den Beitritt werden mit der Entscheidung fällig. Die Gebühr für die Erteilung des Zuschlags wird mit dessen Verkündung und, wenn der Zuschlag von dem Beschwerdegericht erteilt wird, mit der Zustellung des Beschlusses an den Ersteher fällig. Im Übrigen werden die Gebühren im ersten Rechtszug im Verteilungstermin und, wenn das Verfahren vorher aufgehoben wird, mit der Aufhebung fällig.

(2) Absatz 1 Satz 1 gilt im Verfahren der Zwangsverwaltung entsprechend. Die Jahresgebühr wird jeweils mit Ablauf eines Kalenderjahres, die letzte Jahresgebühr mit der Aufhebung des Verfahrens fällig.

§ 8 Strafsachen, Bußgeldsachen

In Strafsachen werden die Kosten, die dem verurteilten Beschuldigten zur Last fallen, erst mit der Rechtskraft des Urteils fällig. Dies gilt in gerichtlichen Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten entsprechend.

§ 9 Fälligkeit der Gebühren in sonstigen Fällen, Fälligkeit der Auslagen

(1) Die Auslagen des Musterverfahrens nach dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz werden mit dem rechtskräftigen Abschluss des Musterverfahrens fällig.

(2) Im Übrigen werden die Gebühren und die Auslagen fällig, wenn

1. eine unbedingte Entscheidung über die Kosten ergangen ist,
2. das Verfahren oder der Rechtszug durch Vergleich oder Zurücknahme beendet ist,
3. das Verfahren sechs Monate ruht oder sechs Monate nicht betrieben worden ist,
4. das Verfahren sechs Monate unterbrochen oder sechs Monate ausgesetzt war oder
5. das Verfahren durch anderweitige Erledigung beendet ist.

(3) Die Dokumentenpauschale sowie die Auslagen für die Versendung und die elektronische Übermittlung von Akten werden sofort nach ihrer Entstehung fällig.

Abschnitt 3

Vorschuss und Vorauszahlung

§ 10 Grundsatz

In weiterem Umfang als die Prozessordnungen und dieses Gesetz es gestatten, darf die Tätigkeit der Gerichte von der Sicherstellung oder Zahlung der Kosten nicht abhängig gemacht werden.

§ 11 Verfahren nach dem Arbeitsgerichtsgesetz

In Verfahren vor den Gerichten für Arbeitssachen sind die Vorschriften dieses Abschnitts nicht anzuwenden; dies gilt für die Zwangsvollstreckung in Arbeitssachen auch dann, wenn das Amtsgericht Vollstreckungsgericht ist.

§ 12 Verfahren nach der Zivilprozessordnung

(1) In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten soll die Klage erst nach Zahlung der Gebühr für das Verfahren im Allgemeinen zugestellt werden. Wird der Klageantrag erweitert, soll vor Zahlung der Gebühr für das Verfahren im Allgemeinen keine gerichtliche Handlung vorgenommen werden; dies gilt auch in der Rechtsmittelinstanz.

(2) Absatz 1 gilt nicht

1. für die Widerklage,
2. für europäische Verfahren für geringfügige Forderungen sowie
3. für Rechtsstreitigkeiten über Erfindungen eines Arbeitnehmers, soweit nach § 39 des Gesetzes über Arbeitnehmererfindungen die für Patentstreitsachen zuständigen Gerichte ausschließlich zuständig sind.

(3) Der Mahnbescheid soll erst nach Zahlung der dafür vorgesehenen Gebühr erlassen werden. Wird der Mahnbescheid maschinell erstellt, gilt Satz 1 erst für den Erlass des Vollstreckungsbescheids. Im Mahnverfahren soll auf Antrag des Antragstellers nach Erhebung des Widerspruchs die Sache an das für das streitige Verfahren als zuständig bezeichnete Gericht erst abgegeben werden, wenn die Gebühr für das Verfahren im Allgemeinen gezahlt ist; dies gilt entsprechend für das Verfahren nach Erlass eines Vollstreckungsbescheids unter Vorbehalt der Ausführung der Rechte des Beklagten. Satz 3 gilt auch für die nach dem Gesetz über Gerichtskosten in Familiensachen zu zahlende Gebühr für das Verfahren im Allgemeinen.

(4) Absatz 3 Satz 1 gilt im Europäischen Mahnverfahren entsprechend. Wird ein europäisches Verfahren für geringfügige Forderungen ohne Anwendung der Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 861/2007 fortgeführt, soll vor Zahlung der Gebühr für das Verfahren im Allgemeinen keine gerichtliche Handlung vorgenommen werden.

(5) Über den Antrag auf Abnahme der eidesstattlichen Versicherung, auf Erteilung einer Ablichtung oder eines Ausdrucks des mit eidesstattlicher Versicherung abgegebenen Vermögensverzeichnisses oder den Antrag auf Gewährung der Einsicht in dieses Vermögensverzeichnis soll erst nach Zahlung der dafür vorgesehenen Gebühr entschieden werden.

(6) Über Anträge auf Erteilung einer weiteren vollstreckbaren Ausfertigung (§ 733 der Zivilprozessordnung) und über Anträge auf gerichtliche Handlungen der Zwangsvollstreckung gemäß § 829 Abs. 1, §§ 835, 839, 846 bis 848, 857, 858, 886 bis 888 oder § 890 der Zivilprozessordnung soll erst nach Zahlung der Gebühr für das Verfahren und der Auslagen für die Zustellung entschieden werden.

§ 13 Verteilungsverfahren nach der Schifffahrtsrechtlichen Verteilungsordnung

Über den Antrag auf Eröffnung des Verteilungsverfahrens nach der Schifffahrtsrechtlichen Verteilungsordnung soll erst nach Zahlung der dafür vorgesehenen Gebühr und der Auslagen für die öffentliche Bekanntmachung entschieden werden.

§ 14 Ausnahmen von der Abhängigmachung

Die §§ 12 und 13 gelten nicht,

1. soweit dem Antragsteller Prozesskostenhilfe bewilligt ist,
2. wenn dem Antragsteller Gebührenfreiheit zusteht oder
3. wenn die beabsichtigte Rechtsverfolgung nicht aussichtslos oder mutwillig erscheint und wenn glaubhaft gemacht wird, dass
 - a) dem Antragsteller die alsbaldige Zahlung der Kosten mit Rücksicht auf seine Vermögenslage oder aus sonstigen Gründen Schwierigkeiten bereiten würde oder
 - b) eine Verzögerung dem Antragsteller einen nicht oder nur schwer zu ersetzenden Schaden bringen würde; zur Glaubhaftmachung genügt in diesem Fall die Erklärung des zum Prozessbevollmächtigten bestellten Rechtsanwalts.

§ 15 Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren

(1) Im Zwangsversteigerungsverfahren ist spätestens bei der Bestimmung des Zwangsversteigerungstermins ein Vorschuss in Höhe des Doppelten einer Gebühr für die Abhaltung des Versteigerungstermins zu erheben.

(2) Im Zwangsverwaltungsverfahren hat der Antragsteller jährlich einen angemessenen Gebührenvorschuss zu zahlen.

§ 16 Privatklage, Nebenklage

(1) Der Privatkläger hat, wenn er Privatklage erhebt, Rechtsmittel einlegt, die Wiederaufnahme beantragt oder das Verfahren nach den §§ 440, 441 der Strafprozessordnung betreibt, für den jeweiligen Rechtszug einen Betrag in Höhe der entsprechenden in den Nummern 3311, 3321, 3331, 3340, 3410, 3431, 3441 oder 3450 des Kostenverzeichnisses bestimmten Gebühr als Vorschuss zu zahlen. Der Widerkläger ist zur Zahlung eines Gebührenvorschusses nicht verpflichtet.

(2) Der Nebenkläger hat, wenn er Rechtsmittel einlegt oder die Wiederaufnahme beantragt, für den jeweiligen Rechtszug einen Betrag in Höhe der entsprechenden in den Nummern 3511, 3521 oder 3530 des Kostenverzeichnisses bestimmten Gebühr als Vorschuss zu zahlen. Wenn er im Verfahren nach den §§ 440, 441 der Strafprozessordnung Rechtsmittel einlegt oder die Wiederaufnahme beantragt, hat er für den jeweiligen Rechtszug einen Betrag in Höhe der entsprechenden in den Nummern 3431, 3441 oder 3450 des Kostenverzeichnisses bestimmten Gebühr als Vorschuss zu zahlen.

§ 17 Auslagen

(1) Wird die Vornahme einer Handlung, mit der Auslagen verbunden sind, beantragt, hat derjenige, der die Handlung beantragt hat, einen zur Deckung der Auslagen hinreichenden Vorschuss zu zahlen. Das Gericht soll die Vornahme der Handlung von der vorherigen Zahlung abhängig machen.

(2) Die Herstellung und Überlassung von Dokumenten auf Antrag sowie die Versendung und die elektronische Übermittlung von Akten können von der vorherigen Zahlung eines die Auslagen deckenden Vorschusses abhängig gemacht werden.

(3) Bei Handlungen, die von Amts wegen vorgenommen werden, kann ein Vorschuss zur Deckung der Auslagen erhoben werden.

(4) Absatz 1 gilt nicht in Musterverfahren nach dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz, für die Anordnung einer Haft und in Strafsachen nur für den Privatkläger, den Widerkläger sowie für den Nebenkläger, der Berufung oder Revision eingelegt hat. Absatz 2 gilt nicht in Strafsachen und in gerichtlichen Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten, wenn der Beschuldigte oder sein Beistand Antragsteller ist. Absatz 3 gilt nicht in Strafsachen, in gerichtlichen Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten sowie in Verfahren über einen Schuldenbereinigungsplan (§ 306 der Insolvenzordnung).

§ 18 Fortdauer der Vorschusspflicht

Die Verpflichtung zur Zahlung eines Vorschusses bleibt bestehen, auch wenn die Kosten des Verfahrens einem anderen auferlegt oder von einem anderen übernommen sind. § 31 Abs. 2 gilt entsprechend.

Abschnitt 4

Kostenansatz

§ 19 Kostenansatz

(1) Außer in Strafsachen und in gerichtlichen Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten werden angesetzt:

1. die Kosten des ersten Rechtszugs bei dem Gericht, bei dem das Verfahren im ersten Rechtszug anhängig ist oder zuletzt anhängig war,
2. die Kosten des Rechtsmittelverfahrens bei dem Rechtsmittelgericht.

Dies gilt auch dann, wenn die Kosten bei einem ersuchten Gericht entstanden sind.

(2) In Strafsachen und in gerichtlichen Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten, in denen eine gerichtliche Entscheidung durch die Staatsanwaltschaft zu vollstrecken ist, werden die Kosten bei der Staatsanwaltschaft angesetzt. In Jugendgerichtssachen, in denen eine Vollstreckung einzuleiten ist, werden die Kosten bei dem Amtsgericht angesetzt, dem der Jugendrichter angehört, der die Vollstreckung einzuleiten hat (§ 84 des Jugendgerichtsgesetzes); ist daneben die Staatsanwaltschaft Vollstreckungsbehörde, werden die Kosten bei dieser angesetzt. Im Übrigen werden die Kosten in diesen Verfahren bei dem Gericht des ersten Rechtszugs angesetzt. Die Kosten des Rechtsmittelverfahrens vor dem Bundesgerichtshof werden stets bei dem Bundesgerichtshof angesetzt.

(3) Hat die Staatsanwaltschaft im Fall des § 25a des Straßenverkehrsgesetzes eine abschließende Entscheidung getroffen, werden die Kosten einschließlich derer, die durch einen Antrag auf gerichtliche Entscheidung entstanden sind, bei ihr angesetzt.

(4) Die Dokumentenpauschale sowie die Auslagen für die Versendung und die elektronische Übermittlung von Akten werden bei der Stelle angesetzt, bei der sie entstanden sind.

(5) Der Kostenansatz kann im Verwaltungsweg berichtigt werden, solange nicht eine gerichtliche Entscheidung getroffen ist. Ergeht nach der gerichtlichen Entscheidung über den Kostenansatz eine Entscheidung, durch die der Streitwert anders festgesetzt wird, kann der Kostenansatz ebenfalls berichtigt werden.

§ 20 Nachforderung

(1) Wegen eines unrichtigen Ansatzes dürfen Kosten nur nachgefordert werden, wenn der berichtigte Ansatz dem Zahlungspflichtigen vor Ablauf des nächsten Kalenderjahres nach Absendung der den Rechtszug abschließenden Kostenrechnung (Schlusskostenrechnung), in Zwangsverwaltungsverfahren der Jahresrechnung, mitgeteilt worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Nachforderung auf vorsätzlich oder grob fahrlässig falschen Angaben des Kostenschuldners beruht oder wenn der ursprüngliche Kostenansatz unter einem bestimmten Vorbehalt erfolgt ist.

(2) Ist innerhalb der Frist des Absatzes 1 ein Rechtsbehelf in der Hauptsache oder wegen der Kosten eingelegt worden, ist die Nachforderung bis zum Ablauf des nächsten Kalenderjahres nach Beendigung dieser Verfahren möglich.

(3) Ist der Wert gerichtlich festgesetzt worden, genügt es, wenn der berichtigte Ansatz dem Zahlungspflichtigen drei Monate nach der letzten Wertfestsetzung mitgeteilt worden ist.

§ 21 Nichterhebung von Kosten wegen unrichtiger Sachbehandlung

(1) Kosten, die bei richtiger Behandlung der Sache nicht entstanden wären, werden nicht erhoben. Das Gleiche gilt für Auslagen, die durch eine von Amts wegen veranlasste

Verlegung eines Termins oder Vertagung einer Verhandlung entstanden sind. Für abweisende Entscheidungen sowie bei Zurücknahme eines Antrags kann von der Erhebung von Kosten abgesehen werden, wenn der Antrag auf unverschuldeter Unkenntnis der tatsächlichen oder rechtlichen Verhältnisse beruht.

(2) Die Entscheidung trifft das Gericht. Solange nicht das Gericht entschieden hat, können Anordnungen nach Absatz 1 im Verwaltungsweg erlassen werden. Eine im Verwaltungsweg getroffene Anordnung kann nur im Verwaltungsweg geändert werden.

Abschnitt 5

Kostenhaftung

§ 22 Streitverfahren, Bestätigungen und Bescheinigungen zu inländischen Titeln

(1) In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten sowie in Verfahren nach § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 13, Abs. 2 Nr. 1 bis 3 sowie Abs. 4 schuldet die Kosten, wer das Verfahren des Rechtszugs beantragt hat. Im Verfahren, das gemäß § 700 Abs. 3 der Zivilprozessordnung dem Mahnverfahren folgt, schuldet die Kosten, wer den Vollstreckungsbescheid beantragt hat. Im Verfahren, das nach Einspruch dem Europäischen Mahnverfahren folgt, schuldet die Kosten, wer den Zahlungsbefehl beantragt hat. Die Gebühr für den Abschluss eines gerichtlichen Vergleichs schuldet jeder, der an dem Abschluss beteiligt ist.

(2) In Verfahren vor den Gerichten für Arbeitssachen ist Absatz 1 nicht anzuwenden, soweit eine Kostenhaftung nach § 29 Nr. 1 oder 2 besteht. Absatz 1 ist ferner nicht anzuwenden, solange bei einer Zurückverweisung des Rechtsstreits an die Vorinstanz nicht feststeht, wer für die Kosten nach § 29 Nr. 1 oder 2 haftet, und der Rechtsstreit noch anhängig ist; er ist jedoch anzuwenden, wenn das Verfahren nach Zurückverweisung sechs Monate geruht hat oder sechs Monate von den Parteien nicht betrieben worden ist.

(3) In Verfahren über Anträge auf Ausstellung einer Bestätigung nach § 1079 der Zivilprozessordnung oder einer Bescheinigung nach § 56 des Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetzes schuldet die Kosten der Antragsteller.

(4) Im erstinstanzlichen Musterverfahren nach dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz ist Absatz 1 nicht anzuwenden. Im Verfahren über die Rechtsbeschwerde nach § 15 des Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetzes schuldet neben dem Rechtsbeschwerdeführer auch der Beigeladene, der dem Rechtsbeschwerdeverfahren auf Seiten des Rechtsbeschwerdeführers beigetreten ist, die Kosten.

§ 23 Insolvenzverfahren

(1) Die Gebühr für das Verfahren über den Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens schuldet, wer den Antrag gestellt hat. Wird der Antrag abgewiesen oder zurückgenommen, gilt dies auch für die entstandenen Auslagen. Die Auslagen nach Nummer 9017 des Kostenverzeichnisses schuldet jedoch nur der Schuldner des Insolvenzverfahrens. Satz 1 und 2 gelten nicht, wenn der Schuldner des Insolvenzverfahrens nach § 14 Absatz 3 der Insolvenzordnung die Kosten des Verfahrens trägt.

(2) Die Kosten des Verfahrens über die Versagung oder den Widerruf der Restschuldbefreiung (§§ 296, 297, 300 und 303 der Insolvenzordnung) schuldet, wer das Verfahren beantragt hat.

(3) Im Übrigen schuldet die Kosten der Schuldner des Insolvenzverfahrens.

§ 23a Sanierungs- und Reorganisationsverfahren nach dem Kreditinstitute-Reorganisationsgesetz

Die Kosten des Sanierungs- und Reorganisationsverfahrens schuldet nur das Kreditinstitut.

§ 24 Öffentliche Bekanntmachung in ausländischen Insolvenzverfahren

Die Kosten des Verfahrens über den Antrag auf öffentliche Bekanntmachung ausländischer Entscheidungen in Insolvenzverfahren oder vergleichbaren Verfahren schuldet, wer das Verfahren beantragt hat.

§ 25 Verteilungsverfahren nach der Schifffahrtsrechtlichen Verteilungsordnung

Die Kosten des Verteilungsverfahrens nach der Schifffahrtsrechtlichen Verteilungsordnung schuldet, wer das Verfahren beantragt hat.

§ 26 Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren

(1) Die Kosten des Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahrens sowie des Verfahrens der Zwangsliquidation einer Bahneinheit schuldet vorbehaltlich des Absatzes 2, wer das Verfahren beantragt hat, soweit die Kosten nicht dem Erlös entnommen werden können.

(2) Die Kosten für die Erteilung des Zuschlags schuldet nur der Ersteher; § 29 Nr. 3 bleibt unberührt. Im Fall der Abtretung der Rechte aus dem Meistgebot oder der Erklärung, für einen Dritten geboten zu haben (§ 81 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung), haften der Ersteher und der Meistbietende als Gesamtschuldner.

(3) Die Kosten des Beschwerdeverfahrens schuldet der Beschwerdeführer.

§ 27 Bußgeldsachen

Der Betroffene, der im gerichtlichen Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten den Einspruch gegen einen Bußgeldbescheid zurücknimmt, schuldet die entstandenen Kosten.

§ 28 Auslagen in weiteren Fällen

(1) Die Dokumentenpauschale schuldet ferner, wer die Erteilung der Ausfertigungen, Ablichtungen oder Ausdrücke beantragt hat. Sind Ablichtungen oder Ausdrücke angefertigt worden, weil die Partei oder der Beteiligte es unterlassen hat, die erforderliche Zahl von Mehrfertigungen beizufügen, schuldet nur die Partei oder der Beteiligte die Dokumentenpauschale.

(2) Die Auslagen nach Nummer 9003 des Kostenverzeichnisses schuldet nur, wer die Versendung oder die elektronische Übermittlung der Akte beantragt hat.

(3) Im Verfahren auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe einschließlich des Verfahrens auf Bewilligung grenzüberschreitender Prozesskostenhilfe ist der Antragsteller Schuldner der Auslagen, wenn der Antrag zurückgenommen oder von dem Gericht abgelehnt oder wenn die Übermittlung des Antrags von der Übermittlungsstelle oder das Ersuchen um Prozesskostenhilfe von der Empfangsstelle abgelehnt wird.

§ 29 Weitere Fälle der Kostenhaftung

Die Kosten schuldet ferner,

1. wem durch gerichtliche oder staatsanwaltschaftliche Entscheidung die Kosten des Verfahrens auferlegt sind;
2. wer sie durch eine vor Gericht abgegebene oder dem Gericht mitgeteilte Erklärung oder in einem vor Gericht abgeschlossenen oder dem Gericht mitgeteilten Vergleich übernommen hat; dies gilt auch, wenn bei einem Vergleich ohne Bestimmung über die Kosten diese als von beiden Teilen je zur Hälfte übernommen anzusehen sind;
3. wer für die Kostenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet und
4. der Vollstreckungsschuldner für die notwendigen Kosten der Zwangsvollstreckung.

§ 30 Erlöschen der Zahlungspflicht

Die durch gerichtliche oder staatsanwaltschaftliche Entscheidung begründete Verpflichtung zur Zahlung von Kosten erlischt, soweit die Entscheidung durch eine andere gerichtliche Entscheidung aufgehoben oder abgeändert wird. Soweit die Verpflichtung zur Zahlung von Kosten nur auf der aufgehobenen oder abgeänderten Entscheidung beruht hat, werden bereits gezahlte Kosten zurückerstattet.

§ 31 Mehrere Kostenschuldner

(1) Mehrere Kostenschuldner haften als Gesamtschuldner.

(2) Soweit ein Kostenschuldner aufgrund von § 29 Nr. 1 oder 2 (Erstschuldner) haftet, soll die Haftung eines anderen Kostenschuldners nur geltend gemacht werden, wenn eine Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen des ersteren erfolglos geblieben ist oder aussichtslos erscheint. Zahlungen des Erstschuldners mindern seine Haftung aufgrund anderer Vorschriften dieses Gesetzes auch dann in voller Höhe, wenn sich seine Haftung nur auf einen Teilbetrag bezieht.

(3) Soweit einem Kostenschuldner, der aufgrund von § 29 Nr. 1 haftet (Entscheidungsschuldner), Prozesskostenhilfe bewilligt worden ist, darf die Haftung eines anderen Kostenschuldners nicht geltend gemacht werden; von diesem bereits erhobene Kosten sind zurückzuzahlen, soweit es sich nicht um eine Zahlung nach § 13 Abs. 1 und 3 des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes handelt und die Partei, der die Prozesskostenhilfe bewilligt worden ist, der besonderen Vergütung zugestimmt hat. Die Haftung eines anderen Kostenschuldners darf auch nicht geltend gemacht werden, soweit dem Entscheidungsschuldner ein Betrag für die Reise zum Ort einer Verhandlung, Vernehmung oder Untersuchung und für die Rückreise gewährt worden ist.

§ 32 Haftung von Streitgenossen und Beigeladenen

(1) Streitgenossen haften als Gesamtschuldner, wenn die Kosten nicht durch gerichtliche Entscheidung unter sie verteilt sind. Soweit einen Streitgenossen nur Teile des Streitgegenstands betreffen, beschränkt sich seine Haftung als Gesamtschuldner auf den Betrag, der entstanden wäre, wenn das Verfahren nur diese Teile betroffen hätte.

(2) Absatz 1 gilt auch für mehrere Beigeladene, denen Kosten auferlegt worden sind.

§ 33 Verpflichtung zur Zahlung von Kosten in besonderen Fällen

Die nach den §§ 53 bis 55, 177, 209 und 269 der Insolvenzordnung sowie den §§ 466 und 471 Abs. 4 der Strafprozessordnung begründete Verpflichtung zur Zahlung von Kosten besteht auch gegenüber der Staatskasse.

Abschnitt 6 Gebührenvorschriften

§ 34 Wertgebühren

(1) Wenn sich die Gebühren nach dem Streitwert richten, beträgt die Gebühr bei einem Streitwert bis 300 Euro 25 Euro. Die Gebühr erhöht sich bei einem

Streitwert bis ... Euro	für jeden angefangenen Betrag von weiteren ... Euro	um ... Euro
1.500	300	10
5.000	500	8
10.000	1.000	15
25.000	3.000	23
50.000	5.000	29
200.000	15.000	100
500.000	30.000	150
über 500.000	50.000	150

Eine Gebührentabelle für Streitwerte bis 500.000 Euro ist diesem Gesetz als Anlage 2 beigelegt.

(2) Der Mindestbetrag einer Gebühr ist 10 Euro.

§ 35 Einmalige Erhebung der Gebühren

Die Gebühr für das Verfahren im Allgemeinen und die Gebühr für eine Entscheidung werden in jedem Rechtszug hinsichtlich eines jeden Teils des Streitgegenstands nur einmal erhoben.

§ 36 Teile des Streitgegenstands

(1) Für Handlungen, die einen Teil des Streitgegenstands betreffen, sind die Gebühren nur nach dem Wert dieses Teils zu berechnen.

(2) Sind von einzelnen Wertteilen in demselben Rechtszug für gleiche Handlungen Gebühren zu berechnen, darf nicht mehr erhoben werden, als wenn die Gebühr von dem Gesamtbetrag der Wertteile zu berechnen wäre.

(3) Sind für Teile des Gegenstands verschiedene Gebührensätze anzuwenden, sind die Gebühren für die Teile gesondert zu berechnen; die aus dem Gesamtbetrag der Wertteile nach dem höchsten Gebührensatz berechnete Gebühr darf jedoch nicht überschritten werden.

§ 37 Zurückverweisung

Wird eine Sache zur anderweitigen Verhandlung an das Gericht des unteren Rechtszugs zurückverwiesen, bildet das weitere Verfahren mit dem früheren Verfahren vor diesem Gericht im Sinne des § 35 einen Rechtszug.

§ 38 Verzögerung des Rechtsstreits

Wird außer im Fall des § 335 der Zivilprozessordnung durch Verschulden des Klägers, des Beklagten oder eines Vertreters die Vertagung einer mündlichen Verhandlung oder die Anberaumung eines neuen Termins zur mündlichen Verhandlung nötig oder ist die Erledigung des Rechtsstreits durch nachträgliches Vorbringen von Angriffs- oder Verteidigungsmitteln, Beweismitteln oder Beweiseinreden, die früher vorgebracht werden konnten, verzögert worden, kann das Gericht dem Kläger oder dem Beklagten von Amts wegen eine besondere Gebühr mit einem Gebührensatz von 1,0 auferlegen. Die Gebühr kann bis auf einen Gebührensatz von 0,3 ermäßigt werden. Dem Kläger, dem Beklagten oder dem Vertreter stehen gleich der Nebenintervenient, der Beigeladene, der Vertreter des Bundesinteresses beim Bundesverwaltungsgericht und der Vertreter des öffentlichen Interesses sowie ihre Vertreter.

Abschnitt 7

Wertvorschriften

Unterabschnitt 1

Allgemeine Wertvorschriften

§ 39 Grundsatz

(1) In demselben Verfahren und in demselben Rechtszug werden die Werte mehrerer Streitgegenstände zusammengerechnet, soweit nichts anderes bestimmt ist.

(2) Der Streitwert beträgt höchstens 30 Millionen Euro, soweit kein niedrigerer Höchstwert bestimmt ist.

§ 40 Zeitpunkt der Wertberechnung

Für die Wertberechnung ist der Zeitpunkt der den jeweiligen Streitgegenstand betreffenden Antragstellung maßgebend, die den Rechtszug einleitet.

§ 41 Miet-, Pacht- und ähnliche Nutzungsverhältnisse

(1) Ist das Bestehen oder die Dauer eines Miet-, Pacht- oder ähnlichen Nutzungsverhältnisses streitig, ist der Betrag des auf die streitige Zeit entfallenden Entgelts und, wenn das einjährige Entgelt geringer ist, dieser Betrag für die Wertberechnung maßgebend. Das Entgelt nach Satz 1 umfasst neben dem Nettogrundentgelt Nebenkosten dann, wenn diese als Pauschale vereinbart sind und nicht gesondert abgerechnet werden.

(2) Wird wegen Beendigung eines Miet-, Pacht- oder ähnlichen Nutzungsverhältnisses die Räumung eines Grundstücks, Gebäudes oder Gebäudeteils verlangt, ist ohne Rücksicht darauf, ob über das Bestehen des Nutzungsverhältnisses Streit besteht, das für die Dauer eines Jahres zu zahlende Entgelt maßgebend, wenn sich nicht nach Absatz 1 ein geringerer Streitwert ergibt. Wird die Räumung oder Herausgabe auch aus einem anderen Rechtsgrund verlangt, ist der Wert der Nutzung eines Jahres maßgebend.

(3) Werden der Anspruch auf Räumung von Wohnraum und der Anspruch nach den §§ 574 bis 574b des Bürgerlichen Gesetzbuchs auf Fortsetzung des Mietverhältnisses über diesen Wohnraum in demselben Prozess verhandelt, werden die Werte nicht zusammengerechnet.

(4) Bei Ansprüchen nach den §§ 574 bis 574b des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist auch für die Rechtsmittelinstanz der für den ersten Rechtszug maßgebende Wert zugrunde zu legen, sofern nicht die Beschwer geringer ist.

(5) Bei Ansprüchen auf Erhöhung der Miete für Wohnraum ist der Jahresbetrag der zusätzlich geforderten Miete, bei Ansprüchen des Mieters auf Durchführung von Instandsetzungsmaßnahmen der Jahresbetrag einer angemessenen Mietminderung und bei Ansprüchen des Vermieters auf Duldung einer Durchführung von Modernisierungs- oder Erhaltungsmaßnahmen der Jahresbetrag einer möglichen Mieterhöhung, in Ermangelung dessen einer sonst möglichen Mietminderung durch den Mieter maßgebend. Endet das Mietverhältnis vor Ablauf eines Jahres, ist ein entsprechend niedrigerer Betrag maßgebend.

§ 42 Wiederkehrende Leistungen

(1) Wird wegen der Tötung eines Menschen oder wegen der Verletzung des Körpers oder der Gesundheit eines Menschen Schadensersatz durch Entrichtung einer Geldrente verlangt, ist der fünffache Betrag des einjährigen Bezugs maßgebend, wenn nicht der Gesamtbetrag der geforderten Leistungen geringer ist. Dies gilt nicht bei Ansprüchen aus einem Vertrag, der auf Leistung einer solchen Rente gerichtet ist.

(2) Bei Ansprüchen auf wiederkehrende Leistungen aus einem öffentlich-rechtlichen Dienst- oder Amtsverhältnis, einer Dienstpflicht oder einer Tätigkeit, die anstelle einer gesetzlichen Dienstpflicht geleistet werden kann, bei Ansprüchen von Arbeitnehmern auf wiederkehrende Leistungen sowie in Verfahren vor Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit, in denen Ansprüche auf wiederkehrende Leistungen dem Grunde oder der Höhe nach geltend gemacht oder abgewehrt werden, ist der dreifache Jahresbetrag der wiederkehrenden Leistungen maßgebend, wenn nicht der Gesamtbetrag der geforderten Leistungen geringer ist. Ist im Verfahren vor den Gerichten der Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit die Höhe des Jahresbetrags nicht nach dem Antrag des Klägers bestimmt oder nach diesem Antrag mit vertretbarem Aufwand bestimmbar, ist der Streitwert nach § 52 Abs. 1 und 2 zu bestimmen.

(3) Für die Wertberechnung bei Rechtsstreitigkeiten vor den Gerichten für Arbeitssachen über das Bestehen, das Nichtbestehen oder die Kündigung eines Arbeitsverhältnisses ist höchstens der Betrag des für die Dauer eines Vierteljahres zu leistenden Arbeitsentgelts maßgebend; eine Abfindung wird nicht hinzugerechnet. Bei Rechtsstreitigkeiten über Eingruppierungen ist der Wert des dreijährigen Unterschiedsbetrags zur begehrten Vergütung maßgebend, sofern nicht der Gesamtbetrag der geforderten Leistungen geringer ist.

(4) Die bei Einreichung der Klage fälligen Beträge werden dem Streitwert hinzugerechnet; dies gilt nicht in Rechtsstreitigkeiten vor den Gerichten für Arbeitssachen. Der Einreichung der Klage steht die Einreichung eines Antrags auf

Bewilligung der Prozesskostenhilfe gleich, wenn die Klage alsbald nach Mitteilung der Entscheidung über den Antrag oder über eine alsbald eingelegte Beschwerde eingereicht wird.

§ 43 Nebenforderungen

(1) Sind außer dem Hauptanspruch auch Früchte, Nutzungen, Zinsen oder Kosten als Nebenforderungen betroffen, wird der Wert der Nebenforderungen nicht berücksichtigt.

(2) Sind Früchte, Nutzungen, Zinsen oder Kosten als Nebenforderungen ohne den Hauptanspruch betroffen, ist der Wert der Nebenforderungen maßgebend, soweit er den Wert des Hauptanspruchs nicht übersteigt.

(3) Sind die Kosten des Rechtsstreits ohne den Hauptanspruch betroffen, ist der Betrag der Kosten maßgebend, soweit er den Wert des Hauptanspruchs nicht übersteigt.

§ 44 Stufenklage

Wird mit der Klage auf Rechnungslegung oder auf Vorlegung eines Vermögensverzeichnisses oder auf Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung die Klage auf Herausgabe desjenigen verbunden, was der Beklagte aus dem zugrunde liegenden Rechtsverhältnis schuldet, ist für die Wertberechnung nur einer der verbundenen Ansprüche, und zwar der höhere, maßgebend.

§ 45 Klage und Widerklage, Hilfsanspruch, wechselseitige Rechtsmittel, Aufrechnung

(1) In einer Klage und in einer Widerklage geltend gemachte Ansprüche, die nicht in getrennten Prozessen verhandelt werden, werden zusammengerechnet. Ein hilfsweise geltend gemachter Anspruch wird mit dem Hauptanspruch zusammengerechnet, soweit eine Entscheidung über ihn ergeht. Betreffen die Ansprüche im Fall des Satzes 1 oder 2 denselben Gegenstand, ist nur der Wert des höheren Anspruchs maßgebend.

(2) Für wechselseitig eingelegte Rechtsmittel, die nicht in getrennten Prozessen verhandelt werden, ist Absatz 1 Satz 1 und 3 entsprechend anzuwenden.

(3) Macht der Beklagte hilfsweise die Aufrechnung mit einer bestrittenen Gegenforderung geltend, erhöht sich der Streitwert um den Wert der Gegenforderung, soweit eine der Rechtskraft fähige Entscheidung über sie ergeht.

(4) Bei einer Erledigung des Rechtsstreits durch Vergleich sind die Absätze 1 bis 3 entsprechend anzuwenden.

§ 46 (weggefallen)

§ 47 Rechtsmittelverfahren

(1) Im Rechtsmittelverfahren bestimmt sich der Streitwert nach den Anträgen des Rechtsmittelführers. Endet das Verfahren, ohne dass solche Anträge eingereicht werden, oder werden, wenn eine Frist für die Rechtsmittelbegründung vorgeschrieben ist, innerhalb dieser Frist Rechtsmittelanträge nicht eingereicht, ist die Beschwer maßgebend.

(2) Der Streitwert ist durch den Wert des Streitgegenstands des ersten Rechtszugs begrenzt. Das gilt nicht, soweit der Streitgegenstand erweitert wird.

(3) Im Verfahren über den Antrag auf Zulassung des Rechtsmittels und im Verfahren über die Beschwerde gegen die Nichtzulassung des Rechtsmittels ist Streitwert der für das Rechtsmittelverfahren maßgebende Wert.

Unterabschnitt 2

Besondere Wertvorschriften

§ 48 Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten

(1) In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten richten sich die Gebühren nach den für die Zuständigkeit des Prozessgerichts oder die Zulässigkeit des Rechtsmittels geltenden Vorschriften über den Wert des Streitgegenstands, soweit nichts anderes bestimmt ist. In Rechtsstreitigkeiten aufgrund des Unterlassungsklagengesetzes darf der Streitwert 250 000 Euro nicht übersteigen.

(2) In nichtvermögensrechtlichen Streitigkeiten ist der Streitwert unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls, insbesondere des Umfangs und der Bedeutung der Sache und der Vermögens- und Einkommensverhältnisse der Parteien, nach Ermessen zu bestimmen. Der Wert darf nicht über eine Million Euro angenommen werden.

(3) Ist mit einem nichtvermögensrechtlichen Anspruch ein aus ihm hergeleiteter vermögensrechtlicher Anspruch verbunden, ist nur ein Anspruch, und zwar der höhere, maßgebend.

§ 49 (weggefallen)

§ 49a Wohnungseigentumssachen

(1) Der Streitwert ist auf 50 Prozent des Interesses der Parteien und aller Beigeladenen an der Entscheidung festzusetzen. Er darf das Interesse des Klägers und der auf seiner Seite Beigetretenen an der Entscheidung nicht unterschreiten und das Fünffache des Wertes ihres Interesses nicht überschreiten. Der Wert darf in keinem Fall den Verkehrswert des Wohnungseigentums des Klägers und der auf seiner Seite Beigetretenen übersteigen.

(2) Richtet sich eine Klage gegen einzelne Wohnungseigentümer, darf der Streitwert das Fünffache des Wertes ihres Interesses sowie des Interesses der auf ihrer Seite Beigetretenen nicht übersteigen. Absatz 1 Satz 3 gilt entsprechend.

§ 50 Bestimmte Beschwerdeverfahren

(1) In folgenden Verfahren bestimmt sich der Wert nach § 3 der Zivilprozessordnung:

1. über Beschwerden gegen Verfügungen der Kartellbehörden und über Rechtsbeschwerden (§§ 63 und 74 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen),
2. über Beschwerden gegen Entscheidungen der Regulierungsbehörde und über Rechtsbeschwerden (§§ 75 und 86 des Energiewirtschaftsgesetzes),
3. über Beschwerden gegen Verfügungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (§ 48 des Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes und § 37u Abs. 1 des Wertpapierhandelsgesetzes) und
4. über Beschwerden gegen Entscheidungen der zuständigen Behörde und über Rechtsbeschwerden (§§ 13 und 24 des EG-Verbraucherschutzdurchsetzungsgesetzes).

Im Verfahren über Beschwerden eines Beigeladenen (§ 54 Abs. 2 Nr. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, § 79 Abs. 1 Nr. 3 des Energiewirtschaftsgesetzes und § 16 Nr. 3 des EG-Verbraucherschutzdurchsetzungsgesetzes) ist der Streitwert unter Berücksichtigung der sich für den Beigeladenen ergebenden Bedeutung der Sache nach Ermessen zu bestimmen.

(2) Im Verfahren über die Beschwerde gegen die Entscheidung der Vergabekammer (§ 116 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen) einschließlich des Verfahrens über den Antrag nach § 115 Abs. 2 Satz 2 und 3, § 118 Abs. 1 Satz 3 und nach § 121 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen beträgt der Streitwert 5 Prozent der Bruttoauftragssumme.

§ 51 Streitsachen und Rechtsmittelverfahren des gewerblichen Rechtsschutzes

(1) In Verfahren nach dem Patentgesetz, dem Gebrauchsmustergesetz, dem Markengesetz, dem Geschmacksmustergesetz, dem Halbleiterschutzgesetz und dem Sortenschutzgesetz ist der Wert nach billigem Ermessen zu bestimmen.

(2) Die Vorschriften über die Anordnung der Streitwertbegünstigung (§ 144 des Patentgesetzes, § 26 des Gebrauchsmustergesetzes, § 142 des Markengesetzes, § 54 des Geschmacksmustergesetzes) sind anzuwenden.

§ 51a Rechtsbeschwerdeverfahren nach dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz

(1) Im Rechtsbeschwerdeverfahren nach dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz ist bei der Bestimmung des Streitwerts von der Summe der in sämtlichen nach § 7 des Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetzes ausgesetzten Prozessverfahren geltend gemachten Ansprüche auszugehen, soweit diese Gegenstand des Musterverfahrens sind.

(2) Der Musterkläger und die auf seiner Seite Beigeladenen schulden Gerichtsgebühren jeweils nur nach dem Wert, der sich aus den von ihnen im Prozessverfahren geltend gemachten Ansprüchen, die Gegenstand des Musterverfahrens sind, ergibt.

(3) Der Musterbeklagte und die auf seiner Seite Beigeladenen schulden Gerichtsgebühren jeweils nur nach dem Wert, der sich aus den gegen sie im Prozessverfahren geltend gemachten Ansprüchen, die Gegenstand des Musterverfahrens sind, ergibt.

§ 52 Verfahren vor Gerichten der Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsbarkeit

(1) In Verfahren vor den Gerichten der Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsbarkeit ist, soweit nichts anderes bestimmt ist, der Streitwert nach der sich aus dem Antrag des Klägers für ihn ergebenden Bedeutung der Sache nach Ermessen zu bestimmen.

(2) Bietet der Sach- und Streitstand für die Bestimmung des Streitwerts keine genügenden Anhaltspunkte, ist ein Streitwert von 5.000 Euro anzunehmen.

(3) Betrifft der Antrag des Klägers eine bezifferte Geldleistung oder einen hierauf gerichteten Verwaltungsakt, ist deren Höhe maßgebend.

(4) In Verfahren vor den Gerichten der Finanzgerichtsbarkeit darf der Streitwert nicht unter 1.000 Euro, in Verfahren vor den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit und bei Rechtsstreitigkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz nicht über 2.500.000 Euro und in Verfahren vor den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit über Ansprüche nach dem Vermögensgesetz nicht über 500.000 Euro angenommen werden.

(5) Im Verfahren, das die Begründung, die Umwandlung, das Bestehen, das Nichtbestehen oder die Beendigung eines besoldeten öffentlich-rechtlichen Dienst- oder Amtsverhältnisses betrifft, ist Streitwert

1. der 13fache Betrag des Endgrundgehalts zuzüglich ruhegehaltfähiger Zulagen, wenn Gegenstand des Verfahrens ein Dienst- oder Amtsverhältnis auf Lebenszeit ist;
2. in sonstigen Fällen die Hälfte des sich nach Nummer 1 ergebenden Betrags, die Hälfte des 13fachen Anwärtergrundbetrags zuzüglich eines Anwärtersonderzuschlags oder die Hälfte des vertraglich für die Dauer eines Jahres vereinbarten Gehalts.

Betrifft das Verfahren die Verleihung eines anderen Amtes oder den Zeitpunkt einer Versetzung in den Ruhestand, ist Streitwert die Hälfte des sich nach Satz 1 ergebenden Betrags.

(6) Ist mit einem in Verfahren nach Absatz 5 verfolgten Klagebegehren ein aus ihm hergeleiteter vermögensrechtlicher Anspruch verbunden, ist nur ein Klagebegehren, und zwar das wertmäßig höhere, maßgebend.

(7) Dem Kläger steht gleich, wer sonst das Verfahren des ersten Rechtszugs beantragt hat.

§ 53 Einstweiliger Rechtsschutz und Verfahren nach § 148 Abs. 1 und 2 des Aktiengesetzes

(1) In folgenden Verfahren bestimmt sich der Wert nach § 3 der Zivilprozessordnung:

1. über einen Antrag auf Anordnung, Abänderung oder Aufhebung eines Arrests oder einer einstweiligen Verfügung,
2. über den Antrag auf Zulassung der Vollziehung einer vorläufigen oder sichernden Maßnahme des Schiedsgerichts,
3. auf Aufhebung oder Abänderung einer Entscheidung auf Zulassung der Vollziehung (§ 1041 der Zivilprozessordnung) und
4. nach § 148 Abs. 1 und 2 des Aktiengesetzes; er darf jedoch ein Zehntel des Grundkapitals oder Stammkapitals des übertragenden oder formwechselnden Rechtsträgers oder, falls der übertragende oder formwechselnde Rechtsträger ein Grundkapital oder Stammkapital nicht hat, ein Zehntel des Vermögens dieses Rechtsträgers, höchstens jedoch 500 000 Euro, nur insoweit übersteigen, als die Bedeutung der Sache für die Parteien höher zu bewerten ist.

(2) In folgenden Verfahren bestimmt sich der Wert nach § 52 Abs. 1 und 2:

1. über einen Antrag auf Erlass, Abänderung oder Aufhebung einer einstweiligen Anordnung nach § 123 der Verwaltungsgerichtsordnung oder § 114 der Finanzgerichtsordnung,
2. nach § 47 Abs. 6, § 80 Abs. 5 bis 8, § 80a Abs. 3 oder § 80b Abs. 2 und 3 der Verwaltungsgerichtsordnung,
3. nach § 69 Abs. 3, 5 der Finanzgerichtsordnung,
4. nach § 86b des Sozialgerichtsgesetzes und
5. nach § 50 Abs. 3 bis 5 des Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes.

§ 53a Sanierungs- und Reorganisationsverfahren nach dem Kreditinstitute-Reorganisationsgesetz

Die Gebühren im Sanierungs- und Reorganisationsverfahren werden nach der Bilanzsumme des letzten Jahresabschlusses vor der Stellung des Antrags auf Durchführung des Sanierungs- oder Reorganisationsverfahrens erhoben.

§ 54 Zwangsversteigerung

(1) Bei der Zwangsversteigerung von Grundstücken sind die Gebühren für das Verfahren im Allgemeinen und für die Abhaltung des Versteigerungstermins nach dem gemäß § 74a Abs. 5 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung festgesetzten Wert zu berechnen. Ist ein solcher Wert nicht festgesetzt, ist der Einheitswert maßgebend. Weicht der Gegenstand des Verfahrens vom Gegenstand der Einheitsbewertung wesentlich ab oder hat sich der Wert infolge bestimmter Umstände, die nach dem Feststellungszeitpunkt des Einheitswerts eingetreten sind, wesentlich verändert oder ist ein Einheitswert noch nicht festgestellt, ist der nach den Grundsätzen der Einheitsbewertung geschätzte Wert maßgebend. Wird der Einheitswert nicht nachgewiesen, ist das Finanzamt um Auskunft über die Höhe des Einheitswerts zu ersuchen; § 30 der Abgabenordnung steht der Auskunft nicht entgegen.

(2) Die Gebühr für die Erteilung des Zuschlags bestimmt sich nach dem Gebot ohne Zinsen, für das der Zuschlag erteilt ist, einschließlich des Werts der nach den Versteigerungsbedingungen bestehenden bleibenden Rechte zuzüglich des Betrags, in dessen Höhe der Ersteher nach § 114a des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung als aus dem Grundstück befriedigt gilt. Im Fall der Zwangsversteigerung zur Aufhebung einer Gemeinschaft vermindert sich der Wert nach Satz 1 um den Anteil des Erstehers an dem Gegenstand des Verfahrens; bei Gesamthandeigentum ist jeder Mitberechtigte wie ein Eigentümer nach dem Verhältnis seines Anteils anzusehen.

(3) Die Gebühr für das Verteilungsverfahren bestimmt sich nach dem Gebot ohne Zinsen, für das der Zuschlag erteilt ist, einschließlich des Werts der nach den Versteigerungsbedingungen bestehen bleibenden Rechte. Der Erlös aus einer gesonderten Versteigerung oder sonstigen Verwertung (§ 65 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung) wird hinzugerechnet.

(4) Sind mehrere Gegenstände betroffen, ist der Gesamtwert maßgebend.

(5) Bei Zuschlägen an verschiedene Ersteher wird die Gebühr für die Erteilung des Zuschlags von jedem Ersteher nach dem Wert der auf ihn entfallenden Gegenstände erhoben. Eine Bietergemeinschaft gilt als ein Ersteher.

§ 55 Zwangsverwaltung

Die Gebühr für die Durchführung des Zwangsverwaltungsverfahrens bestimmt sich nach dem Gesamtwert der Einkünfte.

§ 56 Zwangsversteigerung von Schiffen, Schiffsbauwerken, Luftfahrzeugen und grundstücksgleichen Rechten

Die §§ 54 und 55 gelten entsprechend für die Zwangsversteigerung von Schiffen, Schiffsbauwerken und Luftfahrzeugen sowie für die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung von Rechten, die den Vorschriften der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen unterliegen, einschließlich der unbeweglichen Kuxe.

§ 57 Zwangsliquidation einer Bahneinheit

Bei der Zwangsliquidation einer Bahneinheit bestimmt sich die Gebühr für das Verfahren nach dem Gesamtwert der Bestandteile der Bahneinheit.

§ 58 Insolvenzverfahren

(1) Die Gebühren für den Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens und für die Durchführung des Insolvenzverfahrens werden nach dem Wert der Insolvenzmasse zur Zeit der Beendigung des Verfahrens erhoben. Gegenstände, die zur abgesonderten Befriedigung dienen, werden nur in Höhe des für diese nicht erforderlichen Betrags angesetzt.

(2) Ist der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens von einem Gläubiger gestellt, wird die Gebühr für das Verfahren über den Antrag nach dem Betrag seiner Forderung, wenn jedoch der Wert der Insolvenzmasse geringer ist, nach diesem Wert erhoben.

(3) Bei der Beschwerde des Schuldners oder des ausländischen Insolvenzverwalters gegen die Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder gegen die Abweisung des Eröffnungsantrags mangels Masse gilt Absatz 1. Bei der Beschwerde eines sonstigen Antragstellers gegen die Abweisung des Eröffnungsantrags gilt Absatz 2.

§ 59 Verteilungsverfahren nach der Schifffahrtsrechtlichen Verteilungsordnung

Die Gebühren für den Antrag auf Eröffnung des Verteilungsverfahrens nach der Schifffahrtsrechtlichen Verteilungsordnung und für die Durchführung des Verteilungsverfahrens richten sich nach dem Betrag der festgesetzten Haftungssumme. Ist diese höher als der Gesamtbetrag der Ansprüche, für deren Gläubiger das Recht auf Teilnahme an dem Verteilungsverfahren festgestellt wird, richten sich die Gebühren nach dem Gesamtbetrag der Ansprüche.

§ 60 Gerichtliche Verfahren nach dem Strafvollzugsgesetz, auch in Verbindung mit § 92 des Jugendgerichtsgesetzes

Für die Bestimmung des Werts in gerichtlichen Verfahren nach dem Strafvollzugsgesetz, auch in Verbindung mit § 92 des Jugendgerichtsgesetzes, ist § 52 Abs. 1 bis 3 entsprechend anzuwenden; im Verfahren über den Antrag auf Aussetzung des Vollzugs einer Maßnahme der Vollzugsbehörde oder auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gilt § 52 Abs. 1 und 2 entsprechend.

Unterabschnitt 3

Wertfestsetzung

§ 61 Angabe des Werts

Bei jedem Antrag ist der Streitwert, sofern dieser nicht in einer bestimmten Geldsumme besteht, kein fester Wert bestimmt ist oder sich nicht aus früheren Anträgen ergibt, und nach Aufforderung auch der Wert eines Teils des Streitgegenstands schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle anzugeben. Die Angabe kann jederzeit berichtigt werden.

§ 62 Wertfestsetzung für die Zuständigkeit des Prozessgerichts oder die Zulässigkeit des Rechtsmittels

Ist der Streitwert für die Entscheidung über die Zuständigkeit des Prozessgerichts oder die Zulässigkeit des Rechtsmittels festgesetzt, ist die Festsetzung auch für die Berechnung der Gebühren maßgebend, soweit die Wertvorschriften dieses Gesetzes nicht von den Wertvorschriften des Verfahrensrechts abweichen. Satz 1 gilt nicht in Verfahren vor den Gerichten für Arbeitssachen.

§ 63 Wertfestsetzung für die Gerichtsgebühren

(1) Sind Gebühren, die sich nach dem Streitwert richten, mit der Einreichung der Klage-, Antrags-, Einspruchs- oder Rechtsmittelschrift oder mit der Abgabe der entsprechenden Erklärung zu Protokoll fällig, setzt das Gericht sogleich den Wert ohne Anhörung der Parteien durch Beschluss vorläufig fest, wenn Gegenstand des Verfahrens nicht eine bestimmte Geldsumme in Euro ist oder gesetzlich kein fester Wert bestimmt ist. Einwendungen gegen die Höhe des festgesetzten Werts können nur im Verfahren über die Beschwerde gegen den Beschluss, durch den die Tätigkeit des Gerichts aufgrund dieses Gesetzes von der vorherigen Zahlung von Kosten abhängig gemacht wird, geltend gemacht werden. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht in Verfahren vor den Gerichten der Finanzgerichtsbarkeit. Die Gebühren sind in diesen Verfahren vorläufig nach dem in § 52 Abs. 4 bestimmten Mindestwert zu bemessen.

(2) Soweit eine Entscheidung nach § 62 Satz 1 nicht ergeht oder nicht bindet, setzt das Prozessgericht den Wert für die zu erhebenden Gebühren durch Beschluss fest, sobald eine Entscheidung über den gesamten Streitgegenstand ergeht oder sich das Verfahren anderweitig erledigt. In Verfahren vor den Gerichten für Arbeitssachen oder der Finanzgerichtsbarkeit gilt dies nur dann, wenn ein Beteiligter oder die Staatskasse die Festsetzung beantragt oder das Gericht sie für angemessen hält.

(3) Die Festsetzung kann von dem Gericht, das sie getroffen hat, und, wenn das Verfahren wegen der Hauptsache oder wegen der Entscheidung über den Streitwert, den Kostenansatz oder die Kostenfestsetzung in der Rechtsmittelinstanz schwebt, von dem Rechtsmittelgericht von Amts wegen geändert werden. Die Änderung ist nur innerhalb von sechs Monaten zulässig, nachdem die Entscheidung in der Hauptsache Rechtskraft erlangt oder das Verfahren sich anderweitig erledigt hat.

§ 64 Schätzung des Werts

Wird eine Abschätzung durch Sachverständige erforderlich, ist in dem Beschluss, durch den der Wert festgesetzt wird (§ 63), über die Kosten der Abschätzung zu entscheiden. Diese Kosten können ganz oder teilweise der Partei auferlegt werden, welche die Abschätzung durch Unterlassen der ihr obliegenden Wertangabe, durch unrichtige Angabe des Werts, durch unbegründetes Bestreiten des angegebenen Werts oder durch eine unbegründete Beschwerde veranlasst hat.

§ 65 Wertfestsetzung in gerichtlichen Verfahren nach dem Strafvollzugsgesetz, auch in Verbindung mit § 92 des Jugendgerichtsgesetzes

In gerichtlichen Verfahren nach dem Strafvollzugsgesetz, auch in Verbindung mit § 92 des Jugendgerichtsgesetzes, ist der Wert von Amts wegen festzusetzen. § 63 Abs. 3 gilt entsprechend.

Abschnitt 8

Erinnerung und Beschwerde

§ 66 Erinnerung gegen den Kostenansatz, Beschwerde

(1) Über Erinnerungen des Kostenschuldners und der Staatskasse gegen den Kostenansatz entscheidet das Gericht, bei dem die Kosten angesetzt sind. Sind die Kosten bei der Staatsanwaltschaft angesetzt, ist das Gericht des ersten Rechtszugs zuständig. War das Verfahren im ersten Rechtszug bei mehreren Gerichten anhängig, ist das Gericht, bei dem es zuletzt anhängig war, auch insoweit zuständig, als Kosten bei den anderen Gerichten angesetzt worden sind. Soweit sich die Erinnerung gegen den Ansatz der Auslagen des erstinstanzlichen Musterverfahrens nach dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz richtet, entscheidet hierüber das für die Durchführung des Musterverfahrens zuständige Oberlandesgericht.

(2) Gegen die Entscheidung über die Erinnerung findet die Beschwerde statt, wenn der Wert des Beschwerdegegenstands 200 Euro übersteigt. Die Beschwerde ist auch zulässig, wenn sie das Gericht, das die angefochtene Entscheidung erlassen hat, wegen der grundsätzlichen Bedeutung der zur Entscheidung stehenden Frage in dem Beschluss zulässt.

(3) Soweit das Gericht die Beschwerde für zulässig und begründet hält, hat es ihr abzuhelpen; im Übrigen ist die Beschwerde unverzüglich dem Beschwerdegericht vorzulegen. Beschwerdegericht ist das nächsthöhere Gericht. Eine Beschwerde an einen obersten Gerichtshof des Bundes findet nicht statt. Das Beschwerdegericht ist an die Zulassung der Beschwerde gebunden; die Nichtzulassung ist unanfechtbar.

(4) Die weitere Beschwerde ist nur zulässig, wenn das Landgericht als Beschwerdegericht entschieden und sie wegen der grundsätzlichen Bedeutung der zur Entscheidung stehenden Frage in dem Beschluss zugelassen hat. Sie kann nur darauf gestützt werden, dass die Entscheidung auf einer Verletzung des Rechts beruht; die §§ 546 und 547 der Zivilprozessordnung gelten entsprechend. Über die weitere Beschwerde entscheidet das Oberlandesgericht. Absatz 3 Satz 1 und 4 gilt entsprechend.

(5) Anträge und Erklärungen können ohne Mitwirkung eines Bevollmächtigten schriftlich eingereicht oder zu Protokoll der Geschäftsstelle abgegeben werden; § 129a der Zivilprozessordnung gilt entsprechend. Für die Bevollmächtigung gelten die Regelungen der für das zugrunde liegende Verfahren geltenden Verfahrensordnung entsprechend. Die Erinnerung ist bei dem Gericht einzulegen, das für die Entscheidung über die Erinnerung zuständig ist. Die Erinnerung kann auch bei der Staatsanwaltschaft eingelegt werden, wenn die Kosten bei dieser angesetzt worden sind. Die Beschwerde ist bei dem Gericht einzulegen, dessen Entscheidung angefochten wird.

(6) Das Gericht entscheidet über die Erinnerung durch eines seiner Mitglieder als Einzelrichter; dies gilt auch für die Beschwerde, wenn die angefochtene Entscheidung von einem Einzelrichter oder einem Rechtspfleger erlassen wurde. Der Einzelrichter überträgt das Verfahren der Kammer oder dem Senat, wenn die Sache besondere Schwierigkeiten tatsächlicher oder rechtlicher Art aufweist oder die Rechtssache grundsätzliche Bedeutung hat. Das Gericht entscheidet jedoch immer ohne Mitwirkung ehrenamtlicher Richter. Auf eine erfolgte oder unterlassene Übertragung kann ein Rechtsmittel nicht gestützt werden.

(7) Erinnerung und Beschwerde haben keine aufschiebende Wirkung. Das Gericht oder das Beschwerdegericht kann auf Antrag oder von Amts wegen die aufschiebende Wirkung ganz oder teilweise anordnen; ist nicht der Einzelrichter zur Entscheidung berufen, entscheidet der Vorsitzende des Gerichts.

(8) Die Verfahren sind gebührenfrei. Kosten werden nicht erstattet.

§ 67 Beschwerde gegen die Anordnung einer Vorauszahlung

(1) Gegen den Beschluss, durch den die Tätigkeit des Gerichts nur aufgrund dieses Gesetzes von der vorherigen Zahlung von Kosten abhängig gemacht wird, und wegen der Höhe des in diesem Fall im Voraus zu zahlenden Betrags findet stets die Beschwerde statt. § 66 Abs. 3 Satz 1 bis 3, Abs. 4, 5 Satz 1 und 5, Abs. 6 und 8 ist entsprechend anzuwenden. Soweit sich die Partei in dem Hauptsacheverfahren vor dem Gericht, dessen Entscheidung angefochten werden soll, durch einen Prozessbevollmächtigten vertreten lassen muss, gilt dies auch im Beschwerdeverfahren.

(2) Im Fall des § 17 Abs. 2 ist § 66 entsprechend anzuwenden.

§ 68 Beschwerde gegen die Festsetzung des Streitwerts

(1) Gegen den Beschluss, durch den der Wert für die Gerichtsgebühren festgesetzt worden ist (§ 63 Abs. 2), findet die Beschwerde statt, wenn der Wert des Beschwerdegegenstands 200 Euro übersteigt. Die Beschwerde findet auch statt, wenn sie das Gericht, das die angefochtene Entscheidung erlassen hat, wegen der grundsätzlichen Bedeutung der zur Entscheidung stehenden Frage in dem Beschluss zulässt. Die Beschwerde ist nur zulässig, wenn sie innerhalb der in § 63 Abs. 3 Satz 2 bestimmten Frist eingelegt wird; ist der Streitwert später als einen Monat vor Ablauf dieser Frist festgesetzt worden, kann sie noch innerhalb eines Monats nach Zustellung oder formloser Mitteilung des Festsetzungsbeschlusses eingelegt werden. Im Fall der formlosen Mitteilung gilt der Beschluss mit dem dritten Tage nach Aufgabe zur Post als bekannt gemacht. § 66 Abs. 3, 4, 5 Satz 1, 2 und 5 sowie Abs. 6 ist entsprechend anzuwenden. Die weitere Beschwerde ist innerhalb eines Monats nach Zustellung der Entscheidung des Beschwerdegerichts einzulegen.

(2) War der Beschwerdeführer ohne sein Verschulden verhindert, die Frist einzuhalten, ist ihm auf Antrag von dem Gericht, das über die Beschwerde zu entscheiden hat, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren, wenn er die Beschwerde binnen zwei Wochen nach der Beseitigung des Hindernisses einlegt und die Tatsachen, welche die Wiedereinsetzung begründen, glaubhaft macht. Nach Ablauf eines Jahres, von dem Ende der versäumten Frist an gerechnet, kann die Wiedereinsetzung nicht mehr beantragt werden. Gegen die Ablehnung der Wiedereinsetzung findet die Beschwerde statt. Sie ist nur zulässig, wenn sie innerhalb von zwei Wochen eingelegt wird. Die Frist beginnt mit der Zustellung der Entscheidung. § 66 Abs. 3 Satz 1 bis 3, Abs. 5 Satz 1, 2 und 5 sowie Abs. 6 ist entsprechend anzuwenden.

(3) Die Verfahren sind gebührenfrei. Kosten werden nicht erstattet.

§ 69 Beschwerde gegen die Auferlegung einer Verzögerungsgebühr

Gegen den Beschluss nach § 38 findet die Beschwerde statt, wenn der Wert des Beschwerdegegenstands 200 Euro übersteigt oder das Gericht, das die angefochtene Entscheidung erlassen hat, die Beschwerde wegen der grundsätzlichen Bedeutung in dem Beschluss der zur Entscheidung stehenden Frage zugelassen hat. § 66 Abs. 3, 4, 5 Satz 1, 2 und 5, Abs. 6 und 8 ist entsprechend anzuwenden.

§ 69a Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör

(1) Auf die Rüge eines durch die Entscheidung beschwerten Beteiligten ist das Verfahren fortzuführen, wenn

1. ein Rechtsmittel oder ein anderer Rechtsbehelf gegen die Entscheidung nicht gegeben ist und
2. das Gericht den Anspruch dieses Beteiligten auf rechtliches Gehör in entscheidungserheblicher Weise verletzt hat.

(2) Die Rüge ist innerhalb von zwei Wochen nach Kenntnis von der Verletzung des rechtlichen Gehörs zu erheben; der Zeitpunkt der Kenntniserlangung ist glaubhaft zu machen. Nach Ablauf eines Jahres seit Bekanntmachung der angegriffenen Entscheidung kann die Rüge nicht mehr erhoben werden. Formlos mitgeteilte Entscheidungen gelten

mit dem dritten Tage nach Aufgabe zur Post als bekannt gemacht. Die Rüge ist bei dem Gericht zu erheben, dessen Entscheidung angegriffen wird; § 66 Abs. 5 Satz 1 und 2 gilt entsprechend. Die Rüge muss die angegriffene Entscheidung bezeichnen und das Vorliegen der in Absatz 1 Nr. 2 genannten Voraussetzungen darlegen.

(3) Den übrigen Beteiligten ist, soweit erforderlich, Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(4) Das Gericht hat von Amts wegen zu prüfen, ob die Rüge an sich statthaft und ob sie in der gesetzlichen Form und Frist erhoben ist. Mangelt es an einem dieser Erfordernisse, so ist die Rüge als unzulässig zu verwerfen. Ist die Rüge unbegründet, weist das Gericht sie zurück. Die Entscheidung ergeht durch unanfechtbaren Beschluss. Der Beschluss soll kurz begründet werden.

(5) Ist die Rüge begründet, so hilft ihr das Gericht ab, indem es das Verfahren fortführt, soweit dies aufgrund der Rüge geboten ist.

(6) Kosten werden nicht erstattet.

Abschnitt 9

Schluss- und Übergangsvorschriften

§ 70 Rechnungsgebühren

(1) Soweit in den Ländern für Rechnungsarbeiten Bedienstete besonders bestellt werden (Rechnungsbeamte), sind als Auslagen Rechnungsgebühren zu erheben, die nach dem für die Arbeit erforderlichen Zeitaufwand bemessen werden. Sie betragen für jede Stunde 10 Euro. Die letzte bereits begonnene Stunde wird voll gerechnet, wenn sie zu mehr als 30 Minuten für die Erbringung der Arbeit erforderlich war; anderenfalls sind 5 Euro zu erheben.

(2) Die Rechnungsgebühren setzt das Gericht, das den Rechnungsbeamten beauftragt hat, von Amts wegen fest. Gegen die Festsetzung findet die Beschwerde statt, wenn der Wert des Beschwerdegegenstands 200 Euro übersteigt oder das Gericht, das die angefochtene Entscheidung erlassen hat, die Beschwerde wegen der grundsätzlichen Bedeutung der zur Entscheidung stehenden Frage in dem Beschluss zugelassen hat. § 66 Abs. 3 bis 8 gilt entsprechend. Beschwerdeberechtigt sind die Staatskasse und derjenige, der für die Rechnungsgebühren als Kostenschuldner in Anspruch genommen wird. § 69a gilt entsprechend.

§ 70a Bekanntmachung von Neufassungen

Das Bundesministerium der Justiz kann nach Änderungen den Wortlaut des Gesetzes feststellen und als Neufassung im Bundesgesetzblatt bekannt machen. Die Bekanntmachung muss auf diese Vorschrift Bezug nehmen und angeben

1. den Stichtag, zu dem der Wortlaut festgestellt wird,
2. die Änderungen seit der letzten Veröffentlichung des vollständigen Wortlauts im Bundesgesetzblatt sowie
3. das Inkrafttreten der Änderungen.

§ 71 Übergangsvorschrift

(1) In Rechtsstreitigkeiten, die vor dem Inkrafttreten einer Gesetzesänderung anhängig geworden sind, werden die Kosten nach bisherigem Recht erhoben. Dies gilt nicht im Verfahren über ein Rechtsmittel, das nach dem Inkrafttreten einer Gesetzesänderung eingelegt worden ist. Die Sätze 1 und 2 gelten auch, wenn Vorschriften geändert werden, auf die dieses Gesetz verweist.

(2) In Strafsachen, in gerichtlichen Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten und nach dem Strafvollzugsgesetz, auch in Verbindung mit § 92 des Jugendgerichtsgesetzes, werden die Kosten nach dem bisherigen Recht erhoben, wenn die

über die Kosten ergehende Entscheidung vor dem Inkrafttreten einer Gesetzesänderung rechtskräftig geworden ist.

(3) In Insolvenzverfahren, Verteilungsverfahren nach der Schifffahrtsrechtlichen Verteilungsordnung und Verfahren der Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung gilt das bisherige Recht für Kosten, die vor dem Inkrafttreten einer Gesetzesänderung fällig geworden sind.

§ 72 Übergangsvorschrift aus Anlass des Inkrafttretens dieses Gesetzes

Das Gerichtskostengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3047), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 5 des Gesetzes vom 12. März 2004 (BGBl. I S. 390), und Verweisungen hierauf sind weiter anzuwenden

1. in Rechtsstreitigkeiten, die vor dem 1. Juli 2004 anhängig geworden sind; dies gilt nicht im Verfahren über ein Rechtsmittel, das nach dem 1. Juli 2004 eingelegt worden ist;
2. in Strafsachen, in gerichtlichen Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten und nach dem Strafvollzugsgesetz, wenn die über die Kosten ergehende Entscheidung vor dem 1. Juli 2004 rechtskräftig geworden ist;
3. in Insolvenzverfahren, Verteilungsverfahren nach der Schifffahrtsrechtlichen Verteilungsordnung und Verfahren der Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung für Kosten, die vor dem 1. Juli 2004 fällig geworden sind.

§ 73 Übergangsvorschrift für die Erhebung von Haftkosten

Bis zum Erlass landesrechtlicher Vorschriften über die Höhe des Haftkostenbeitrags, der von einem Gefangenen zu erheben ist, sind die Nummern 9010 und 9011 des Kostenverzeichnisses in der bis zum 27. Dezember 2010 geltenden Fassung anzuwenden.

Anlage 1 (zu § 3 Abs. 2)

Kostenverzeichnis

Fundstelle: BGBl. I 2004, 732 - 774;
bzgl. der einzelnen Änderungen vgl. Fußnote

Gliederung

Teil 1

Zivilrechtliche Verfahren vor den ordentlichen Gerichten

Hauptabschnitt 1	Mahnverfahren
Hauptabschnitt 2	Prozessverfahren
Abschnitt 1	Erster Rechtszug
Abschnitt 2	Berufung und bestimmte Beschwerden
Abschnitt 3	Revision, Rechtsbeschwerden nach § 74 GWB, § 86 EnWG und § 24 VSchDG
Abschnitt 4	Zulassung der Sprungrevision, Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision sowie der Rechtsbeschwerden nach § 74 GWB, § 86 EnWG und § 24 VSchDG
Abschnitt 5	Rechtsmittelverfahren des gewerblichen Rechtsschutzes vor dem Bundesgerichtshof
Unterabschnitt 1	Berufungsverfahren
Unterabschnitt 2	Beschwerdeverfahren und Rechtsbeschwerdeverfahren
Hauptabschnitt 3	(weggefallen)
Hauptabschnitt 4	Arrest und einstweilige Verfügung
Abschnitt 1	Erster Rechtszug
Abschnitt 2	Berufung
Abschnitt 3	Beschwerde

Hauptabschnitt 5	Vorbereitung der grenzüberschreitenden Zwangsvollstreckung
Abschnitt 1	Erster Rechtszug
Abschnitt 2	Rechtsmittelverfahren
Hauptabschnitt 6	Sonstige Verfahren
Abschnitt 1	Selbstständiges Beweisverfahren
Abschnitt 2	Schiedsrichterliches Verfahren
Unterabschnitt 1	Erster Rechtszug
Unterabschnitt 2	Rechtsbeschwerde
Abschnitt 3	Besondere Verfahren nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, dem Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz und dem Wertpapierhandelsgesetz
Abschnitt 4	Besondere Verfahren nach dem Aktiengesetz und dem Umwandlungsgesetz
Unterabschnitt 1	Erster Rechtszug
Unterabschnitt 2	Beschwerde
Abschnitt 5	Sanierungs- und Reorganisationsverfahren nach dem Kreditinstitute-Reorganisationsgesetz
Hauptabschnitt 7	Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör
Hauptabschnitt 8	Sonstige Beschwerden und Rechtsbeschwerden
Abschnitt 1	Sonstige Beschwerden
Abschnitt 2	Sonstige Rechtsbeschwerden
Hauptabschnitt 9	Besondere Gebühren
Teil 2	Zwangsvollstreckung nach der Zivilprozessordnung, Insolvenzverfahren und ähnliche Verfahren
Hauptabschnitt 1	Zwangsvollstreckung nach der Zivilprozessordnung
Abschnitt 1	Erster Rechtszug
Abschnitt 2	Beschwerden
Unterabschnitt 1	Beschwerde
Unterabschnitt 2	Rechtsbeschwerde
Hauptabschnitt 2	Verfahren nach dem Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung; Zwangsliquidation einer Bahneinheit
Abschnitt 1	Zwangsversteigerung
Abschnitt 2	Zwangsverwaltung
Abschnitt 3	Zwangsliquidation einer Bahneinheit
Abschnitt 4	Beschwerden
Unterabschnitt 1	Beschwerde
Unterabschnitt 2	Rechtsbeschwerde
Hauptabschnitt 3	Insolvenzverfahren
Abschnitt 1	Eröffnungsverfahren
Abschnitt 2	Durchführung des Insolvenzverfahrens auf Antrag des Schuldners
Abschnitt 3	Durchführung des Insolvenzverfahrens auf Antrag eines Gläubigers
Abschnitt 4	Besonderer Prüfungstermin und schriftliches Prüfungsverfahren (§ 177 InsO)
Abschnitt 5	Restschuldbefreiung
Abschnitt 6	Beschwerden
Unterabschnitt 1	Beschwerde
Unterabschnitt 2	Rechtsbeschwerde
Hauptabschnitt 4	Schifffahrtsrechtliches Verteilungsverfahren
Abschnitt 1	Eröffnungsverfahren
Abschnitt 2	Verteilungsverfahren
Abschnitt 3	Besonderer Prüfungstermin
Abschnitt 4	Beschwerde und Rechtsbeschwerde

Hauptabschnitt 5	Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör
Teil 3	Strafsachen und gerichtliche Verfahren nach dem Strafvollzugsgesetz, auch in Verbindung mit § 92 des Jugendgerichtsgesetzes, sowie Verfahren nach dem Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen
Hauptabschnitt 1	Offizialverfahren
Abschnitt 1	Erster Rechtszug
Abschnitt 2	Berufung
Abschnitt 3	Revision
Abschnitt 4	Wiederaufnahmeverfahren
Hauptabschnitt 2	Klageerzwingungsverfahren, unwahre Anzeige und Zurücknahme des Strafantrags
Hauptabschnitt 3	Privatklage
Abschnitt 1	Erster Rechtszug
Abschnitt 2	Berufung
Abschnitt 3	Revision
Abschnitt 4	Wiederaufnahmeverfahren
Hauptabschnitt 4	Einziehung und verwandte Maßnahmen
Abschnitt 1	Antrag des Privatklägers nach § 440 StPO
Abschnitt 2	Beschwerde
Abschnitt 3	Berufung
Abschnitt 4	Revision
Abschnitt 5	Wiederaufnahmeverfahren
Hauptabschnitt 5	Nebenklage
Abschnitt 1	Berufung
Abschnitt 2	Revision
Abschnitt 3	Wiederaufnahmeverfahren
Hauptabschnitt 6	Sonstige Beschwerden
Hauptabschnitt 7	Entschädigungsverfahren
Hauptabschnitt 8	Gerichtliche Verfahren nach dem Strafvollzugsgesetz, auch in Verbindung mit § 92 des Jugendgerichtsgesetzes
Abschnitt 1	Antrag auf gerichtliche Entscheidung
Abschnitt 2	Rechtsbeschwerde
Abschnitt 3	Vorläufiger Rechtsschutz
Hauptabschnitt 9	Sonstige Verfahren
Abschnitt 1	Vollstreckungshilfeverfahren wegen einer im Ausland rechtskräftig verhängten Geldsanktion
Abschnitt 2	Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör
Teil 4	Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
Hauptabschnitt 1	Bußgeldverfahren
Abschnitt 1	Erster Rechtszug
Abschnitt 2	Rechtsbeschwerde
Abschnitt 3	Wiederaufnahmeverfahren
Hauptabschnitt 2	Einziehung und verwandte Maßnahmen
Abschnitt 1	Beschwerde

Abschnitt 2	Rechtsbeschwerde
Abschnitt 3	Wiederaufnahmeverfahren
Hauptabschnitt 3	Besondere Gebühren
Hauptabschnitt 4	Sonstige Beschwerden
Hauptabschnitt 5	Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör
Teil 5	Verfahren vor den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit
Hauptabschnitt 1	Prozessverfahren
Abschnitt 1	Erster Rechtszug
Unterabschnitt 1	Verwaltungsgericht
Unterabschnitt 2	Oberverwaltungsgericht (Verwaltungsgerichtshof)
Unterabschnitt 3	Bundesverwaltungsgericht
Abschnitt 2	Zulassung und Durchführung der Berufung
Abschnitt 3	Revision
Hauptabschnitt 2	Vorläufiger Rechtsschutz
Abschnitt 1	Verwaltungsgericht sowie Oberverwaltungsgericht (Verwaltungsgerichtshof) und Bundesverwaltungsgericht als Rechtsmittelgerichte in der Hauptsache
Abschnitt 2	Oberverwaltungsgericht (Verwaltungsgerichtshof)
Abschnitt 3	Bundesverwaltungsgericht
Abschnitt 4	Beschwerde
Hauptabschnitt 3	Besondere Verfahren
Hauptabschnitt 4	Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör
Hauptabschnitt 5	Sonstige Beschwerden
Hauptabschnitt 6	Besondere Gebühren
Teil 6	Verfahren vor den Gerichten der Finanzgerichtsbarkeit
Hauptabschnitt 1	Prozessverfahren
Abschnitt 1	Erster Rechtszug
Abschnitt 2	Revision
Hauptabschnitt 2	Vorläufiger Rechtsschutz
Abschnitt 1	Erster Rechtszug
Abschnitt 2	Beschwerde
Hauptabschnitt 3	Besondere Verfahren
Hauptabschnitt 4	Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör
Hauptabschnitt 5	Sonstige Beschwerden
Hauptabschnitt 6	Besondere Gebühr
Teil 7	Verfahren vor den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit
Hauptabschnitt 1	Prozessverfahren
Abschnitt 1	Erster Rechtszug
Abschnitt 2	Berufung
Abschnitt 3	Revision
Hauptabschnitt 2	Vorläufiger Rechtsschutz
Abschnitt 1	Erster Rechtszug

I	Hauptabschnitt 2	I
I	Prozessverfahren	I
I		I
I	Abschnitt 1	I
I	Erster Rechtszug	I
I	Vorbemerkung 1.2.1:	I
I	Die Gebühren dieses Abschnitts entstehen nicht im Musterverfahren	I
I	nach dem KapMuG; das erstinstanzliche Musterverfahren gilt als Teil	I
I	des ersten Rechtszugs des Prozessverfahrens.	I
I	1210 I Verfahren im allgemeinen	I 3,0
I	I Soweit wegen desselben Streitgegen-	I
I	I stands ein Mahnverfahren vorausgegangen ist,	I
I	I entsteht die Gebühr mit dem Eingang der	I
I	I Akten bei dem Gericht, an das der	I
I	I Rechtsstreit nach Erhebung des Widerspruchs	I
I	I oder Einlegung des Einspruchs abgegeben wird;	I
I	I in diesem Fall wird eine Gebühr 1100	I
I	I nach dem Wert des Streitgegenstands	I
I	I angerechnet, der in das Prozessverfahren	I
I	I übergegangen ist. Satz 1 gilt entsprechend,	I
I	I wenn wegen desselben Streitgegenstands ein	I
I	I Europäisches Mahnverfahren vorausgegangen	I
I	I ist.	I
I	1211 I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I
I	I 1. Zurücknahme der Klage	I
I	I a) vor dem Schluss der mündlichen	I
I	I Verhandlung,	I
I	I b) in den Fällen des § 128 Abs. 2 ZPO	I
I	I vor dem Zeitpunkt, der dem Schluss	I
I	I der mündlichen Verhandlung entspricht,	I
I	I c) im Verfahren nach § 495a ZPO, in dem	I
I	I eine mündliche Verhandlung nicht	I
I	I stattfindet, vor Ablauf des Tages, an	I
I	I dem eine Ladung zum Termin zur	I
I	I Verkündung des Urteils zugestellt	I
I	I oder das schriftliche Urteil der	I
I	I Geschäftsstelle übermittelt wird,	I
I	I d) im Fall des § 331 Abs. 3 ZPO vor	I
I	I Ablauf des Tages, an dem das Urteil	I
I	I der Geschäftsstelle übermittelt wird	I
I	I oder	I
I	I e) im europäischen Verfahren für gering-	I
I	I fügige Forderungen, in dem eine	I
I	I mündliche Verhandlung nicht stattfindet,	I
I	I vor Ablauf des Tages, an dem das	I
I	I schriftliche Urteil der Geschäftsstelle	I
I	I übermittelt wird,	I
I	I wenn keine Entscheidung nach § 269	I
I	I Abs. 3 Satz 3 ZPO über die Kosten ergeht	I
I	I oder die Entscheidung einer zuvor	I
I	I mitgeteilten Einigung der Parteien über	I
I	I die Kostentragung oder der	I
I	I Kostenübernahmeerklärung einer Partei	I
I	I folgt,	I
I	I 2. Anerkenntnisurteil, Verzichtsurteil oder	I
I	I Urteil, das nach § 313a Abs. 2 ZPO	I
I	I keinen Tatbestand und keine	I
I	I Entscheidungsgründe enthält,	I
I	I oder nur deshalb Tatbestand und die	I
I	I Entscheidungsgründe enthält, weil zu	I
I	I erwarten ist, dass das Urteil im Ausland	I
I	I geltend gemacht wird (§ 313a Abs. 4 Nr. I	I

I	I	5 ZPO),	I	I
I	I	3. gerichtlichen Vergleich oder	I	I
I	I	4. Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO,	I	I
I	I	wenn keine Entscheidung über die Kosten	I	I
I	I	ergeht oder die Entscheidung einer zuvor	I	I
I	I	mitgeteilten Einigung der Parteien über	I	I
I	I	die Kostentragung oder der	I	I
I	I	Kostenübernahmeerklärung einer Partei	I	I
I	I	folgt,	I	I
I	I	es sei denn, dass bereits ein anderes als	I	I
I	I	eines der in Nummer 2 genannten Urteile	I	I
I	I	oder ein Musterentscheid nach dem KapMuG	I	I
I	I	vorausgegangen ist:	I	I
I	I	Die Gebühr 1210 ermäßigt sich auf	I	1,0
I	I	Die Zurücknahme des Antrags auf	I	I
I	I	Durchführung des streitigen Verfahrens, des	I	I
I	I	Widerspruchs gegen den Mahnbescheid oder	I	I
I	I	des Einspruchs gegen den Vollstreckungs-	I	I
I	I	bescheid stehen der Zurücknahme der Klage	I	I
I	I	gleich.	I	I
I	I	Die Vervollständigung eines ohne Tatbestand	I	I
I	I	und Entscheidungsgründe hergestellten	I	I
I	I	Urteils (§ 313a Abs. 5 ZPO) steht der	I	I
I	I	Ermäßigung nicht entgegen. Die Gebühr	I	I
I	I	ermäßigt sich auch, wenn mehrere	I	I
I	I	Ermäßigungstatbestände erfüllt sind.	I	I
I				I
I		Abschnitt 2		I
I		Berufung und bestimmte Beschwerden		I
I		Vorbemerkung 1.2.2:		I
I		Dieser Abschnitt ist auf folgende Beschwerdeverfahren anzuwenden:		I
I		1. Beschwerden nach den §§ 63 und 116 GWB;		I
I		2. Beschwerden nach § 48 WpÜG;		I
I		3. Beschwerdeverfahren nach § 37u Abs. 1 WpHG;		I
I		4. Beschwerden nach § 75 EnWG;		I
I		5. Beschwerden nach § 13 VSchDG.		I
I	1220	Verfahren im allgemeinen	I	4,0
I	1221	Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I		Zurücknahme des Rechtsmittels, der Klage	I	I
I		oder des Antrags, bevor die Schrift zur	I	I
I		Begründung des Rechtsmittels bei Gericht	I	I
I		eingegangen ist:	I	I
I		Die Gebühr 1220 ermäßigt sich auf	I	1,0
I		Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO	I	I
I		stehen der Zurücknahme gleich, wenn keine	I	I
I		Entscheidung über die Kosten ergeht oder	I	I
I		die Entscheidung einer zuvor mitgeteilten	I	I
I		Einigung der Parteien über die Kostentragung	I	I
I		oder der Kostenübernahmeerklärung einer	I	I
I		Partei folgt.	I	I
I	1222	Beendigung des gesamten Verfahrens, wenn	I	I
I		nicht Nummer 1221 anzuwenden ist, durch	I	I
I		1. Zurücknahme des Rechtsmittels, der Klage	I	I
I		oder des Antrags	I	I
I		a) vor dem Schluss der mündlichen	I	I
I		Verhandlung,	I	I
I		b) in den Fällen des § 128 Abs. 2 ZPO	I	I
I		vor dem Zeitpunkt, der dem Schluss	I	I
I		der mündlichen Verhandlung entspricht,	I	I
I		2. Anerkenntnisurteil, Verzichtsurteil oder	I	I
I		Urteil, das nach § 313a Abs. 2 ZPO	I	I
I		keinen Tatbestand und keine	I	I

I	I	Entscheidungsgründe enthält,	I	I
I	I	3. gerichtlichen Vergleich oder	I	I
I	I	4. Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO,	I	I
I	I	wenn keine Entscheidung über die Kosten	I	I
I	I	ergeht oder die Entscheidung einer	I	I
I	I	zuvor mitgeteilten Einigung der Parteien	I	I
I	I	über die Kostentragung oder der	I	I
I	I	Kostenübernahmeerklärung einer Partei	I	I
I	I	folgt,	I	I
I	I	es sei denn, dass bereits ein anderes als	I	I
I	I	eines der in Nummer 2 genannten Urteile	I	I
I	I	oder ein Beschluss in der Hauptsache	I	I
I	I	vorausgegangen ist:	I	I
I	I	Die Gebühr 1220 ermäßigt sich auf	I	2,0
I	I	Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn	I	I
I	I	mehrere Ermäßigungstatbestände erfüllt sind.	I	I
I 1223	I	Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I	I	ein Urteil, das wegen eines Verzichts der	I	I
I	I	der Parteien nach § 313a Abs. 1 Satz 2 ZPO	I	I
I	I	keine schriftliche Begründung enthält, wenn	I	I
I	I	nicht bereits ein anderes als eines der in	I	I
I	I	Nummer 1222 Nr. 2 genannten Urteile oder	I	I
I	I	ein Beschluss in der Hauptsache	I	I
I	I	vorausgegangen ist:	I	I
I	I	Die Gebühr 1220 ermäßigt sich auf	I	3,0
I	I	Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn	I	I
I	I	daneben Ermäßigungstatbestände nach Nummer	I	I
I	I	1222 erfüllt sind.	I	I
I				I
I		Abschnitt 3		I
I	I	Revision, Rechtsbeschwerden nach § 74 GWB, § 86 EnWG und § 24 VSchDG	I	I
I 1230	I	Verfahren im Allgemeinen	I	5,0
I 1231	I	Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I	I	Zurücknahme des Rechtsmittels, der Klage	I	I
I	I	oder des Antrags, bevor die Schrift zur	I	I
I	I	Begründung des Rechtsmittels bei Gericht	I	I
I	I	eingegangen ist:	I	I
I	I	Die Gebühr 1230 ermäßigt sich auf	I	1,0
I	I	Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO	I	I
I	I	stehen der Zurücknahme gleich, wenn keine	I	I
I	I	Entscheidung über die Kosten ergeht oder	I	I
I	I	die Entscheidung einer zuvor mitgeteilten	I	I
I	I	Einigung der Parteien über die Kosten-	I	I
I	I	tragung oder der Kostenübernahmeerklärung	I	I
I	I	einer Partei folgt.	I	I
I 1232	I	Beendigung des gesamten Verfahrens, wenn	I	I
I	I	nicht Nummer 1231 anzuwenden ist, durch	I	I
I	I	1. Zurücknahme des Rechtsmittels, der Klage	I	I
I	I	oder des Antrags	I	I
I	I	a) vor dem Schluss der mündlichen	I	I
I	I	Verhandlung,	I	I
I	I	b) in den Fällen des § 128 Abs. 2 ZPO vor	I	I
I	I	dem Zeitpunkt, der dem Schluss der	I	I
I	I	mündlichen Verhandlung entspricht,	I	I
I	I	2. Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil,	I	I
I	I	3. gerichtlichen Vergleich oder	I	I
I	I	4. Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO,	I	I
I	I	wenn keine Entscheidung über die Kosten	I	I
I	I	ergeht oder die Entscheidung einer zuvor	I	I
I	I	mitgeteilten Einigung der Parteien über	I	I
I	I	die Kostentragung oder der Kosten-	I	I
I	I	übernahmeerklärung einer Partei folgt,	I	I

I I GebrMG, wenn keine Entscheidung über die I I
I I die Kosten ergeht oder die Entscheidung I I
I I einer zuvor mitgeteilten Einigung der I I
I I Parteien über die Kostentragung oder der I I
I I Kostenübernahmeerklärung einer Partei I I
I I folgt, I I
I I es sei denn, dass bereits ein anderes als I I
I I eines der in Nummer 2 genannten Urteile I I
I I vorausgegangen ist: I I
I I Die Gebühr 1250 ermäßigt sich auf I 3,0 I
I I Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn mehrere I I
I I Ermäßigungstatbestände erfüllt sind. I I

I I Unterabschnitt 2 I I

I I Beschwerdeverfahren und Rechtsbeschwerdeverfahren I I

I 1253 I Verfahren über die Beschwerde nach § 122 I I
I I PatG oder § 20 GebrMG i.V.m. § 122 PatG I I
I I gegen ein Urteil über den Erlass einer I I
I I einstweiligen Verfügung in Zwangslizenzsachen I 2,0 I
I 1254 I Beendigung des gesamten Verfahrens durch I I
I I Zurücknahme der Beschwerde, bevor die Schrift I I
I I zur Begründung der Beschwerde bei Gericht I I
I I eingegangen ist: I I
I I Die Gebühr 1253 ermäßigt sich auf I 1,0 I
I I Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO I I
I I i.V.m. § 121 Abs. 2 Satz 2 PatG, § 20 I I
I I GebrMG stehen der Zurücknahme gleich, wenn I I
I I keine Entscheidung über die Kosten ergeht I I
I I oder die Entscheidung einer zuvor I I
I I mitgeteilten Einigung der Parteien über die I I
I I Kostentragung oder der I I
I I Kostenübernahmeerklärung einer Partei folgt. I I
I 1255 I Verfahren über die Rechtsbeschwerde I 750,00 EUR I
I 1256 I Beendigung des gesamten Verfahrens durch I I
I I Zurücknahme der Rechtsbeschwerde, bevor die I I
I I Schrift zur Begründung der Rechtsbeschwerde I I
I I bei Gericht eingegangen ist: I I
I I Die Gebühr 1255 ermäßigt sich auf I 100,00 EUR I
I I Erledigungserklärungen in entsprechender I I
I I Anwendung des § 91a ZPO stehen der I I
I I Zurücknahme gleich, wenn keine Entscheidung I I
I I über die Kosten ergeht oder die Entscheidung I I
I I einer zuvor mitgeteilten Einigung I I
I I der Parteien über die Kostentragung oder I I
I I der Kostenübernahmeerklärung einer Partei I I
I I folgt. I I

I I Hauptabschnitt 3 I I

I I (weggefallen) I I

I I Hauptabschnitt 4 I I

I I Arrest und einstweilige Verfügung I I

I I *Vorbemerkung 1.4:* I I
I I Im Verfahren über den Antrag auf Anordnung eines Arrests oder einer I I
I I einstweiligen Verfügung und im Verfahren über den Antrag auf I I
I I Aufhebung oder Abänderung (§ 926 Abs. 2, §§ 927, 936 ZPO) werden die I I
I I Gebühren jeweils gesondert erhoben. Im Fall des § 942 ZPO gilt das I I
I I Verfahren vor dem Amtsgericht und dem Gericht der Hauptsache als ein I I
I I Rechtsstreit. I I

I	I	b) in den Fällen des § 128 Abs. 2 ZPO	I	I
I	I	vor dem Zeitpunkt, der dem Schluss	I	I
I	I	der mündlichen Verhandlung entspricht,	I	I
I	I	2. Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil,	I	I
I	I	3. gerichtlichen Vergleich oder	I	I
I	I	4. Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO,	I	I
I	I	wenn keine Entscheidung über die Kosten	I	I
I	I	ergeht oder die Entscheidung einer zuvor	I	I
I	I	mitgeteilten Einigung der Parteien über	I	I
I	I	die Kostentragung oder der	I	I
I	I	Kostenübernahmeerklärung einer Partei	I	I
I	I	folgt,	I	I
I	I	es sei denn, dass bereits ein anderes als	I	I
I	I	eines der in Nummer 2 genannten Urteile	I	I
I	I	vorausgegangen ist:	I	I
I	I	Die Gebühr 1420 ermäßigt sich auf	I	2,0 I
I	I	Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn	I	I
I	I	mehrere Ermäßigungstatbestände erfüllt	I	I
I	I	sind.	I	I
I 1423	I	Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I	I	ein Urteil, das wegen eines Verzichts der	I	I
I	I	Parteien nach § 313a Abs. 1 Satz 2 ZPO	I	I
I	I	keine schriftliche Begründung enthält, wenn	I	I
I	I	nicht bereits ein anderes als eines der in	I	I
I	I	Nummer 1422 Nr. 2 genannten Urteile mit	I	I
I	I	schriftlicher Begründung oder ein	I	I
I	I	Versäumnisurteil vorausgegangen ist:	I	I
I	I	Die Gebühr 1420 ermäßigt sich auf	I	3,0 I
I	I	Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn	I	I
I	I	daneben Ermäßigungstatbestände nach	I	I
I	I	Nummer 1422 erfüllt sind.	I	I
I				I
I		Abschnitt 3		I
I		Beschwerde		I
I 1430	I	Verfahren über die Beschwerde gegen die	I	I
I	I	Zurückweisung eines Antrags auf Anordnung	I	I
I	I	eines Arrests oder einer einstweiligen	I	I
I	I	Verfügung	I	1,5 I
I 1431	I	Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I	I	Zurücknahme der Beschwerde:	I	I
I	I	Die Gebühr 1430 ermäßigt sich auf	I	1,0 I
I				I
I		Hauptabschnitt 5		I
I		Vorbereitung der grenzüberschreitenden Zwangsvollstreckung		I
I		Vorbemerkung 1.5:		I
I		Die Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Schiedsspruchs		I
I		oder deren Aufhebung bestimmt sich nach Nummer 1620.		I
I				I
I		Abschnitt 1		I
I		Erster Rechtszug		I
I 1510	I	Verfahren über Anträge auf	I	I
I	I	1. Vollstreckbarerklärung ausländischer	I	I
I	I	Titel,	I	I
I	I	2. Feststellung, ob die ausländische	I	I
I	I	Entscheidung anzuerkennen ist,	I	I
I	I	3. Erteilung der Vollstreckungsklausel zu	I	I
I	I	ausländischen Titeln und	I	I
I	I	4. Aufhebung oder Abänderung von	I	I
I	I	Entscheidungen in den in den Nummern 1	I	I
I	I	bis 3 genannten Verfahren	I	I
I	I	oder über die Klage auf Erlass eines	I	I
I	I	Vollstreckungsurteils	I	200,00 EUR I

I	I 2. Verfahren nach § 790 ZPO und	I	I
I	I 3. Verfahren über die Berichtigung oder	I	I
I	I den Widerruf einer Bestätigung nach	I	I
I	I § 1079 ZPO:	I	I
I	I Das Rechtsmittel wird verworfen oder	I	I
I	I zurückgewiesen	I	I 50,00 EUR
I			I
I	I Hauptabschnitt 6		I
I	I Sonstige Verfahren		I
I			I
I	I Abschnitt 1		I
I	I Selbständiges Beweisverfahren		I
I 1610	I Verfahren im Allgemeinen	I	I 1,0
I			I
I	I Abschnitt 2		I
I	I Schiedsrichterliches Verfahren		I
I			I
I	I Unterabschnitt 1		I
I	I Erster Rechtszug		I
I 1620	I Verfahren über die Aufhebung oder die	I	I
I	I Vollstreckbarerklärung eines Schiedsspruchs	I	I
I	I oder über die Aufhebung der	I	I
I	I Vollstreckbarerklärung	I	I 2,0
I	I Die Gebühr ist auch im Verfahren über die	I	I
I	I Vollstreckbarerklärung eines ausländischen	I	I
I	I Schiedsspruchs oder deren Aufhebung zu	I	I
I	I erheben.	I	I
I 1621	I Verfahren über den Antrag auf Feststellung	I	I
I	I der Zulässigkeit oder Unzulässigkeit des	I	I
I	I schiedsrichterlichen Verfahrens	I	I 2,0
I 1622	I Verfahren bei Rüge der Unzuständigkeit des	I	I
I	I Schiedsgerichts	I	I 2,0
I 1623	I Verfahren bei der Bestellung eines	I	I
I	I Schiedsrichters oder Ersatzschiedsrichters ..	I	I 0,5
I 1624	I Verfahren über die Ablehnung eines	I	I
I	I Schiedsrichters oder über die Beendigung	I	I
I	I des Schiedsrichteramts	I	I 0,5
I 1625	I Verfahren zur Unterstützung bei der	I	I
I	I Beweisaufnahme oder zur Vornahme sonstiger	I	I
I	I richterlicher Handlungen	I	I 0,5
I 1626	I Verfahren über die Zulassung der Vollziehung		I
I	I einer vorläufigen oder sichernden Maßnahme	I	I
I	I oder über die Aufhebung oder Änderung einer	I	I
I	I Entscheidung über die Zulassung der	I	I
I	I Vollziehung	I	I 2,0
I	I Im Verfahren über die Zulassung der	I	I
I	I Vollziehung und in dem Verfahren über die	I	I
I	I Aufhebung oder Änderung einer Entscheidung	I	I
I	I über die Zulassung der Vollziehung werden	I	I
I	I die Gebühren jeweils gesondert erhoben.	I	I
I 1627	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I	I Zurücknahme des Antrags:	I	I
I	I Die Gebühren 1620 bis 1622 und 1626	I	I
I	I ermäßigen sich auf	I	I 1,0
I			I
I	I Unterabschnitt 2		I
I	I Rechtsbeschwerde		I
I 1628	I Verfahren über die Rechtsbeschwerde in den	I	I
I	I in den Nummern 1620 bis 1622 und 1626	I	I
I	I genannten Verfahren	I	I 3,0
I 1629	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I	I Zurücknahme der Rechtsbeschwerde oder des	I	I

I		Abschnitt 5	I
I		Sanierungs- und Reorganisationsverfahren	I
I		nach dem Kreditinstitute-Reorganisationsgesetz	I
I 1650	I	Sanierungsverfahren	I 0,5
I 1651	I	Die Durchführung des Sanierungsverfahrens	I
I	I	wird nicht angeordnet:	I
I	I	Die Gebühr 1650 beträgt	I 0,2
I 1652	I	Reorganisationsverfahren	I 1,0
I 1653	I	Die Durchführung des	I
I	I	Reorganisationsverfahrens wird nicht	I
I	I	angeordnet:	I
I	I	Die Gebühr 1652 beträgt	I 0,2
I			I
I		Hauptabschnitt 7	I
I		Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör	I
I 1700	I	Verfahren über die Rüge wegen Verletzung	I
I	I	des Anspruchs auf rechtliches Gehör	I
I	I	(§ 321a ZPO, auch i. V. m. § 122a PatG oder	I
I	I	§ 89a MarkenG; § 71a GWB)	I
I	I	Die Rüge wird in vollem Umfang verworfen	I
I	I	oder zurückgewiesen	I 50,00 EUR
I			I
I		Hauptabschnitt 8	I
I		Sonstige Beschwerden und Rechtsbeschwerden	I
I			I
I		Abschnitt 1	I
I		Sonstige Beschwerden	I
I 1810	I	Verfahren über Beschwerden nach § 71	I
I	I	Abs. 2, § 91a Abs. 2, § 99 Abs. 2, § 269 Abs. 5	I
I	I	oder § 494a Abs. 2 Satz 2 ZPO	I 75,00 EUR
I 1811	I	Beendigung des Verfahrens ohne	I
I	I	Entscheidung:	I
I	I	Die Gebühr 1810 ermäßigt sich auf	I 50,00 EUR
I	I	(1) Die Gebühr ermäßigt sich auch im Fall	I
I	I	der Zurücknahme der Beschwerde vor Ablauf	I
I	I	des Tages, an dem die Entscheidung der	I
I	I	Geschäftsstelle übermittelt wird.	I
I	I	(2) Eine Entscheidung über die Kosten	I
I	I	steht der Ermäßigung nicht entgegen, wenn	I
I	I	die Entscheidung einer zuvor mitgeteilten	I
I	I	Einigung der Parteien über die Kostentragung	I
I	I	oder der Kostenübernahmeerklärung einer	I
I	I	Partei folgt.	I
I 1812	I	Verfahren über nicht besonders aufgeführte	I
I	I	Beschwerden, die nicht nach anderen	I
I	I	Vorschriften gebührenfrei sind:	I
I	I	Die Beschwerde wird verworfen oder	I
I	I	zurückgewiesen	I 50,00 EUR
I	I	Wird die Beschwerde nur teilweise verworfen	I
I	I	oder zurückgewiesen, kann das Gericht die	I
I	I	Gebühr nach billigem Ermessen auf die	I
I	I	Hälfte ermäßigen oder bestimmen, dass eine	I
I	I	Gebühr nicht zu erheben ist.	I
I			I
I		Abschnitt 2	I
I		Sonstige Rechtsbeschwerden	I
I 1820	I	Verfahren über Rechtsbeschwerden gegen den	I
I	I	Beschluss, durch den die Berufung als unzu-	I
I	I	lässig verworfen wurde (§ 522 Abs. 1 Satz 2	I
I	I	und 3 ZPO)	I 2,0
I 1821	I	Verfahren über Rechtsbeschwerden nach	I
I	I	§ 15 KapMuG	I 5,0

I 1822	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I	I Zurücknahme der Rechtsbeschwerde, bevor die	I	I
I	I Schrift zur Begründung der Rechtsbeschwerde	I	I
I	I bei Gericht eingegangen ist:	I	I
I	I Die Gebühren 1820 und 1821 ermäßigen	I	I
I	I sich auf	I	I 1,0
I	I Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO	I	I
I	I stehen der Zurücknahme gleich, wenn keine	I	I
I	I Entscheidung über die Kosten ergeht oder	I	I
I	I die Entscheidung einer zuvor mitgeteilten	I	I
I	I Einigung der Parteien über die	I	I
I	I Kostentragung oder der	I	I
I	I Kostenübernahmeerklärung einer Partei folgt.	I	I
I 1823	I Verfahren über Rechtsbeschwerden in den	I	I
I	I Fällen des § 71 Abs. 1, § 91a Abs. 1, § 99	I	I
I	I Abs. 2, § 269 Abs. 4, § 494a Abs. 2 Satz 2 oder	I	I
I	I § 516 Abs. 3 ZPO	I	I 150,00 EUR
I 1824	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I	I Zurücknahme der Rechtsbeschwerde, des	I	I
I	I Antrags oder der Klage, bevor die Schrift	I	I
I	I zur Begründung der Rechtsbeschwerde bei	I	I
I	I Gericht eingegangen ist:	I	I
I	I Die Gebühr 1823 ermäßigt sich auf	I	I 50,00 EUR
I 1825	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I	I Zurücknahme der Rechtsbeschwerde, des	I	I
I	I Antrags oder der Klage vor Ablauf des	I	I
I	I Tages, an dem die Entscheidung der	I	I
I	I Geschäftsstelle übermittelt wird, wenn	I	I
I	I nicht Nummer 1824 erfüllt ist:	I	I
I	I Die Gebühr 1823 ermäßigt sich auf	I	I 75,00 EUR
I 1826	I Verfahren über nicht besonders aufgeführte	I	I
I	I Rechtsbeschwerden, die nicht nach anderen	I	I
I	I Vorschriften gebührenfrei sind:	I	I
I	I Die Rechtsbeschwerde wird verworfen oder	I	I
I	I zurückgewiesen	I	I 100,00 EUR
I	I Wird die Rechtsbeschwerde nur teilweise	I	I
I	I verworfen oder zurückgewiesen, kann das	I	I
I	I Gericht die Gebühr nach billigem	I	I
I	I Ermessen auf die Hälfte ermäßigen oder	I	I
I	I bestimmen, dass eine Gebühr nicht zu	I	I
I	I erheben ist.	I	I
I 1827	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I	I Zurücknahme der Rechtsbeschwerde, des	I	I
I	I Antrags oder der Klage vor Ablauf des	I	I
I	I Tages, an dem die Entscheidung der	I	I
I	I Geschäftsstelle übermittelt wird:	I	I
I	I Die Gebühr 1826 ermäßigt sich auf	I	I 50,00 EUR
I			
	Hauptabschnitt 9		
	Besondere Gebühren		
I 1900	I Abschluss eines gerichtlichen Vergleichs:	I	I
I	I Soweit der Wert des Vergleichsgegenstands	I	I
I	I den Wert des Verfahrensgegenstands	I	I
I	I übersteigt	I	I 0,25
I	I Die Gebühr entsteht nicht im Verfahren	I	I
I	I über die Prozesskostenhilfe.	I	I
I 1901	I Auferlegung einer Gebühr nach § 38 GKG	I	I
I	I wegen Verzögerung des Rechtsstreits	I	I wie vom Gericht
I	I	I	I bestimmt
I			
	Teil 2		
I	Zwangsvollstreckung nach der Zivilprozessordnung,		

Insolvenzverfahren und ähnliche Verfahren		
I Nr.	I Gebührentatbestand	I Gebühr oder Satz I der Gebühr nach I I § 34 GKG I

I	Hauptabschnitt 1	I
I	Zwangsvollstreckung nach der Zivilprozessordnung	I
I		I
I	Abschnitt 1	I
I	Erster Rechtszug	I
I 2110	I Verfahren über den Antrag auf Erteilung I einer weiteren vollstreckbaren Ausfertigung I (§ 733 ZPO)	I 15,00 EUR
I	I Die Gebühr wird für jede weitere I vollstreckbare Ausfertigung gesondert I erhoben. Sind wegen desselben Anspruchs in I einem Mahnverfahren gegen mehrere Personen I gesonderte Vollstreckungsbescheide erlassen I worden und werden hiervon gleichzeitig I mehrere weitere vollstreckbare Ausfertigungen I beantragt, wird die Gebühr nur einmal erhoben.	I
I 2111	I Verfahren über Anträge auf gerichtliche I Handlungen der Zwangsvollstreckung gemäß I § 829 Abs. 1, §§ 835, 839, 846 bis 848, I 857, 858, 886 bis 888 oder § 890 ZPO	I 15,00 EUR
I	I Richtet sich ein Verfahren gegen mehrere I Schuldner, wird die Gebühr für jeden I Schuldner gesondert erhoben. Mehrere I Verfahren innerhalb eines Rechtszugs gelten I als ein Verfahren, wenn sie denselben I Anspruch und denselben Vollstreckungs- I gegenstand betreffen.	I
I 2112	I Verfahren über den Antrag auf I Vollstreckungsschutz nach § 765a ZPO	I 15,00 EUR
I 2113	I Verfahren über den Antrag auf Aussetzung I der Verwertung nach § 813b ZPO	I 15,00 EUR
I 2114	I Verfahren über den Antrag auf Abnahme der I eidesstattlichen Versicherung nach I § 889 ZPO	I 30,00 EUR
I 2115	I Verfahren über den Antrag eines I Drittgläubigers auf Erteilung einer I Ablichtung oder eines Ausdrucks des I mit eidesstattlicher Versicherung I abgegebenen Vermögensverzeichnisses	I 15,00 EUR
I	I Die Gebühr entfällt, wenn für ein I Verfahren über den Antrag auf Gewährung der I Einsicht in dasselbe Vermögensverzeichnis I die Gebühr 2116 bereits entstanden ist.	I
I 2116	I Verfahren über den Antrag eines I Drittgläubigers auf Gewährung der Einsicht I in das mit eidesstattlicher Versicherung I abgegebene Vermögensverzeichnis	I 15,00 EUR
I	I Die Gebühr entfällt, wenn für ein I Verfahren über einen früheren Antrag I auf Gewährung der Einsicht in dasselbe I Vermögensverzeichnis die Gebühr bereits I entstanden ist.	I
I 2117	I Verteilungsverfahren	I 0,5
I 2118	I Verfahren über die Vollstreckbarerklärung I eines Anwaltsvergleichs nach § 796a ZPO ...	I 50,00 EUR

I 2119	I Verfahren über Anträge auf Verweigerung, I Aussetzung oder Beschränkung der Zwangs- I vollstreckung nach § 1084 ZPO auch i. V. m. I § 1096 oder § 1109 ZPO	I I I I	25,00 EUR	I I I I
	Abschnitt 2 Beschwerden			I I I
	Unterabschnitt 1 Beschwerde			I I
I 2120	I Verfahren über die Beschwerde im I Verteilungsverfahren: I Soweit die Beschwerde verworfen oder I zurückgewiesen wird	I I I I	1,0	I I I I
I 2121	I Verfahren über nicht besonders aufgeführte I Beschwerden, die nicht nach anderen I Vorschriften gebührenfrei sind: I Die Beschwerde wird verworfen oder I zurückgewiesen	I I I I I	25,00 EUR	I I I I I
	Wird die Beschwerde nur teilweise verworfen oder zurückgewiesen, kann das Gericht die Gebühr nach billigem Ermessen auf die Hälfte ermäßigen oder bestimmen, dass eine Gebühr nicht zu erheben ist.	I I I I I		I I I I I
	Unterabschnitt 2 Rechtsbeschwerde			I I
I 2122	I Verfahren über die Rechtsbeschwerde im I Verteilungsverfahren: I Soweit die Beschwerde verworfen oder I zurückgewiesen wird	I I I I	2,0	I I I I
I 2123	I Verfahren über die Rechtsbeschwerde im I Verteilungsverfahren: I Soweit die Beschwerde zurückgenommen oder I das Verfahren durch anderweitige Erledigung I beendet wird	I I I I I	1,0	I I I I I
	Die Gebühr entsteht nicht, soweit der Beschwerde stattgegeben wird.	I I		I I
I 2124	I Verfahren über nicht besonders aufgeführte I Rechtsbeschwerden, die nicht nach anderen I Vorschriften gebührenfrei sind: I Die Rechtsbeschwerde wird verworfen oder I zurückgewiesen	I I I I I	50,00 EUR	I I I I I
	Wird die Rechtsbeschwerde nur teilweise verworfen oder zurückgewiesen, kann das Gericht die Gebühr nach billigem Ermessen auf die Hälfte ermäßigen oder bestimmen, dass eine Gebühr nicht zu erheben ist.	I I I I I		I I I I I
	Hauptabschnitt 2 Verfahren nach dem Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung; Zwangsliquidation einer Bahneinheit			I I I I
I	Vorbemerkung 2.2:			I
I	Die Gebühren 2210, 2220 und 2230 werden für jeden Antragsteller I gesondert erhoben. Wird der Antrag von mehreren Gesamtgläubigern, I Gesamthandsgläubigern oder im Fall der Zwangsversteigerung zum I Zweck der Aufhebung der Gemeinschaft von mehreren Miteigentümern I gemeinsam gestellt, gelten diese als ein Antragsteller. Betrifft I ein Antrag mehrere Gegenstände, wird die Gebühr nur einmal I erhoben, soweit durch einen einheitlichen Beschluss entschieden I wird. Für ein Verfahren nach § 765a ZPO wird keine, für das	I I I I I I I I I		I I I I I I I I I

I	Beschwerdeverfahren die Gebühr 2240 erhoben; richtet sich die			I
I	Beschwerde auch gegen eine Entscheidung nach § 30a ZVG, gilt			I
I	Satz 2 entsprechend.			I
I				I
I	Abschnitt 1			I
I	Zwangsversteigerung			I
I	2210 I Entscheidung über den Antrag auf Anordnung I			I
I	I der Zwangsversteigerung oder über den I			I
I	I Beitritt zum Verfahren	I	50,00 EUR	I
I	2211 I Verfahren im Allgemeinen	I	0,5	I
I	2212 I Beendigung des Verfahrens vor Ablauf des I			I
I	I Tages, an dem die Verfügung mit der I			I
I	I Bestimmung des ersten Versteigerungstermins I			I
I	I unterschrieben ist: I			I
I	I Die Gebühr 2211 ermäßigt sich auf	I	0,25	I
I	2213 I Abhaltung mindestens eines I			I
I	I Versteigerungstermins mit Aufforderung zur I			I
I	I Abgabe von Geboten	I	0,5	I
I	I Die Gebühr entfällt, wenn der Zuschlag I			I
I	I aufgrund des § 74a oder des § 85a ZVG I			I
I	I versagt bleibt. I			I
I	2214 I Erteilung des Zuschlags	I	0,5	I
I	I Die Gebühr entfällt, wenn der I			I
I	I Zuschlagsbeschluss aufgehoben wird. I			I
I	2215 I Verteilungsverfahren	I	0,5	I
I	2216 I Es findet keine oder nur eine beschränkte I			I
I	I Verteilung des Versteigerungserlöses durch I			I
I	I das Gericht statt (§§ 143, 144 ZVG): I			I
I	I Die Gebühr 2215 ermäßigt sich auf	I	0,25	I
I				I
I	Abschnitt 2			I
I	Zwangsverwaltung			I
I	2220 I Entscheidung über den Antrag auf Anordnung I			I
I	I der Zwangsverwaltung oder über den Beitritt I			I
I	I zum Verfahren	I	50,00 EUR	I
I	2221 I Jahresgebühr für jedes Kalenderjahr bei I			I
I	I Durchführung des Verfahrens	I	0,5	I
I	I Die Gebühr wird auch für das jeweilige I		- mindestens	I
I	I Kalenderjahr erhoben, in das der Tag der I		100,00 EUR,	I
I	I Beschlagnahme fällt und in dem das Verfahren I		im ersten und	I
I	I aufgehoben wird. I		letzten Kalender-	I
I	I I		jahr jeweils	I
I	I I		mindestens	I
I	I I		50,00 EUR	I
I				I
I	Abschnitt 3			I
I	Zwangsliquidation einer Bahneinheit			I
I	2230 I Entscheidung über den Antrag auf Eröffnung I			I
I	I der Zwangsliquidation	I	50,00 EUR	I
I	2231 I Verfahren im Allgemeinen	I	0,5	I
I	2232 I Das Verfahren wird eingestellt: I			I
I	I Die Gebühr 2231 ermäßigt sich auf	I	0,25	I
I				I
I	Abschnitt 4			I
I	Beschwerden			I
I				I
I	Unterabschnitt 1			I
I	Beschwerde			I
I	2240 I Verfahren über Beschwerden, wenn für die I			I
I	I angefochtene Entscheidung eine Festgebühr I			I
I	I bestimmt ist: I			I
I	I Die Beschwerde wird verworfen oder I			I

I	I	zurückgewiesen	I	100,00 EUR	I
I	I	Wird die Beschwerde nur teilweise verworfen	I		I
I	I	oder zurückgewiesen, kann das Gericht die	I		I
I	I	Gebühr nach billigem Ermessen auf die Hälfte	I		I
I	I	ermäßigen oder bestimmen, dass eine Gebühr	I		I
I	I	nicht zu erheben ist.	I		I
I	2241	I Verfahren über nicht besonders aufgeführte	I		I
I	I	Beschwerden, die nicht nach anderen	I		I
I	I	Vorschriften gebührenfrei sind:	I		I
I	I	Soweit die Beschwerde verworfen oder	I		I
I	I	zurückgewiesen wird	I	1,0	I
I					I
I		Unterabschnitt 2			I
I		Rechtsbeschwerde			I
I	2242	I Verfahren über Rechtsbeschwerden, wenn für	I		I
I	I	die angefochtene Entscheidung eine	I		I
I	I	Festgebühr bestimmt ist:	I		I
I	I	Die Rechtsbeschwerde wird verworfen oder	I		I
I	I	zurückgewiesen	I	200,00 EUR	I
I	I	Wird die Rechtsbeschwerde nur teilweise	I		I
I	I	verworfen oder zurückgewiesen, kann das	I		I
I	I	Gericht die Gebühr nach billigem Ermessen	I		I
I	I	auf die Hälfte ermäßigen oder bestimmten,	I		I
I	I	dass eine Gebühr nicht zu erheben ist.	I		I
I	2243	I Verfahren über nicht besonders aufgeführte	I		I
I	I	Rechtsbeschwerden, die nicht nach anderen	I		I
I	I	Vorschriften gebührenfrei sind:	I		I
I	I	Soweit die Rechtsbeschwerde verworfen oder	I		I
I	I	oder zurückgewiesen wird	I	2,0	I
I					I
I		Hauptabschnitt 3			I
I		Insolvenzverfahren			I
I		Vorbemerkung 2.3:			I
I		Der Antrag des ausländischen Insolvenzverwalters steht dem			I
I		Antrag des Schuldners gleich.			I
I					I
I		Abschnitt 1			I
I		Eröffnungsverfahren			I
I	2310	I Verfahren über den Antrag des Schuldners	I		I
I	I	auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens	I	0,5	I
I	I	Die Gebühr entsteht auch, wenn das	I		I
I	I	Verfahren nach § 306 InsO ruht.	I		I
I	2311	I Verfahren über den Antrag eines Gläubigers	I		I
I	I	auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens	I	0,5	I
I	I		I	- mindestens	I
I	I		I	150,00 EUR	I
I					I
I		Abschnitt 2			I
I		Durchführung des Insolvenzverfahrens auf Antrag des Schuldners			I
I		Vorbemerkung 2.3.2:			I
I		Die Gebühren dieses Abschnitts entstehen auch, wenn das			I
I		Verfahren gleichzeitig auf Antrag eines Gläubigers eröffnet wurde.			I
I	2320	I Durchführung des Insolvenzverfahrens	I	2,5	I
I	I	Die Gebühr entfällt, wenn der	I		I
I	I	Eröffnungsbeschluss auf Beschwerde	I		I
I	I	aufgehoben wird.	I		I
I	2321	I Einstellung des Verfahrens vor dem Ende des	I		I
I	I	Prüfungstermins nach den §§ 207, 211, 212	I		I
I	I	213 InsO:	I		I
I	I	Die Gebühr 2320 ermäßigt sich auf	I	0,5	I
I	2322	I Einstellung des Verfahrens nach dem Ende	I		I
I	I	des Prüfungstermins nach den §§ 207, 211,	I		I

I	I 212, 213 InsO:	I	I
I	I Die Gebühr 2320 ermäßigt sich auf	I 1,5	I
I			I
	Abschnitt 3		I
I	I Durchführung des Insolvenzverfahrens auf Antrag eines Gläubigers		I
I	I Vorbemerkung 2.3.3:		I
I	I Dieser Abschnitt ist nicht anzuwenden, wenn das Verfahren		I
I	I gleichzeitig auf Antrag des Schuldners eröffnet wurde.		I
I	I 2330 I Durchführung des Insolvenzverfahrens	I 3,0	I
I	I I Die Gebühr entfällt, wenn der	I	I
I	I I Eröffnungsbeschluss auf Beschwerde	I	I
I	I I aufgehoben wird.	I	I
I	I 2331 I Einstellung des Verfahrens vor dem Ende des	I	I
I	I I Prüfungstermins nach den §§ 207, 211, 212,	I	I
I	I I 213 InsO:	I	I
I	I I Die Gebühr 2330 ermäßigt sich auf	I 1,0	I
I	I 2332 I Einstellung des Verfahrens nach dem Ende	I	I
I	I I des Prüfungstermins nach den §§ 207, 211,	I	I
I	I I 212, 213 InsO:	I	I
I	I I Die Gebühr 2330 ermäßigt sich auf	I 2,0	I
I			I
I	Abschnitt 4		I
I	Besonderer Prüfungstermin		I
I	und schriftliches Prüfungsverfahren (§ 177 InsO)		I
I	I 2340 I Prüfung von Forderungen je Gläubiger	I 15,00 EUR	I
I			I
I	Abschnitt 5		I
I	Restschuldbefreiung		I
I	I 2350 I Entscheidung über den Antrag auf Versagung	I	I
I	I I oder Widerruf der Restschuldbefreiung	I	I
I	I I (§§ 296, 297, 300, 303 InsO)	I 30,00 EUR	I
I			I
I	Abschnitt 6		I
I	Beschwerden		I
I			I
I	Unterabschnitt 1		I
I	Beschwerde		I
I	I 2360 I Verfahren über die Beschwerde gegen die	I	I
I	I I Entscheidung über den Antrag auf Eröffnung	I	I
I	I I des Insolvenzverfahrens	I 1,0	I
I	I 2361 I Verfahren über nicht besonders aufgeführte	I	I
I	I I Beschwerden, die nicht nach anderen	I	I
I	I I Vorschriften gebührenfrei sind:	I	I
I	I I Die Beschwerde wird verworfen oder	I	I
I	I I zurückgewiesen	I 50,00 EUR	I
I	I I Wird die Beschwerde nur teilweise verworfen	I	I
I	I I oder zurückgewiesen, kann das Gericht die	I	I
I	I I Gebühr nach billigem Ermessen auf die Hälfte	I	I
I	I I ermäßigen oder bestimmen, dass eine Gebühr	I	I
I	I I nicht zu erheben ist.	I	I
I			I
I	Unterabschnitt 2		I
I	Rechtsbeschwerde		I
I	I 2362 I Verfahren über die Rechtsbeschwerde gegen	I	I
I	I I die Beschwerdeentscheidung im Verfahren	I	I
I	I I über den Antrag auf Eröffnung des	I	I
I	I I Insolvenzverfahrens	I 2,0	I
I	I 2363 I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I	I I Zurücknahme der Rechtsbeschwerde oder des	I	I
I	I I Antrags:	I	I
I	I I Die Gebühr 2362 ermäßigt sich auf	I 1,0	I
I	I 2364 I Verfahren über nicht besonders aufgeführte	I	I

I	in Strafsachen	I
I		I

I	I	I Gebühr oder Satz
I Nr.	I	I der jeweiligen I
I	I	I Gebühr 3110 bis I
I	I	I 3117, soweit I
I	I	I nichts anderes I
I	I	I vermerkt ist I

I	Vorbemerkung 3:	I
I	(1) § 473 Abs. 4 StPO und § 74 JGG bleiben unberührt.	I
I	(2) Im Verfahren nach Wiederaufnahme werden die gleichen Gebühren	I
I	wie für das wiederaufgenommene Verfahren erhoben. Wird jedoch	I
I	nach Anordnung der Wiederaufnahme des Verfahrens das frühere	I
I	Urteil aufgehoben, gilt für die Gebührenerhebung jeder Rechtszug	I
I	des neuen Verfahrens mit dem jeweiligen Rechtszug des früheren	I
I	Verfahrens zusammen als ein Rechtszug. Gebühren werden auch	I
I	für Rechtszüge erhoben, die nur im früheren Verfahren stattgefunden	I
I	haben. Dies gilt auch für das Wiederaufnahmeverfahren, das sich	I
I	gegen einen Strafbefehl richtet (§ 373a StPO).	I
I		I
I	Hauptabschnitt 1	I
I	Offizialverfahren	I
I	Vorbemerkung 3.1:	I
I	(1) In Strafsachen bemessen sich die Gerichtsgebühren für alle	I
I	Rechtszüge nach der rechtskräftig erkannten Strafe.	I
I	(2) Ist neben einer Freiheitsstrafe auf Geldstrafe erkannt, ist	I
I	die Zahl der Tagessätze der Dauer der Freiheitsstrafe	I
I	hinzuzurechnen; dabei entsprechen 30 Tagessätze einem Monat	I
I	Freiheitsstrafe.	I
I	(3) Ist auf Verwarnung mit Strafvorbehalt erkannt, bestimmt sich	I
I	die Gebühr nach der vorbehaltenen Geldstrafe.	I
I	(4) Eine Gebühr wird für alle Rechtszüge bei rechtskräftiger	I
I	Anordnung einer Maßregel der Besserung und Sicherung und bei	I
I	rechtskräftiger Festsetzung einer Geldbuße gesondert erhoben.	I
I	(5) Wird aufgrund des § 55 Abs. 1 StGB in einem Verfahren eine	I
I	Gesamtstrafe gebildet, bemisst sich die Gebühr für dieses	I
I	Verfahren nach dem Maß der Strafe, um das die Gesamtstrafe die	I
I	früher erkannte Strafe übersteigt. Dies gilt entsprechend, wenn	I
I	ein Urteil, in dem auf Jugendstrafe erkannt ist, nach § 31 Abs. 2	I
I	JGG in ein neues Urteil einbezogen wird. In den Fällen des	I
I	§ 460 StPO und des § 66 JGG verbleibt es bei den Gebühren für die	I
I	früheren Verfahren.	I
I	(6) Betrifft eine Strafsache mehrere Angeschuldigte, ist die	I
I	Gebühr von jedem gesondert nach Maßgabe der gegen ihn erkannten	I
I	Strafe, angeordneten Maßregel der Besserung und Sicherung oder	I
I	festgesetzten Geldbuße zu erheben. Wird in einer Strafsache gegen	I
I	einen oder mehrere Angeschuldigte auch eine Geldbuße gegen eine	I
I	juristische Person oder eine Personenvereinigung festgesetzt,	I
I	ist eine Gebühr auch von der juristischen Person oder der	I
I	Personenvereinigung nach Maßgabe der gegen sie festgesetzten	I
I	Geldbuße zu erheben.	I
I	(7) Wird bei Verurteilung wegen selbstständiger Taten ein	I
I	Rechtsmittel auf einzelne Taten beschränkt, bemisst sich die	I
I	Gebühr für das Rechtsmittelverfahren nach der Strafe für diejenige	I
I	Tat, die Gegenstand des Rechtsmittelverfahrens ist. Bei	I
I	Gesamtstrafen ist die Summe der angefochtenen Einzelstrafen	I
I	maßgebend. Ist die Gesamtstrafe, auch unter Einbeziehung der früher	I
I	erkannten Strafe, geringer, ist diese maßgebend. Wird ein	I
I	Rechtsmittel auf die Anordnung einer Maßregel der Besserung und	I
I	Sicherung oder die Festsetzung einer Geldbuße beschränkt, werden	I

I die Gebühren für das Rechtsmittelverfahren nur wegen der Anordnung I
I der Maßregel oder der Festsetzung der Geldbuße erhoben. Die Sätze I
I 1 bis 4 gelten im Fall der Wiederaufnahme entsprechend. I

I (8) Das Verfahren über die vorbehaltenene Sicherungsverwahrung und das I
I Verfahren über die nachträgliche Anordnung der Sicherungsverwahrung I
I gelten als besondere Verfahren. I

I I I

Abschnitt 1 I

I I

Erster Rechtszug I

I I Verfahren mit Urteil, wenn kein Strafbefehl I I

I I vorausgegangen ist, bei I I

I 3110 I - Verurteilung zu Freiheitsstrafe bis zu I I

I I 6 Monaten oder zu Geldstrafe bis zu 180 I I

I I Tagessätzen I 120,00 EUR I

I 3111 I - Verurteilung zu Freiheitsstrafe bis zu 1 I I

I I Jahr oder zu Geldstrafe von mehr als I I

I I 180 Tagessätzen I 240,00 EUR I

I 3112 I - Verurteilung zu Freiheitsstrafe bis zu I I

I I 2 Jahren I 360,00 EUR I

I 3113 I - Verurteilung zu Freiheitsstrafe bis zu I I

I I 4 Jahren I 480,00 EUR I

I 3114 I - Verurteilung zu Freiheitsstrafe bis zu I I

I I 10 Jahren I 600,00 EUR I

I 3115 I - Verurteilung zu Freiheitsstrafe von mehr I I

I I als 10 Jahren oder zu einer lebenslangen I I

I I Freiheitsstrafe I 900,00 EUR I

I 3116 I - Anordnung einer oder mehrerer Maßregeln I I

I I der Besserung und Sicherung I 60,00 EUR I

I 3117 I - Festsetzung einer Geldbuße I 10% des Betrags I

I I der Geldbuße I

I I - mindestens I

I I 40,00 EUR I

I I - höchstens I

I I 15 000,00 EUR I

I 3118 I Strafbefehl I 0,5 I

I I Die Gebühr wird auch neben der Gebühr I I

I I 3119 erhoben. Ist der Einspruch beschränkt I I

I I (§ 410 Abs. 2 StPO), bemisst sich die I I

I I Gebühr nach der im Urteil erkannten Strafe. I I

I 3119 I Hauptverhandlung mit Urteil, wenn ein I I

I I Strafbefehl vorausgegangen ist I 0,5 I

I I Vorbemerkung 3.1 Abs. 7 gilt entsprechend. I I

I I I

I I

Abschnitt 2 I

I I

Berufung I

I 3120 I Berufungsverfahren mit Urteil I 1,5 I

I 3121 I Erledigung des Berufungsverfahrens ohne I I

I I Urteil I 0,5 I

I I Die Gebühr entfällt bei Zurücknahme der I I

I I Berufung vor Ablauf der Begründungsfrist. I I

I I I

I I

Abschnitt 3 I

I I

Revision I

I 3130 I Revisionsverfahren mit Urteil oder I I

I I Beschluss nach § 349 Abs. 2 oder 4 StPO ... I 2,0 I

I 3131 I Erledigung des Revisionsverfahrens ohne I I

I I Urteil und ohne Beschluss nach § 349 I I

I I Abs. 2 oder 4 StPO I 1,0 I

I I Die Gebühr entfällt bei Zurücknahme der I I

I I Revision vor Ablauf der Begründungsfrist. I I

I I I

I I

Abschnitt 4 I

I I

I		Wiederaufnahmeverfahren	I		I
I 3140	I	Verfahren über den Antrag auf	I		I
I	I	Wiederaufnahme des Verfahrens:	I		I
I	I	Der Antrag wird verworfen oder abgelehnt ..	I	0,5	I
I 3141	I	Verfahren über die Beschwerde gegen einen	I		I
I	I	Beschluss, durch den ein Antrag auf	I		I
I	I	Wiederaufnahme des Verfahrens hinsichtlich	I		I
I	I	einer Freiheitsstrafe, einer Geldstrafe,	I		I
I	I	einer Maßregel der Besserung und Sicherung	I		I
I	I	oder einer Geldbuße verworfen oder	I		I
I	I	abgelehnt wurde:	I		I
I	I	Die Beschwerde wird verworfen oder	I		I
I	I	zurückgewiesen	I	1,0	I
I					I
I		Hauptabschnitt 2			I
I		Klageerzwingungsverfahren, unwahre Anzeige und			I
I		Zurücknahme des Strafantrags			I
I 3200	I	Dem Antragsteller, dem Anzeigenden, dem	I		I
I	I	Angeklagten oder Nebenbeteiligten sind die	I		I
I	I	Kosten auferlegt worden (§§ 177, 469, 470	I		I
I	I	StPO)	I	60,00 EUR	I
I	I	Das Gericht kann die Gebühr bis auf	I		I
I	I	10,00 EUR herabsetzen oder beschließen,	I		I
I	I	dass von der Erhebung einer Gebühr	I		I
I	I	abgesehen wird.	I		I
I					I
I		Hauptabschnitt 3			I
I		Privatklage			I
I		Vorbemerkung 3.3:			I
I		Für das Verfahren auf Widerklage werden die Gebühren gesondert			I
I		erhoben.			I
I					I
I		Abschnitt 1			I
I		Erster Rechtszug			I
I 3310	I	Hauptverhandlung mit Urteil	I	120,00 EUR	I
I 3311	I	Erledigung des Verfahrens ohne Urteil	I	60,00 EUR	I
I					I
I		Abschnitt 2			I
I		Berufung			I
I 3320	I	Berufungsverfahren mit Urteil	I	240,00 EUR	I
I 3321	I	Erledigung der Berufung ohne Urteil	I	120,00 EUR	I
I	I	Die Gebühr entfällt bei Zurücknahme der	I		I
I	I	Berufung vor Ablauf der Begründungsfrist.	I		I
I					I
I		Abschnitt 3			I
I		Revision			I
I 3330	I	Revisionsverfahren mit Urteil oder	I		I
I	I	Beschluss nach § 349 Abs. 2 oder 4 StPO ...	I	360,00 EUR	I
I 3331	I	Erledigung der Revision ohne Urteil und	I		I
I	I	ohne Beschluss nach § 349 Abs. 2 oder 4	I		I
I	I	StPO	I	240,00 EUR	I
I	I	Die Gebühr entfällt bei Rücknahme der	I		I
I	I	Revision vor Ablauf der Begründungsfrist.	I		I
I					I
I		Abschnitt 4			I
I		Wiederaufnahmeverfahren			I
I 3340	I	Verfahren über den Antrag auf Wiederaufnahme			I
I	I	des Verfahrens:	I		I
I	I	Der Antrag wird verworfen oder abgelehnt ..	I	60,00 EUR	I
I 3341	I	Verfahren über die Beschwerde gegen einen	I		I
I	I	Beschluss, durch den ein Antrag auf	I		I
I	I	Wiederaufnahme des Verfahrens verworfen	I		I

I	I oder abgelehnt wurde:	I	I
I	I Die Beschwerde wird verworfen oder	I	I
I	I zurückgewiesen	I	I 120,00 EUR
I			I
I	Hauptabschnitt 4		I
I	Einziehung und verwandte Maßnahmen		I
I	Vorbemerkung 3.4:		I
I	(1) Die Vorschriften dieses Hauptabschnitts gelten für die		I
I	Verfahren über die Einziehung, dieser gleichstehende Rechtsfolgen		I
I	(§ 442 StPO) und die Abführung des Mehrerlöses. Im Strafverfahren		I
I	werden die Gebühren gesondert erhoben.		I
I	(2) Betreffen die in Absatz 1 genannten Maßnahmen mehrere		I
I	Angeschuldigte wegen derselben Tat, wird nur eine Gebühr erhoben.		I
I	§ 31 GKG bleibt unberührt.		I
I			I
I	Abschnitt 1		I
I	Antrag des Privatklägers nach § 440 StPO		I
I	3410 I Verfahren über den Antrag des Privatklägers:		I
I	I Der Antrag wird verworfen oder	I	I
I	I zurückgewiesen	I	I 30,00 EUR
I			I
I	Abschnitt 2		I
I	Beschwerde		I
I	3420 I Verfahren über die Beschwerde nach § 441	I	I
I	I Abs. 2 StPO:	I	I
I	I Die Beschwerde wird verworfen oder	I	I
I	I zurückgewiesen	I	I 30,00 EUR
I			I
I	Abschnitt 3		I
I	Berufung		I
I	3430 I Verwerfung der Berufung durch Urteil	I	I 60,00 EUR
I	3431 I Erledigung der Berufung ohne Urteil	I	I 30,00 EUR
I	I Die Gebühr entfällt bei Zurücknahme der	I	I
I	I Berufung vor Ablauf der Begründungsfrist.	I	I
I			I
I	Abschnitt 4		I
I	Revision		I
I	3440 I Verwerfung der Revision durch Urteil oder	I	I
I	I oder Beschluss nach § 349 Abs. 2 oder	I	I
I	I 4 StPO	I	I 60,00 EUR
I	3441 I Erledigung der Revision ohne Urteil und	I	I
I	I ohne Beschluss nach § 349 Abs. 2 oder 4	I	I
I	I StPO	I	I 30,00 EUR
I	I Die Gebühr entfällt bei Zurücknahme der	I	I
I	I Revision vor Ablauf der Begründungsfrist.	I	I
I			I
I	Abschnitt 5		I
I	Wiederaufnahmeverfahren		I
I	3450 I Verfahren über den Antrag auf Wiederaufnahme		I
I	I des Verfahrens:	I	I
I	I Der Antrag wird verworfen oder	I	I
I	I zurückgewiesen	I	I 30,00 EUR
I	3451 I Verfahren über die Beschwerde gegen einen	I	I
I	I Beschluss, durch den ein Antrag auf	I	I
I	I Wiederaufnahme des Verfahrens verworfen	I	I
I	I oder abgelehnt wurde:	I	I
I	I Die Beschwerde wird verworfen oder	I	I
I	I zurückgewiesen	I	I 60,00 EUR
I			I
I	Hauptabschnitt 5		I
I	Nebenklage		I
I	Vorbemerkung 3.5:		I

I	Gebühren nach diesem Hauptabschnitt werden nur erhoben, wenn dem	I		I
I	Nebenkläger die Kosten auferlegt worden sind.	I		I
I		I		I
I	Abschnitt 1	I		I
I	Berufung	I		I
I	3510 I Die Berufung des Nebenklägers wird durch	I		I
I	I Urteil verworfen; aufgrund der Berufung des	I		I
I	I Nebenklägers wird der Angeklagte	I		I
I	I freigesprochen oder für straffrei erklärt .	I	80,00 EUR	I
I	3511 I Erledigung der Berufung des Nebenklägers	I		I
I	I ohne Urteil	I	40,00 EUR	I
I	I Die Gebühr entfällt bei Zurücknahme der	I		I
I	I Berufung vor Ablauf der Begründungsfrist.	I		I
I		I		I
I	Abschnitt 2	I		I
I	Revision	I		I
I	3520 I Die Revision des Nebenklägers wird durch	I		I
I	I Urteil oder Beschluss nach § 349 Abs. 2	I		I
I	I StPO verworfen; aufgrund der Revision des	I		I
I	I Nebenklägers wird der Angeklagte	I		I
I	I freigesprochen oder für straffrei erklärt .	I	120,00 EUR	I
I	3521 I Erledigung der Revision des Nebenklägers	I		I
I	I ohne Urteil und ohne Beschluss nach § 349	I		I
I	I Abs. 2 StPO	I	60,00 EUR	I
I	I Die Gebühr entfällt bei Zurücknahme vor	I		I
I	I der Revision vor Ablauf der Begründungsfrist.	I		I
I		I		I
I	Abschnitt 3	I		I
I	Wiederaufnahmeverfahren	I		I
I	3530 I Verfahren über den Antrag des Nebenklägers	I		I
I	I auf Wiederaufnahme des Verfahrens:	I		I
I	I Der Antrag wird verworfen oder abgelehnt ..	I	40,00 EUR	I
I	3531 I Verfahren über die Beschwerde gegen einen	I		I
I	I Beschluss, durch den ein Antrag des	I		I
I	I Nebenklägers auf Wiederaufnahme des	I		I
I	I Verfahrens verworfen oder abgelehnt wurde:	I		I
I	I Die Beschwerde wird verworfen oder	I		I
I	I zurückgewiesen	I	80,00 EUR	I
I		I		I
I	Hauptabschnitt 6	I		I
I	Sonstige Beschwerden	I		I
I	Vorbemerkung 3.6:	I		I
I	Die Gebühren im Kostenfestsetzungsverfahren bestimmen sich nach	I		I
I	den für das Kostenfestsetzungsverfahren in Teil 1 Hauptabschnitt 8	I		I
I	geregelten Gebühren.	I		I
I	3600 I Verfahren über die Beschwerde gegen einen	I		I
I	I Beschluss nach § 411 Abs. 1 Satz 3 StPO:	I		I
I	I Die Beschwerde wird verworfen oder	I		I
I	I zurückgewiesen	I	0,25	I
I	3601 I Verfahren über die Beschwerde gegen eine	I		I
I	I Entscheidung, durch die im Strafverfahren	I		I
I	I einschließlich des selbstständigen Verfahrens	I		I
I	I nach den §§ 440, 441, 444 Abs. 3 StPO eine	I		I
I	I Geldbuße gegen eine juristische Person oder	I		I
I	I eine Personenvereinigung festgesetzt worden	I		I
I	I ist:	I		I
I	I Die Beschwerde wird verworfen oder	I		I
I	I zurückgewiesen	I	0,5	I
I	I Eine Gebühr wird nur erhoben, wenn eine	I		I
I	I Geldbuße rechtskräftig festgesetzt ist.	I		I
I	3602 I Verfahren über nicht besonders aufgeführte	I		I
I	I Beschwerden, die nicht nach anderen	I		I

I	I	Vorschriften gebührenfrei sind:	I	I
I	I	Die Beschwerde wird verworfen oder	I	I
I	I	zurückgewiesen	I	50,00 EUR I
I	I	Von dem Beschuldigten wird eine Gebühr nur	I	I
I	I	erhoben, wenn gegen ihn rechtskräftig auf	I	I
I	I	eine Strafe, auf Verwarnung mit	I	I
I	I	Strafvorbehalt erkannt, eine Maßregel der	I	I
I	I	Besserung und Sicherung angeordnet oder eine	I	I
I	I	Geldbuße festgesetzt worden ist. Von einer	I	I
I	I	juristischen Person oder einer	I	I
I	I	Personenvereinigung wird eine Gebühr nur	I	I
I	I	erhoben, wenn gegen sie eine Geldbuße	I	I
I	I	festgesetzt worden ist.	I	I

I	I		I	Gebühr oder Satz
I	Nr.	Gebührentatbestand	I	der Gebühr nach I
I	I		I	§ 34 GKG I

I	Hauptabschnitt 7			I
I	Entschädigungsverfahren			I
I	3700	I Urteil, durch das dem Antrag des Verletzten I	I	I
I		I oder seines Erben wegen eines aus der I	I	I
I		I Straftat erwachsenen vermögensrechtlichen I	I	I
I		I Anspruchs stattgegeben wird (§ 406 StPO) .. I	I	1,0 I
I		I Die Gebühr wird für jeden Rechtszug nach I	I	I
I		I dem Wert des zuerkannten Anspruchs I	I	I
I		I erhoben. I	I	I

I	Hauptabschnitt 8			I
I	Gerichtliche Verfahren nach dem Strafvollzugsgesetz,			I
I	auch in Verbindung mit § 92 des Jugendgerichtsgesetzes			I

I	Abschnitt 1			I
I	Antrag auf gerichtliche Entscheidung			I
I		I Verfahren über den Antrag auf gerichtliche I	I	I
I		I Entscheidung:	I	I
I	3810	I - Der Antrag wird zurückgewiesen	I	1,0 I
I	3811	I - Der Antrag wird zurückgenommen	I	0,5 I
I	3812	I (weggefallen)	I	I

I	Abschnitt 2			I
I	Rechtsbeschwerde			I
I		I Verfahren über die Rechtsbeschwerde:	I	I
I	3820	I - Die Rechtsbeschwerde wird verworfen	I	2,0 I
I	3821	I - Die Rechtsbeschwerde wird zurückgenommen	I	1,0 I

I	Abschnitt 3			I
I	Vorläufiger Rechtsschutz			I
I	3830	I Verfahren über den Antrag auf Aussetzung des I	I	I
I		I Vollzugs einer Maßnahme der Vollzugsbehörde I	I	I
I		I oder auf Erlass einer einstweiligen Anordnung:	I	I
I		I Der Antrag wird zurückgewiesen	I	0,5 I

I	Hauptabschnitt 9			I
I	Sonstige Verfahren			I

I	Abschnitt 1			I
I	Vollstreckungshilfverfahren wegen einer im Ausland			I
I	rechtskräftig verhängten Geldsanktion			I
I	I			I
I	I Vorbemerkung 3.9.1:			I

I			I
I		Hauptabschnitt 1	I
I		Bußgeldverfahren	I
I		Vorbemerkung 4.1:	I
I		(1) In Bußgeldsachen bemessen sich die Gerichtsgebühren für alle	I
I		Rechtzuege nach der rechtskraeftig festgesetzten Geldbuße.	I
I		Mehrere Geldbußen, die in demselben Verfahren gegen denselben	I
I		Betroffenen festgesetzt werden, sind bei der Bemessung der	I
I		Gebuehr zusammenzurechnen.	I
I		(2) Betrifft eine Bußgeldsache mehrere Betroffene, ist die	I
I		Gebuehr von jedem gesondert nach Maßgabe der gegen ihn festgesetzten	I
I		Geldbuße zu erheben. Wird in einer Bußgeldsache gegen einen oder	I
I		mehrere Betroffene eine Geldbuße auch gegen eine juristische	I
I		Person oder eine Personenvereinigung festgesetzt, ist eine	I
I		Gebuehr auch von der juristischen Person oder Personenvereinigung	I
I		nach Maßgabe der gegen sie festgesetzten Geldbuße zu erheben.	I
I		(3) Wird bei Festsetzung mehrerer Geldbußen ein Rechtsmittel auf	I
I		die Festsetzung einer Geldbuße beskraenkt, bemisst sich die Gebuehr	I
I		für das Rechtsmittelverfahren nach dieser Geldbuße. Satz 1 gilt	I
I		im Fall der Wiederaufnahme entsprechend.	I
I			I
I		Abschnitt 1	I
I		Erster Rechtszug	I
I	4110	Hauptverhandlung mit Urteil oder Beschluss	I
I		ohne Hauptverhandlung (§ 72 OWiG)	I 10% des Betrags
I			I der Geldbuße
I			I - mindestens
I			I 40,00 EUR
I			I - höchstens
I			I 15 000,00 EUR
I	4111	Verwerfung des Einspruchs als unzulässig	I
I		nach Beginn der Hauptverhandlung	I 0,5
I	4112	Zurücknahme des Einspruchs nach Beginn der	I
I		Hauptverhandlung	I 0,5
I			I
I		Abschnitt 2	I
I		Rechtsbeschwerde	I
I	4120	Verfahren mit Urteil oder Beschluss nach	I
I		§ 79 Abs. 5 OWiG	I 2,0
I	4121	Verfahren ohne Urteil oder Beschluss nach	I
I		§ 79 Abs. 5 OWiG	I 1,0
I		Die Gebuehr entfaellt bei Ruecknahme der	I
I		Rechtsbeschwerde vor Ablauf der	I
I		Begründungsfrist.	I
I			I
I		Abschnitt 3	I
I		Wiederaufnahmeverfahren	I
I	4130	Verfahren über den Antrag auf	I
I		Wiederaufnahme des Verfahrens:	I
I		Der Antrag wird verworfen oder abgelehnt ..	I 0,5
I	4131	Verfahren über die Beschwerde gegen einen	I
I		Beschluss, durch den ein Antrag auf	I
I		Wiederaufnahme des Verfahrens verworfen	I
I		oder abgelehnt wurde:	I
I		Die Beschwerde wird verworfen oder	I
I		zurueckgewiesen	I 1,0
I			I
I		Hauptabschnitt 2	I
I		Einziehung und verwandte Maßnahmen	I
I		Vorbemerkung 4.2:	I
I		(1) Die Vorschriften dieses Hauptabschnitts gelten für die	I
I		Verfahren über die Einziehung, dieser gleichstehende Rechtsfolgen	I

I	I	Kostenfestsetzungsbeschluss des	I	I
I	I	Urkundsbeamten der Staatsanwaltschaft	I	I
I	I	(§ 108a Abs. 3 Satz 2 OWiG):	I	I
I	I	Die Erinnerung wird zurückgewiesen	I	25,00 EUR I
I	I	Wird die Erinnerung nur teilweise	I	I
I	I	verworfen, kann das Gericht die Gebühr nach	I	I
I	I	billigem Ermessen um die Hälfte ermäßigen	I	I
I	I	oder bestimmen, dass eine Gebühr nicht zu	I	I
I	I	erheben ist.	I	I

Hauptabschnitt 4
Sonstige Beschwerden

I Vorbemerkung 4.4:
I Die Gebühren im Kostenfestsetzungsverfahren bestimmen sich nach den I
I für das Kostenfestsetzungsverfahren in Teil 1 Hauptabschnitt 8 I
I geregelten Gebühren. I

I	4400	I	Verfahren über die Beschwerde gegen	I	I
I		I	eine Entscheidung, durch die im	I	I
I		I	gerichtlichen Verfahren nach dem OWiG	I	I
I		I	einschließlich des selbstständigen Verfahrens	I	I
I		I	nach den §§ 88 und 46 Abs. 1 OWiG i.V.m.	I	I
I		I	den §§ 440, 441, 444 Abs. 3 StPO eine	I	I
I		I	Geldbuße gegen eine juristische Person oder	I	I
I		I	eine Personenvereinigung festgesetzt worden	I	I
I		I	ist:	I	I

I		I	Die Beschwerde wird verworfen oder	I	I
I		I	zurückgewiesen	I	0,5 I
I		I	Eine Gebühr wird nur erhoben, wenn eine	I	I
I		I	Geldbuße rechtskräftig festgesetzt ist.	I	I

I	4401	I	Verfahren über nicht besonders aufgeführte	I	I
I		I	Beschwerden, die nicht nach anderen	I	I
I		I	Vorschriften gebührenfrei sind:	I	I
I		I	Die Beschwerde wird verworfen oder	I	I
I		I	zurückgewiesen	I	30,00 EUR I
I		I	Von dem Betroffenen wird eine Gebühr nur	I	I
I		I	erhoben, wenn gegen ihn eine Geldbuße	I	I
I		I	rechtskräftig festgesetzt ist.	I	I

Hauptabschnitt 5

Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör

I	4500	I	Verfahren über die Rüge wegen Verletzung	I	I
I		I	des Anspruchs auf rechtliches Gehör	I	I
I		I	(§§ 33a, 311a Abs. 1 Satz 1, § 356a StPO	I	I
I		I	i. V. m. § 46 Abs. 1 und § 79 Abs. 3	I	I
I		I	OWiG):	I	I
I		I	Die Rüge wird in vollem Umfang verworfen	I	I
I		I	oder zurückgewiesen	I	50,00 EUR I

Teil 5

Verfahren vor den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit

I	I		I	Gebühr oder Satz	
I	Nr.	I	Gebührentatbestand	I	der Gebühr I
I	I			I	nach § 34 GKG I

Hauptabschnitt 1
Prozessverfahren

I Vorbemerkung 5.1:
I Wird das Verfahren durch Antrag eingeleitet, gelten die I
I Vorschriften über die Klage entsprechend. I

I			I
I		Abschnitt 1	I
I		Erster Rechtszug	I
I			I
I		Unterabschnitt 1	I
I		Verwaltungsgericht	I
I	5110	I Verfahren im Allgemeinen	I 3,0
I	5111	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I
I		I 1. Zurücknahme der Klage	I
I		I a) vor dem Schluss der mündlichen	I
I		I Verhandlung,	I
I		I b) wenn eine solche nicht stattfindet,	I
I		I vor Ablauf des Tages, an dem das Urteil	I
I		I oder der Gerichtsbescheid der	I
I		I Geschäftsstelle übermittelt wird, oder	I
I		I c) im Fall des § 93a Abs. 2 VwGO vor	I
I		I Ablauf der Erklärungsfrist nach § 93a	I
I		I Abs. 2 Satz 1 VwGO,	I
I		I 2. Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil,	I
I		I 3. gerichtlichen Vergleich oder	I
I		I 4. Erledigungserklärungen nach § 161 Abs. 2	I
I		I VwGO, wenn keine Entscheidung über die	I
I		I Kosten ergeht oder die Entscheidung einer	I
I		I zuvor mitgeteilten Einigung der	I
I		I Beteiligten über die Kostentragung oder	I
I		I der Kostenübernahmeerklärung eines	I
I		I Beteiligten folgt,	I
I		I wenn nicht bereits ein anderes als eines	I
I		I der in Nummer 2 genannten Urteile oder ein	I
I		I Gerichtsbescheid vorausgegangen ist:	I
I		I Die Gebühr 5110 ermäßigt sich auf	I 1,0
I		I Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn mehrere	I
I		I Ermäßigungstatbestände erfüllt sind.	I
I			I
I		Unterabschnitt 2	I
I		Oberverwaltungsgericht (Verwaltungsgerichtshof)	I
I	5112	I Verfahren im Allgemeinen	I 4,0
I	5113	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I
I		I 1. Zurücknahme der Klage	I
I		I a) vor dem Schluss der mündlichen	I
I		I Verhandlung,	I
I		I b) wenn eine solche nicht stattfindet,	I
I		I vor Ablauf des Tages, an dem das	I
I		I Urteil, der Gerichtsbescheid oder der	I
I		I Beschluss in der Hauptsache der	I
I		I Geschäftsstelle übermittelt wird,	I
I		I c) im Fall des § 93a Abs. 2 VwGO vor	I
I		I Ablauf der Erklärungsfrist nach § 93a	I
I		I Abs. 2 Satz 1 VwGO,	I
I		I 2. Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil,	I
I		I 3. gerichtlichen Vergleich oder	I
I		I 4. Erledigungserklärungen nach § 161 Abs. 2	I
I		I VwGO, wenn keine Entscheidung über die	I
I		I Kosten ergeht oder die Entscheidung	I
I		I einer zuvor mitgeteilten Einigung der	I
I		I Beteiligten über die Kostentragung oder	I
I		I der Kostenübernahmeerklärung eines	I
I		I Beteiligten folgt,	I
I		I es sei denn, dass bereits ein anderes als	I
I		I eines der in Nummer 2 genannten Urteile,	I
I		I ein Gerichtsbescheid oder Beschluss in der	I
I		I Hauptsache vorausgegangen ist:	I

I	I Die Gebühr 5112 ermäßigt sich auf	I	2,0	I
I	I Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn	I		I
I	I mehrere Ermäßigungstatbestände erfüllt sind.	I		I
I		I		I
I	Unterabschnitt 3	I		I
I	Bundesverwaltungsgericht	I		I
I 5114	I Verfahren im Allgemeinen	I	5,0	I
I 5115	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I		I
I	I 1. Zurücknahme der Klage	I		I
I	I a) vor dem Schluss der mündlichen	I		I
I	I Verhandlung,	I		I
I	I b) wenn eine solche nicht stattfindet,	I		I
I	I vor Ablauf des Tages, an dem das Urteil	I		I
I	I oder der Gerichtsbescheid der	I		I
I	I Geschäftsstelle übermittelt wird,	I		I
I	I c) im Fall des § 93a Abs. 2 VwGO vor	I		I
I	I Ablauf der Erklärungsfrist nach § 93a	I		I
I	I Abs. 2 Satz 1 VwGO,	I		I
I	I 2. Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil,	I		I
I	I 3. gerichtlichen Vergleich oder	I		I
I	I 4. Erledigungserklärungen nach § 161 Abs. 2	I		I
I	I VwGO, wenn keine Entscheidung über die	I		I
I	I Kosten ergeht oder die Entscheidung einer	I		I
I	I zuvor mitgeteilten Einigung der	I		I
I	I Beteiligten über die Kostentragung oder	I		I
I	I der Kostenübernahmeerklärung eines	I		I
I	I Beteiligten folgt,	I		I
I	I es sei denn, dass bereits ein anderes als	I		I
I	I eines der in Nummer 2 genannten Urteile, ein	I		I
I	I Gerichtsbescheid oder ein Beschluss in der	I		I
I	I Hauptsache vorausgegangen ist:	I		I
I	I Die Gebühr 5114 ermäßigt sich auf	I	3,0	I
I	I Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn mehrere	I		I
I	I Ermäßigungstatbestände erfüllt sind.	I		I
I		I		I
I	Abschnitt 2	I		I
I	Zulassung und Durchführung der Berufung	I		I
I 5120	I Verfahren über die Zulassung der Berufung:	I		I
I	I Soweit der Antrag abgelehnt wird	I	1,0	I
I 5121	I Verfahren über die Zulassung der Berufung:	I		I
I	I Soweit der Antrag zurückgenommen oder das	I		I
I	I Verfahren durch anderweitige Erledigung	I		I
I	I beendet wird	I	0,5	I
I	I Die Gebühr entsteht nicht, soweit die	I		I
I	I Berufung zugelassen wird.	I		I
I 5122	I Verfahren im Allgemeinen	I	4,0	I
I 5123	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I		I
I	I Zurücknahme der Berufung oder der Klage,	I		I
I	I bevor die Schrift zur Begründung der	I		I
I	I Berufung bei Gericht eingegangen ist:	I		I
I	I Die Gebühr 5122 ermäßigt sich auf	I	1,0	I
I	I Erledigungserklärungen nach § 161 Abs. 2	I		I
I	I VwGO stehen der Zurücknahme gleich, wenn	I		I
I	I keine Entscheidung über die Kosten ergeht	I		I
I	I oder die Entscheidung einer zuvor	I		I
I	I mitgeteilten Einigung der Beteiligten über	I		I
I	I die Kostentragung oder der	I		I
I	I Kostenübernahmeerklärung eines Beteiligten	I		I
I	I folgt.	I		I
I 5124	I Beendigung des gesamten Verfahrens, wenn	I		I
I	I nicht Nummer 5123 erfüllt ist, durch	I		I
I	I 1. Zurücknahme der Berufung oder der Klage	I		I

I	I	a) vor dem Schluss der mündlichen	I	I
I	I	Verhandlung,	I	I
I	I	b) wenn eine solche nicht stattfindet,	I	I
I	I	vor Ablauf des Tages, an dem das	I	I
I	I	Urteil oder der Beschluss in der	I	I
I	I	Hauptsache der Geschäftsstelle	I	I
I	I	übermittelt wird, oder	I	I
I	I	c) im Fall des § 93a Abs. 2 VwGO vor	I	I
I	I	Ablauf der Erklärungsfrist nach	I	I
I	I	§ 93a Abs. 2 Satz 1 VwGO,	I	I
I	I	2. Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil,	I	I
I	I	3. gerichtlichen Vergleich oder	I	I
I	I	4. Erledigungserklärungen nach § 161 Abs. 2	I	I
I	I	VwGO, wenn keine Entscheidung über die	I	I
I	I	Kosten ergeht oder die Entscheidung	I	I
I	I	einer zuvor mitgeteilten Einigung der	I	I
I	I	Beteiligten über die Kostentragung oder	I	I
I	I	der Kostenübernahmeerklärung eines	I	I
I	I	Beteiligten folgt,	I	I
I	I	es sei denn, dass bereits ein anderes als	I	I
I	I	eines der in Nummer 2 genannten Urteile	I	I
I	I	oder ein Beschluss in der Hauptsache	I	I
I	I	vorausgegangen ist:	I	I
I	I	Die Gebühr 5122 ermäßigt sich auf	I	2,0
I	I	Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn	I	I
I	I	mehrere Ermäßigungstatbestände erfüllt sind.	I	I
I				I
I		Abschnitt 3		I
I		Revision		I
I	5130	I Verfahren im Allgemeinen	I	5,0
I	5131	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I	I	I Zurücknahme der Revision oder der Klage,	I	I
I	I	I bevor die Schrift zur Begründung der	I	I
I	I	I Revision bei Gericht eingegangen ist:	I	I
I	I	I Die Gebühr 5130 ermäßigt sich auf	I	1,0
I	I	I Erledigungserklärungen nach § 161 Abs. 2	I	I
I	I	I VwGO stehen der Zurücknahme gleich, wenn	I	I
I	I	I keine Entscheidung über die Kosten ergeht	I	I
I	I	I oder die Entscheidung einer zuvor	I	I
I	I	I mitgeteilten Einigung der Beteiligten über	I	I
I	I	I die Kostentragung oder der	I	I
I	I	I Kostenübernahmeerklärung eines Beteiligten	I	I
I	I	I folgt.	I	I
I	5132	I Beendigung des gesamten Verfahrens, wenn	I	I
I	I	I nicht Nummer 5131 erfüllt ist, durch	I	I
I	I	I 1. Zurücknahme der Revision oder der Klage	I	I
I	I	I a) vor dem Schluss der mündlichen	I	I
I	I	I Verhandlung,	I	I
I	I	I b) wenn eine solche nicht stattfindet,	I	I
I	I	I vor Ablauf des Tages, an dem das	I	I
I	I	I Urteil oder der Beschluss in der	I	I
I	I	I Hauptsache der Geschäftsstelle	I	I
I	I	I übermittelt wird, oder	I	I
I	I	I c) im Fall des § 93a Abs. 2 VwGO vor	I	I
I	I	I Ablauf der Erklärungsfrist nach § 93a	I	I
I	I	I Abs. 2 Satz 1 VwGO,	I	I
I	I	I 2. Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil,	I	I
I	I	I 3. gerichtlichen Vergleich oder	I	I
I	I	I 4. Erledigungserklärungen nach § 161 Abs. 2	I	I
I	I	I VwGO, wenn keine Entscheidung über die	I	I
I	I	I Kosten ergeht oder die Entscheidung einer	I	I
I	I	I zuvor mitgeteilten Einigung der	I	I

I	I	Beteiligten über die Kostentragung oder	I	I
I	I	der Kostenübernahmeerklärung eines	I	I
I	I	Beteiligten folgt,	I	I
I	I	es sei denn, dass bereits ein anderes als	I	I
I	I	eines der in Nummer 2 genannten Urteile	I	I
I	I	oder ein Beschluss in der Hauptsache	I	I
I	I	vorausgegangen ist:	I	I
I	I	Die Gebühr 5130 ermäßigt sich auf	I	3,0 I
I	I	Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn	I	I
I	I	mehrere Ermäßigungstatbestände erfüllt sind.	I	I
I			I	I
I		Hauptabschnitt 2	I	I
I		Vorläufiger Rechtsschutz	I	I
I		Vorbemerkung 5.2:	I	I
I		(1) Die Vorschriften dieses Hauptabschnitts gelten für	I	I
I		einstweilige Anordnungen und für Verfahren nach § 80 Abs. 5,	I	I
I		§ 80a Abs. 3 und § 80b Abs. 2 und 3 VwGO.	I	I
I		(2) Im Verfahren über den Antrag auf Erlass und im Verfahren	I	I
I		über den Antrag auf Aufhebung einer einstweiligen Anordnung	I	I
I		werden die Gebühren jeweils gesondert erhoben. Mehrere Verfahren	I	I
I		nach § 80 Abs. 5 und 7, § 80a Abs. 3 und § 80b Abs. 2 und 3	I	I
I		VwGO gelten innerhalb eines Rechtszugs als ein Verfahren.	I	I
I			I	I
I		Abschnitt 1	I	I
I		Verwaltungsgericht sowie	I	I
I		Oberverwaltungsgericht (Verwaltungsgerichtshof)	I	I
I		und Bundesverwaltungsgericht	I	I
I		als Rechtsmittelgerichte in der Hauptsache	I	I
I	5210	I Verfahren im Allgemeinen	I	1,5 I
I	5211	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I		I 1. Zurücknahme des Antrags	I	I
I		I a) vor dem Schluss der mündlichen	I	I
I		I Verhandlung oder,	I	I
I		I b) wenn eine solche nicht stattfindet,	I	I
I		I vor Ablauf des Tages, an dem der	I	I
I		I Beschluss der Geschäftsstelle	I	I
I		I übermittelt wird,	I	I
I		I 2. gerichtlichen Vergleich oder	I	I
I		I 3. Erledigungserklärungen nach § 161 Abs. 2	I	I
I		I VwGO, wenn keine Entscheidung über die	I	I
I		I Kosten ergeht oder die Entscheidung einer	I	I
I		I zuvor mitgeteilten Einigung der	I	I
I		I Beteiligten über die Kostentragung oder	I	I
I		I der Kostenübernahmeerklärung eines	I	I
I		I Beteiligten folgt,	I	I
I		I es sei denn, dass bereits ein Beschluss	I	I
I		I über den Antrag vorausgegangen ist:	I	I
I		I Die Gebühr 5210 ermäßigt sich auf	I	0,5 I
I		I Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn	I	I
I		I mehrere Ermäßigungstatbestände erfüllt sind.	I	I
I			I	I
I		Abschnitt 2	I	I
I		Oberverwaltungsgericht (Verwaltungsgerichtshof)	I	I
I		Vorbemerkung 5.2.2:	I	I
I		Die Vorschriften dieses Abschnitts gelten, wenn das	I	I
I		Oberverwaltungsgericht (Verwaltungsgerichtshof) auch in der	I	I
I		Hauptsache erstinstanzlich zuständig ist.	I	I
I	5220	I Verfahren im Allgemeinen	I	2,0 I
I	5221	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I		I 1. Zurücknahme des Antrags	I	I
I		I a) vor dem Schluss der mündlichen	I	I
I		I Verhandlung oder,	I	I

I I b) wenn eine solche nicht stattfindet, I I
I I vor Ablauf des Tages, an dem der I I
I I Beschluss der Geschäftsstelle I I
I I übermittelt wird, I I
I I 2. gerichtlichen Vergleich oder I I
I I 3. Erledigungserklärungen nach § 161 Abs. 2 I I
I I VwGO, wenn keine Entscheidung über die I I
I I Kosten ergeht oder die Entscheidung einer I I
I I zuvor mitgeteilten Einigung der I I
I I Beteiligten über die Kostentragung oder I I
I I der Kostenübernahmeerklärung eines I I
I I Beteiligten folgt, I I
I I es sei denn, dass bereits ein Beschluss I I
I I über den Antrag vorausgegangen ist: I I
I I Die Gebühr 5220 ermäßigt sich auf I 0,75 I
I I Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn I I
I I mehrere Ermäßigungstatbestände erfüllt sind. I I

Abschnitt 3

Bundesverwaltungsgericht

I Vorbemerkung 5.2.3: I I
I Die Vorschriften dieses Abschnitts gelten, wenn das I I
I Bundesverwaltungsgericht auch in der Hauptsache erstinstanzlich I I
I zuständig ist. I I

I 5230 I Verfahren im Allgemeinen I 2,5 I
I 5231 I Beendigung des gesamten Verfahrens durch I I
I I 1. Zurücknahme des Antrags I I
I I a) vor dem Schluss der mündlichen I I
I I Verhandlung oder, I I
I I b) wenn eine solche nicht stattfindet, I I
I I vor Ablauf des Tages, an dem der I I
I I Beschluss der Geschäftsstelle I I
I I übermittelt wird, I I
I I 2. gerichtlichen Vergleich oder I I
I I 3. Erledigungserklärungen nach § 161 Abs. 2 I I
I I VwGO, wenn keine Entscheidung über die I I
I I Kosten ergeht oder die Entscheidung einer I I
I I zuvor mitgeteilten Einigung der I I
I I Beteiligten über die Kostentragung oder I I
I I der Kostenübernahmeerklärung eines I I
I I Beteiligten folgt, I I
I I es sei denn, dass bereits ein Beschluss I I
I I über den Antrag vorausgegangen ist: I I
I I Die Gebühr 5230 ermäßigt sich auf I 1,0 I
I I Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn I I
I I mehrere Ermäßigungstatbestände erfüllt sind. I I

Abschnitt 4

Beschwerde

I Vorbemerkung 5.2.4: I I
I Die Vorschriften dieses Abschnitts gelten für Beschwerden gegen I I
I Beschlüsse des Verwaltungsgerichts über einstweilige Anordnungen I I
I (§ 123 VwGO) und über die Aussetzung der Vollziehung (§§ 80, 80a I I
I VwGO). I I

I 5240 I Verfahren über die Beschwerde I 2,0 I
I 5241 I Beendigung des gesamten Verfahrens durch I I
I I Zurücknahme der Beschwerde: I I
I I Die Gebühr 5240 ermäßigt sich auf I 1,0 I

Hauptabschnitt 3

Besondere Verfahren

I 5300 I Selbstständiges Beweisverfahren I 1,0 I

I	5301	I	Verfahren über Anträge auf gerichtliche	I		I
I		I	Handlungen der Zwangsvollstreckung nach den	I		I
I		I	§§ 169, 170 oder § 172 VwGO	I	15,00 EUR	I
I						I
I			Hauptabschnitt 4			I
I			Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör			I
I	5400	I	Verfahren über die Rüge wegen Verletzung	I		I
I		I	des Anspruchs auf rechtliches Gehör	I		I
I		I	(§ 152a VwGO):	I		I
I		I	Die Rüge wird in vollem Umfang verworfen	I		I
I		I	oder zurückgewiesen	I	50,00 EUR	I
I						I
I			Hauptabschnitt 5			I
I			Sonstige Beschwerden			I
I	5500	I	Verfahren über die Beschwerde gegen die	I		I
I		I	Nichtzulassung der Revision:	I		I
I		I	Soweit die Beschwerde verworfen oder	I		I
I		I	zurückgewiesen wird	I	2,0	I
I	5501	I	Verfahren über die Beschwerde gegen die	I		I
I		I	Nichtzulassung der Revision:	I		I
I		I	Soweit die Beschwerde zurückgenommen oder	I		I
I		I	das Verfahren durch anderweitige Erledigung	I		I
I		I	beendet wird	I	1,0	I
I		I	Die Gebühr entsteht nicht, soweit die	I		I
I		I	Revision zugelassen wird.	I		I
I	5502	I	Verfahren über nicht besonders aufgeführte	I		I
I		I	Beschwerden, die nicht nach anderen	I		I
I		I	Vorschriften gebührenfrei sind:	I		I
I		I	Die Beschwerde wird verworfen oder	I		I
I		I	zurückgewiesen	I	50,00 EUR	I
I		I	Wird die Beschwerde nur teilweise verworfen	I		I
I		I	oder zurückgewiesen, kann das Gericht die	I		I
I		I	Gebühr nach billigem Ermessen auf die Hälfte	I		I
I		I	ermäßigen oder bestimmen, dass eine Gebühr	I		I
I		I	nicht zu erheben ist.	I		I
I						I
I			Hauptabschnitt 6			I
I			Besondere Gebühren			I
I	5600	I	Abschluss eines gerichtlichen Vergleichs:	I		I
I		I	Soweit der Wert des Vergleichsgegenstands	I		I
I		I	den Wert des Streitgegenstands übersteigt .	I	0,25	I
I		I	Die Gebühr entsteht nicht im Verfahren	I		I
I		I	über die Prozesskostenhilfe.	I		I
I	5601	I	Auferlegung einer Gebühr nach § 38 GKG	I		I
I		I	wegen Verzögerung des Rechtsstreits	I	wie vom Gericht	I
I		I		I	bestimmt	I

Teil 6
Verfahren vor den Gerichten der Finanzgerichtsbarkeit

I	I		I	Gebühr oder	I	
I	Nr.	I	Gebührentatbestand	I	Satz der Gebühr	I
I	I			I	nach § 34 GKG	I
I						I
I			Hauptabschnitt 1			I
I			Prozessverfahren			I
I						I
I			Abschnitt 1			I
I			Erster Rechtszug			I
I	6110	I	Verfahren im Allgemeinen, soweit es sich	I		I

I	I	nicht nach § 45 Abs. 3 FGO erledigt	I	4,0	I
I 6111	I	Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I		I
I	I	1. Zurücknahme der Klage	I		I
I	I	a) vor dem Schluss der mündlichen	I		I
I	I	Verhandlung oder,	I		I
I	I	b) wenn eine solche nicht stattfindet,	I		I
I	I	vor Ablauf des Tages, an dem das Urteil	I		I
I	I	oder der Gerichtsbescheid der	I		I
I	I	Geschäftsstelle übermittelt wird, oder	I		I
I	I	2. Beschluss in den Fällen des § 138 FGO,	I		I
I	I	es sei denn, dass bereits ein Urteil oder	I		I
I	I	ein Gerichtsbescheid vorausgegangen ist:	I		I
I	I	Die Gebühr 6110 ermäßigt sich auf	I	2,0	I
I	I	Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn	I		I
I	I	mehrere Ermäßigungstatbestände erfüllt sind.	I		I
I					I
I		Abschnitt 2			I
I		Revision			I
I 6120	I	Verfahren im Allgemeinen	I	5,0	I
I 6121	I	Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I		I
I	I	Zurücknahme der Revision oder der Klage,	I		I
I	I	bevor die Schrift zur Begründung der	I		I
I	I	Revision bei Gericht eingegangen ist:	I		I
I	I	Die Gebühr 6120 ermäßigt sich auf	I	1,0	I
I	I	Erledigungen in den Fällen des § 138 FGO	I		I
I	I	stehen der Zurücknahme gleich.	I		I
I 6122	I	Beendigung des gesamten Verfahrens, wenn	I		I
I	I	nicht Nummer 6121 erfüllt ist, durch	I		I
I	I	1. Zurücknahme der Revision oder der Klage	I		I
I	I	a) vor dem Schluss der mündlichen	I		I
I	I	Verhandlung oder,	I		I
I	I	b) wenn eine solche nicht stattfindet,	I		I
I	I	vor Ablauf des Tages, an dem das	I		I
I	I	Urteil, der Gerichtsbescheid oder der	I		I
I	I	Beschluss in der Hauptsache der	I		I
I	I	Geschäftsstelle übermittelt wird, oder	I		I
I	I	2. Beschluss in den Fällen des § 138 FGO,	I		I
I	I	es sei denn, dass bereits ein Urteil, ein	I		I
I	I	Gerichtsbescheid oder ein Beschluss in der	I		I
I	I	Hauptsache vorausgegangen ist:	I		I
I	I	Die Gebühr 6120 ermäßigt sich auf	I	3,0	I
I	I	Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn mehrere	I		I
I	I	Ermäßigungstatbestände erfüllt sind.	I		I
I					I
I		Hauptabschnitt 2			I
I		Vorläufiger Rechtsschutz			I
I		Vorbemerkung 6.2:			I
I		(1) Die Vorschriften dieses Hauptabschnitts gelten für			I
I		einstweilige Anordnungen und für Verfahren nach § 69 Abs. 3			I
I		und 5 FGO.			I
I		(2) Im Verfahren über den Antrag auf Erlass und im Verfahren			I
I		über den Antrag auf Aufhebung einer einstweiligen Anordnung werden			I
I		die Gebühren jeweils gesondert erhoben. Mehrere Verfahren nach			I
I		§ 69 Abs. 3 und 5 FGO gelten innerhalb eines Rechtszugs als ein			I
I		Verfahren.			I
I					I
I		Abschnitt 1			I
I		Erster Rechtszug			I
I 6210	I	Verfahren im Allgemeinen	I	2,0	I
I 6211	I	Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I		I
I	I	1. Zurücknahme des Antrags	I		I
I	I	a) vor dem Schluss der mündlichen	I		I

I	I	Verhandlung oder,	I	I
I	I	b) wenn eine solche nicht stattfindet, vor	I	I
I	I	Ablauf des Tages, an dem der Beschluss	I	I
I	I	(§ 114 Abs. 4 FGO) der Geschäftsstelle	I	I
I	I	übermittelt wird, oder	I	I
I	I	2. Beschluss in den Fällen des § 138 FGO,	I	I
I	I	es sei denn, dass bereits ein Beschluss	I	I
I	I	nach § 114 Abs. 4 FGO vorausgegangen ist:	I	I
I	I	Die Gebühr 6210 ermäßigt sich auf	I	0,75 I
I	I	Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn	I	I
I	I	mehrere Ermäßigungstatbestände erfüllt sind.	I	I
I			I	I
I		Abschnitt 2	I	I
I		Beschwerde	I	I
I		Vorbemerkung 6.2.2:	I	I
I		Die Vorschriften dieses Abschnitts gelten für Beschwerden gegen	I	I
I		Beschlüsse über einstweilige Anordnungen (§ 114 FGO) und über	I	I
I		die Aussetzung der Vollziehung (§ 69 Abs. 3 und 5 FGO).	I	I
I	6220	I Verfahren über die Beschwerde	I	2,0 I
I	6221	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I		I Zurücknahme der Beschwerde:	I	I
I		I Die Gebühr 6220 ermäßigt sich auf	I	1,0 I
I			I	I
I		Hauptabschnitt 3	I	I
I		Besondere Verfahren	I	I
I	6300	I Selbstständiges Beweisverfahren	I	1,0 I
I	6301	I Verfahren über Anträge auf gerichtliche	I	I
I		I Handlungen der Zwangsvollstreckung gemäß	I	I
I		I § 152 FGO	I	15,00 EUR I
I			I	I
I		Hauptabschnitt 4	I	I
I		Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör	I	I
I	6400	I Verfahren über die Rüge wegen Verletzung	I	I
I		I des Anspruchs auf rechtliches Gehör	I	I
I		I (§ 133a FGO):	I	I
I		I Die Rüge wird in vollem Umfang verworfen	I	I
I		I oder zurückgewiesen	I	50,00 EUR I
I			I	I
I		Hauptabschnitt 5	I	I
I		Sonstige Beschwerden	I	I
I	6500	I Verfahren über die Beschwerde gegen die	I	I
I		I Nichtzulassung der Revision:	I	I
I		I Soweit die Beschwerde verworfen oder	I	I
I		I zurückgewiesen wird	I	2,0 I
I	6501	I Verfahren über die Beschwerde gegen die	I	I
I		I Nichtzulassung der Revision:	I	I
I		I Soweit die Beschwerde zurückgenommen oder	I	I
I		I das Verfahren durch anderweitige Erledigung	I	I
I		I beendet wird	I	1,0 I
I		I Die Gebühr entsteht nicht, soweit die	I	I
I		I Revision zugelassen wird.	I	I
I	6502	I Verfahren über nicht besonders aufgeführte	I	I
I		I Beschwerden, die nicht nach anderen	I	I
I		I Vorschriften gebührenfrei sind:	I	I
I		I Die Beschwerde wird verworfen oder	I	I
I		I zurückgewiesen	I	50,00 EUR I
I		I Wird die Beschwerde nur teilweise verworfen	I	I
I		I oder zurückgewiesen, kann das Gericht die	I	I
I		I Gebühr nach billigem Ermessen auf die Hälfte	I	I
I		I ermäßigen oder bestimmen, dass eine Gebühr	I	I
I		I nicht zu erheben ist.	I	I
I			I	I

I		Hauptabschnitt 6	I
I		Besondere Gebühr	I
I 6600	I	Auferlegung einer Gebühr nach § 38 GKG	I I
I	I	wegen Verzögerung des Rechtsstreits	I wie vom Gericht I
I	I		I bestimmt I

 Teil 7
 Verfahren vor den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit

I	I		I	Gebühr oder	I
I Nr.	I	Gebührentatbestand	I	Satz der Gebühr	I
I	I		I	nach § 34 GKG	I

I		Hauptabschnitt 1	I
I		Prozessverfahren	I

I		Abschnitt 1	I
I		Erster Rechtszug	I

I 7110	I	Verfahren im Allgemeinen	I	3,0	I
I 7111	I	Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I		I
I	I	1. Zurücknahme der Klage	I		I
I	I	a) vor dem Schluss der mündlichen	I		I
I	I	Verhandlung oder,	I		I
I	I	b) wenn eine solche nicht stattfindet,	I		I
I	I	vor Ablauf des Tages, an dem das	I		I
I	I	Urteil oder der Gerichtsbescheid der	I		I
I	I	Geschäftsstelle übermittelt wird,	I		I
I	I	2. Anerkenntnisurteil,	I		I
I	I	3. gerichtlichen Vergleich oder	I		I
I	I	angenommenes Anerkenntnis oder	I		I
I	I	4. Erledigungserklärungen nach § 197a	I		I
I	I	Abs. 1 Satz 1 SGG i.V.m. § 161 Abs. 2	I		I
I	I	VwGO, wenn keine Entscheidung über die	I		I
I	I	Kosten ergeht oder die Entscheidung	I		I
I	I	einer zuvor mitgeteilten Einigung der	I		I
I	I	Beteiligten über die Kostentragung oder	I		I
I	I	der Kostenübernahmeerklärung eines	I		I
I	I	Beteiligten folgt,	I		I
I	I	es sei denn, dass bereits ein Urteil oder	I		I
I	I	ein Gerichtsbescheid vorausgegangen ist:	I		I
I	I	Die Gebühr 7110 ermäßigt sich auf	I	1,0	I
I	I	Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn mehrere	I		I
I	I	Ermäßigungstatbestände erfüllt sind.	I		I

I		Abschnitt 2	I
I		Berufung	I

I 7120	I	Verfahren im Allgemeinen	I	4,0	I
I 7121	I	Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I		I
I	I	Zurücknahme der Berufung oder der Klage,	I		I
I	I	bevor die Schrift zur Begründung der	I		I
I	I	Berufung bei Gericht eingegangen ist und	I		I
I	I	vor Ablauf des Tages, an dem die Verfügung	I		I
I	I	mit der Bestimmung des Termins zur	I		I
I	I	mündlichen Verhandlung der Geschäftsstelle	I		I
I	I	übermittelt wird und vor Ablauf des Tages,	I		I
I	I	an dem die den Beteiligten gesetzte Frist	I		I
I	I	zur Äußerung abgelaufen ist (§ 153 Abs. 4	I		I
I	I	Satz 2 SGG):	I		I
I	I	Die Gebühr 7120 ermäßigt sich auf	I	1,0	I
I	I	Erledigungserklärungen nach § 197a Abs. 1	I		I

I	I 3. gerichtlichen Vergleich oder	I	I
I	I angenommenes Anerkenntnis oder	I	I
I	I 4. Erledigungserklärungen nach § 197a	I	I
I	I Abs. 1 Satz 1 SGG i.V.m. § 161 Abs. 2	I	I
I	I VwGO, wenn keine Entscheidung über die	I	I
I	I Kosten ergeht oder die Entscheidung	I	I
I	I einer zuvor mitgeteilten Einigung der	I	I
I	I Beteiligten über die Kostentragung oder	I	I
I	I der Kostenübernahmeerklärung eines	I	I
I	I Beteiligten folgt,	I	I
I	I wenn nicht bereits ein Urteil oder ein	I	I
I	I Beschluss in der Hauptsache vorausgegangen	I	I
I	I ist:	I	I
I	I Die Gebühr 7130 ermäßigt sich auf	I	I 3,0
I	I Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn mehrere	I	I
I	I Ermäßigungstatbestände erfüllt sind.	I	I
I			I
I	I Hauptabschnitt 2		I
I	I Vorläufiger Rechtsschutz		I
I	I Vorbemerkung 7.2:		I
I	I (1) Die Vorschriften dieses Hauptabschnitts gelten für		I
I	I einstweilige Anordnungen und für Verfahren nach § 86b Abs. 1 SGG.		I
I	I (2) Im Verfahren über den Antrag auf Erlass und im Verfahren		I
I	I über den Antrag auf Aufhebung einer einstweiligen Anordnung werden		I
I	I die Gebühren jeweils gesondert erhoben. Mehrere Verfahren nach		I
I	I § 86b Abs. 1 SGG gelten innerhalb eines Rechtszugs als ein Verfahren.		I
I			I
I	I Abschnitt 1		I
I	I Erster Rechtszug		I
I	I 7210 I Verfahren im Allgemeinen	I	I 1,5
I	I 7211 I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I	I 1. Zurücknahme des Antrags	I	I
I	I a) vor dem Schluss der mündlichen	I	I
I	I Verhandlung oder,	I	I
I	I b) wenn eine solche nicht stattfindet,	I	I
I	I vor Ablauf des Tages, an dem der	I	I
I	I Beschluss (§ 86b Abs. 4 SGG) der	I	I
I	I Geschäftsstelle übermittelt wird,	I	I
I	I 2. gerichtlichen Vergleich oder	I	I
I	I angenommenes Anerkenntnis oder	I	I
I	I 3. Erledigungserklärungen nach § 197a Abs. 1	I	I
I	I Satz 1 SGG i.V.m. § 161 Abs. 2 VwGO,	I	I
I	I wenn keine Entscheidung über die Kosten	I	I
I	I ergeht oder die Entscheidung einer zuvor	I	I
I	I mitgeteilten Einigung der Beteiligten	I	I
I	I über die Kostentragung oder der	I	I
I	I Kostenübernahmeerklärung eines	I	I
I	I Beteiligten folgt,	I	I
I	I es sei denn, dass bereits ein Beschluss	I	I
I	I (§ 86b Abs. 4 SGG) vorausgegangen ist:	I	I
I	I Die Gebühr 7210 ermäßigt sich auf	I	I 0,5
I	I Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn	I	I
I	I mehrere Ermäßigungstatbestände erfüllt sind.	I	I
I			I
I	I Abschnitt 2		I
I	I Beschwerde		I
I	I Vorbemerkung 7.2.2:		I
I	I Die Vorschriften dieses Abschnitts gelten für Beschwerden gegen		I
I	I Beschlüsse des Sozialgerichts nach § 86b SGG.		I
I	I 7220 I Verfahren über die Beschwerde	I	I 2,0
I	I 7221 I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I	I Zurücknahme der Beschwerde:	I	I

Verfahren vor den Gerichten der Arbeitsgerichtsbarkeit

I Nr.	I Gebührentatbestand	I Gebühr oder I Satz der Gebühr I nach § 34 GKG I
I Vorbemerkung 8:		
I Bei Beendigung des Verfahrens durch einen gerichtlichen Vergleich I		
I entfällt die in dem betreffenden Rechtszug angefallene Gebühr; I		
I im ersten Rechtszug entfällt auch die Gebühr für das Verfahren I		
I über den Antrag auf Erlass eines Vollstreckungsbescheids oder eines I		
I Europäischen Zahlungsbefehls. Dies gilt nicht, wenn der Vergleich I		
I nur einen Teil des Streitgegenstands betrifft (Teilvergleich). I		
I		
I Hauptabschnitt 1 I		
I Mahnverfahren I		
I 8100	I Verfahren über den Antrag auf Erlass eines I	I
	I Vollstreckungsbescheids oder eines I	I
	I Europäischen Zahlungsbefehls I	I 0,4 I
	I Die Gebühr entfällt bei Zurücknahme des I - mindestens I	I
	I Antrags auf Erlass des Vollstreckungs- I	I 18,00 EUR I
	I bescheids. Sie entfällt auch nach Übergang I	I
	I in das streitige Verfahren, wenn dieses I	I
	I ohne streitige Verhandlung endet; dies gilt I	I
	I nicht, wenn ein Versäumnisurteil ergeht. I	I
	I Bei Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO I	I
	I entfällt die Gebühr, wenn keine Entscheidung I	I
	I über die Kosten ergeht oder die Kosten- I	I
	I entscheidung einer zuvor mitgeteilten I	I
	I Einigung der Parteien über die Kostentragung I	I
	I oder der Kostenübernahmeerklärung einer I	I
	I Partei folgt. I	I
I		
I Hauptabschnitt 2 I		
I Urteilsverfahren I		
I		
I Abschnitt 1 I		
I Erster Rechtszug I		
I 8210	I Verfahren im Allgemeinen I	I 2,0 I
	I (1) Soweit wegen desselben Anspruchs ein I	I
	I Mahnverfahren vorausgegangen ist, entsteht I	I
	I die Gebühr nach Erhebung des Widerspruchs, I	I
	I wenn ein Antrag auf Durchführung der I	I
	I mündlichen Verhandlung gestellt wird, oder I	I
	I mit der Einlegung des Einspruchs; in diesem I	I
	I Fall wird eine Gebühr 8100 nach dem Wert I	I
	I des Streitgegenstands angerechnet, der in I	I
	I das Prozessverfahren übergegangen ist, I	I
	I sofern im Mahnverfahren der Antrag auf Erlass I	I
	I des Vollstreckungsbescheids gestellt wurde. I	I
	I Satz 1 gilt entsprechend, wenn wegen desselben I	I
	I Streitgegenstands ein Europäisches I	I
	I Mahnverfahren vorausgegangen ist. I	I
	I (2) Die Gebühr entfällt bei Beendigung des I	I
	I gesamten Verfahrens ohne streitige I	I
	I Verhandlung, wenn kein Versäumnisurteil I	I
	I ergeht. Bei Erledigungserklärungen nach I	I
	I nach § 91a ZPO entfällt die Gebühr, wenn I	I
	I keine Entscheidung über die Kosten ergeht I	I
	I oder die Kostenentscheidung einer zuvor I	I
	I mitgeteilten Einigung der Parteien über die I	I

I	I	Kostentragung oder der Kostenübernahmeerklärung	I
I	I	einer Partei folgt.	I
I 8211	I	Beendigung des gesamten Verfahrens nach	I
I	I	streitiger Verhandlung durch	I
I	I	1. Zurücknahme der Klage vor dem Schluss	I
I	I	der mündlichen Verhandlung, wenn keine	I
I	I	Entscheidung nach § 269 Abs. 3 Satz 3 ZPO	I
I	I	über die Kosten ergeht oder die	I
I	I	Entscheidung einer zuvor mitgeteilten	I
I	I	Einigung der Parteien über die	I
I	I	Kostentragung oder der	I
I	I	Kostenübernahmeerklärung einer Partei	I
I	I	folgt,	I
I	I	2. Anerkenntnisurteil, Verzichtsurteil	I
I	I	oder Urteil, das nach § 313a Abs. 2 ZPO	I
I	I	keinen Tatbestand und keine	I
I	I	Entscheidungsgründe enthält, oder	I
I	I	3. Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO,	I
I	I	wenn keine Entscheidung über die Kosten	I
I	I	ergeht oder die Entscheidung einer zuvor	I
I	I	mitgeteilten Einigung der Parteien über	I
I	I	die Kostentragung oder der	I
I	I	Kostenübernahmeerklärung einer Partei	I
I	I	folgt,	I
I	I	es sei denn, dass bereits ein anderes als	I
I	I	eines der in Nummer 2 genannten Urteile	I
I	I	vorausgegangen ist:	I
I	I	Die Gebühr 8210 ermäßigt sich auf	I 0,4
I	I	Die Zurücknahme des Antrags auf	I
I	I	Durchführung des streitigen Verfahrens, des	I
I	I	Widerspruchs gegen den Mahnbescheid oder des	I
I	I	Einspruchs gegen den Vollstreckungsbescheid	I
I	I	stehen der Zurücknahme der Klage gleich.	I
I	I	Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn	I
I	I	mehrere Ermäßigungstatbestände erfüllt sind	I
I	I	oder Ermäßigungstatbestände mit einem	I
I	I	Teilvergleich zusammentreffen.	I
I			I
I		Abschnitt 2	I
I		Berufung	I
I 8220	I	Verfahren im Allgemeinen	I 3,2
I 8221	I	Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I
I	I	Zurücknahme der Berufung oder der Klage,	I
I	I	bevor die Schrift zur Begründung der	I
I	I	Berufung bei Gericht eingegangen ist:	I
I	I	Die Gebühr 8220 ermäßigt sich auf	I 0,8
I	I	Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO	I
I	I	stehen der Zurücknahme gleich, wenn keine	I
I	I	Entscheidung über die Kosten ergeht oder die	I
I	I	Entscheidung einer zuvor mitgeteilten	I
I	I	Einigung der Parteien über die	I
I	I	Kostentragung oder der	I
I	I	Kostenübernahmeerklärung einer Partei folgt.	I
I 8222	I	Beendigung des gesamten Verfahrens, wenn	I
I	I	nicht Nummer 8221 erfüllt ist, durch	I
I	I	1. Zurücknahme der Berufung oder der Klage	I
I	I	vor dem Schluss der mündlichen	I
I	I	Verhandlung,	I
I	I	2. Anerkenntnisurteil, Verzichtsurteil oder	I
I	I	Urteil, das nach § 313a Abs. 2 ZPO	I
I	I	keinen Tatbestand und keine	I
I	I	Entscheidungsgründe enthält, oder	I

I	I	die Kostentragung oder der	I	I
I	I	Kostenübernahmeerklärung einer Partei	I	I
I	I	folgt,	I	I
I	I	es sei denn, dass bereits ein anderes als	I	I
I	I	eines der in Nummer 2 genannten Urteile	I	I
I	I	vorausgegangen ist:	I	I
I	I	Die Gebühr 8320 ermäßigt sich auf	I	1,6
I	I	Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn	I	I
I	I	mehrere Ermäßigungstatbestände erfüllt sind	I	I
I	I	oder Ermäßigungstatbestände mit einem	I	I
I	I	Teilvergleich zusammentreffen.	I	I
I	8323	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I	I	ein Urteil, das wegen eines Verzichts der	I	I
I	I	Parteien nach § 313a Abs. 1 Satz 2 ZPO keine	I	I
I	I	schriftliche Begründung enthält, wenn nicht	I	I
I	I	bereits ein anderes als eines der in Nummer	I	I
I	I	8322 Nr. 2 genannten Urteile oder ein	I	I
I	I	Beschluss in der Hauptsache vorausgegangen	I	I
I	I	ist:	I	I
I	I	Die Gebühr 8320 ermäßigt sich auf	I	2,4
I	I	Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn daneben	I	I
I	I	Ermäßigungstatbestände nach Nummer 8322	I	I
I	I	erfüllt sind oder solche	I	I
I	I	Ermäßigungstatbestände mit einem	I	I
I	I	Teilvergleich zusammentreffen.	I	I
I				I
I		Abschnitt 3		I
I		Beschwerde		I
I	8330	I Verfahren über Beschwerden gegen die	I	I
I	I	Zurückweisung eines Antrags auf Anordnung	I	I
I	I	eines Arrests oder einer einstweiligen	I	I
I	I	Verfügung	I	1,2
I	8331	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I	I	Zurücknahme der Beschwerde:	I	I
I	I	Die Gebühr 8330 ermäßigt sich auf	I	0,8
I				I
I		Hauptabschnitt 4		I
I		Besondere Verfahren		I
I	8400	I Selbständiges Beweisverfahren	I	0,6
I	8401	I Verfahren über Anträge auf Ausstellung	I	I
I	I	einer Bestätigung nach § 1079 ZPO	I	12,00 EUR
I				I
I		Hauptabschnitt 5		I
I		Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör		I
I	8500	I Verfahren über die Rüge wegen Verletzung	I	I
I	I	des Anspruchs auf rechtliches Gehör	I	I
I	I	(§ 78a des Arbeitsgerichtsgesetzes):	I	I
I	I	Die Rüge wird in vollem Umfang verworfen	I	I
I	I	oder zurückgewiesen	I	40,00 EUR
I				I
I		Hauptabschnitt 6		I
I		Sonstige Beschwerden und Rechtsbeschwerden		I
I				I
I		Abschnitt 1		I
I		Sonstige Beschwerden		I
I	8610	I Verfahren über Beschwerden nach § 71 Abs. 2,	I	I
I	I	§ 91a Abs. 2, § 99 Abs. 2, § 269 Abs. 5	I	I
I	I	oder § 494a Abs. 2 Satz 2 ZPO	I	60,00 EUR
I	8611	I Beendigung des Verfahrens ohne Entscheidung:	I	I
I	I	Die Gebühr 8610 ermäßigt sich auf	I	40,00 EUR
I	I	(1) Die Gebühr ermäßigt sich auch im Fall	I	I
I	I	der Zurücknahme der Beschwerde vor Ablauf	I	I

I	I des Tages, an dem die Entscheidung der	I	I
I	I Geschäftsstelle übermittelt wird.	I	I
I	I (2) Eine Entscheidung über die Kosten	I	I
I	I steht der Ermäßigung nicht entgegen, wenn	I	I
I	I die Entscheidung einer zuvor mitgeteilten	I	I
I	I Einigung der Parteien über die Kostentragung	I	I
I	I oder der Kostenübernahmeerklärung einer	I	I
I	I Partei folgt.	I	I
I 8612	I Verfahren über die Beschwerde gegen die	I	I
I	I Nichtzulassung der Revision:	I	I
I	I Soweit die Beschwerde verworfen oder	I	I
I	I zurückgewiesen wird	I	I 1,6
I 8613	I Verfahren über die Beschwerde gegen die	I	I
I	I Nichtzulassung der Revision:	I	I
I	I Soweit die Beschwerde zurückgenommen oder	I	I
I	I das Verfahren durch anderweitige Erledigung	I	I
I	I beendet wird	I	I 0,8
I	I Die Gebühr entsteht nicht, soweit die	I	I
I	I Revision zugelassen wird.	I	I
I 8614	I Verfahren über nicht besonders aufgeführte	I	I
I	I Beschwerden, die nicht nach anderen	I	I
I	I Vorschriften gebührenfrei sind:	I	I
I	I Die Beschwerde wird verworfen oder	I	I
I	I zurückgewiesen	I	I 40,00 EUR
I	I Wird die Beschwerde nur teilweise verworfen	I	I
I	I oder zurückgewiesen, kann das Gericht die	I	I
I	I Gebühr nach billigem Ermessen auf die Hälfte	I	I
I	I ermäßigen oder bestimmen, dass eine Gebühr	I	I
I	I nicht zu erheben ist.	I	I
I		I	I
I		I	I
I	Abschnitt 2	I	I
I	Sonstige Rechtsbeschwerden	I	I
I 8620	I Verfahren über Rechtsbeschwerden in den	I	I
I	I Fällen des § 71 Abs. 1, § 91a Abs. 1, § 99	I	I
I	I Abs. 2, § 269 Abs. 4, § 494a Abs. 2 Satz 2	I	I
I	I oder § 516 Abs. 3 ZPO	I	I 120,00 EUR
I 8621	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I	I Zurücknahme der Rechtsbeschwerde, des	I	I
I	I Antrags oder der Klage, bevor die Schrift	I	I
I	I zur Begründung der Rechtsbeschwerde bei	I	I
I	I Gericht eingegangen ist:	I	I
I	I Die Gebühr 8620 ermäßigt sich auf	I	I 40,00 EUR
I 8622	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I	I Zurücknahme der Rechtsbeschwerde, des	I	I
I	I Antrags oder der Klage vor Ablauf des	I	I
I	I Tages, an dem die Entscheidung der	I	I
I	I Geschäftsstelle übermittelt wird, wenn	I	I
I	I nicht Nummer 8621 erfüllt ist:	I	I
I	I Die Gebühr 8620 ermäßigt sich auf	I	I 60,00 EUR
I 8623	I Verfahren über nicht besonders aufgeführte	I	I
I	I Rechtsbeschwerden, die nicht nach anderen	I	I
I	I Vorschriften gebührenfrei sind:	I	I
I	I Die Rechtsbeschwerde wird verworfen oder	I	I
I	I zurückgewiesen	I	I 80,00 EUR
I	I Wird die Rechtsbeschwerde nur teilweise	I	I
I	I verworfen oder zurückgewiesen, kann das	I	I
I	I Gericht die Gebühr nach billigem Ermessen	I	I
I	I auf die Hälfte ermäßigen oder bestimmen,	I	I
I	I dass eine Gebühr nicht zu erheben ist.	I	I
I 8624	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I	I Zurücknahme der Rechtsbeschwerde, des	I	I
I	I Antrags oder der Klage vor Ablauf des	I	I

I	I	Tages, an dem die Entscheidung der	I	I
I	I	Geschäftsstelle übermittelt wird:	I	I
I	I	Die Gebühr 8623 ermäßigt sich auf	I	40,00 EUR I
I				I
I		Hauptabschnitt 7		I
I		Besondere Gebühr		I
I	8700 I	Auferlegung einer Gebühr nach § 38 GKG	I	I
I	I	wegen Verzögerung des Rechtsstreits	I	wie vom Gericht I
I	I		I	bestimmt I

Teil 9
Auslagen

I	Nr.	I	Auslagentatbestand	I	Höhe	I
I	-----I					
I	Vorbemerkung 9:					
I	(1) Auslagen, die durch eine für begründet befundene Beschwerde					
I	entstanden sind, werden nicht erhoben, soweit das Beschwerdeverfahren					
I	gebührenfrei ist; dies gilt jedoch nicht, soweit das					
I	Beschwerdegericht die Kosten dem Gegner des Beschwerdeführers					
I	auferlegt hat.					
I	(2) Sind Auslagen durch verschiedene Rechtssachen veranlasst,					
I	werden sie auf die mehreren Rechtssachen angemessen verteilt.					
I	9000 I	I	Pauschale für die Herstellung und	I		I
I	I	I	Überlassung von Dokumenten:	I		I
I	I	I	1. Ausfertigungen, Ablichtungen und	I		I
I	I	I	Ausdrucke die auf Antrag angefertigt,	I		I
I	I	I	per Telefax übermittelt oder	I		I
I	I	I	angefertigt worden sind, weil die	I		I
I	I	I	Partei oder ein Beteiligter es	I		I
I	I	I	unterlassen hat, die erforderliche Zahl	I		I
I	I	I	von Mehrfertigungen beizufügen, oder	I		I
I	I	I	wenn per Telefax übermittelte	I		I
I	I	I	Mehrfertigungen von der Empfangseinrichtung	I		I
I	I	I	des Gerichts ausgedruckt werden:	I		I
I	I	I	für die ersten 50 Seiten je Seite	I	0,50 EUR	I
I	I	I	für jede weitere Seite	I	0,15 EUR	I
I	I	I	2. Überlassung von elektronisch	I		I
I	I	I	gespeicherten Dateien anstelle der in	I		I
I	I	I	Nummer 1 genannten Ausfertigungen,	I		I
I	I	I	Ablichtungen und Ausdrucke:	I		I
I	I	I	je Datei	I	2,50 EUR	I
I	I	I	(1) Die Höhe der Dokumentenpauschale nach	I		I
I	I	I	Nummer 1 ist in jedem Rechtszug und für	I		I
I	I	I	jeden Kostenschuldner nach § 28 Abs. 1 GKG	I		I
I	I	I	gesondert zu berechnen; Gesamtschuldner	I		I
I	I	I	gelten als ein Schuldner.	I		I
I	I	I	Die Dokumentenpauschale ist auch im	I		I
I	I	I	erstinstanzlichen Musterverfahren nach dem	I		I
I	I	I	KapMuG gesondert zu berechnen.	I		I
I	I	I	(2) Frei von der Dokumentenpauschale sind	I		I
I	I	I	für jede Partei, jeden Beteiligten, jeden	I		I
I	I	I	Beschuldigten und deren bevollmächtigte	I		I
I	I	I	Vertreter jeweils	I		I
I	I	I	1. eine vollständige Ausfertigung oder	I		I
I	I	I	Ablichtung oder ein vollständiger	I		I
I	I	I	Ausdruck jeder gerichtlichen	I		I
I	I	I	Entscheidung und jedes vor Gericht	I		I
I	I	I	abgeschlossenen Vergleichs,	I		I
I	I	I	2. eine Ausfertigung ohne Tatbestand und	I		I

I	I	Entscheidungsgründe und	I	I
I	I	3. eine Ablichtung oder ein Ausdruck	I	I
I	I	jeder Niederschrift über eine Sitzung.	I	I
I	I	§ 191a Abs. 1 Satz 2 GVG bleibt unberührt.	I	I
I	I	(3) Für die erste Ablichtung oder den	I	I
I	I	ersten Ausdruck eines mit	I	I
I	I	eidesstattlicher Versicherung abgegebenen	I	I
I	I	Vermögensverzeichnisses und der	I	I
I	I	Niederschrift über die Abgabe der	I	I
I	I	eidesstattlichen Versicherung wird von	I	I
I	I	demjenigen Kostenschuldner eine	I	I
I	I	Dokumentenpauschale nicht erhoben, von dem	I	I
I	I	die Gebühr 2115 oder 2116 zu erheben ist.	I	I
I 9001	I	Auslagen für Telegramme	I	in voller Höhe I
I 9002	I	Pauschale für Zustellungen mit Zustellungs-	I	I
I	I	urkunde, Einschreiben gegen Rückschein oder	I	I
I	I	durch Justizbedienstete nach § 168 Abs. 1	I	I
I	I	ZPO je Zustellung	I	3,50 EUR I
I	I	Neben Gebühren, die sich nach dem Streitwert	I	I
I	I	richten, mit Ausnahme der Gebühr 3700, wird	I	I
I	I	die Zustellungspauschale nur erhoben,	I	I
I	I	soweit in einem Rechtszug mehr als 10	I	I
I	I	Zustellungen anfallen. Im erstinstanzlichen	I	I
I	I	Musterverfahren nach dem KapMuG wird die	I	I
I	I	Zustellungspauschale für sämtliche	I	I
I	I	Zustellungen erhoben.	I	I
I 9003	I	Pauschale für	I	I
I	I	1. die Versendung von Akten auf Antrag je	I	I
I	I	Sendung	I	12,00 EUR I
I	I	2. die elektronische Übermittlung einer	I	I
I	I	elektronisch geführten Akte auf Antrag .	I	5,00 EUR I
I	I	(1) Die Hin- und Rücksendung der Akten	I	I
I	I	durch Gerichte oder Staatsanwaltschaften	I	I
I	I	gelten zusammen als eine Sendung.	I	I
I	I	(2) Die Auslagen werden von demjenigen	I	I
I	I	Kostenschuldner nicht erhoben, von dem die	I	I
I	I	Gebühr 2116 zu erheben ist.	I	I
I 9004	I	Auslagen für öffentliche Bekanntmachungen	I	I
I	I	1. bei Veröffentlichung in einem	I	I
I	I	elektronischen Informations- und	I	I
I	I	Kommunikationssystem, wenn ein Entgelt	I	I
I	I	nicht zu zahlen ist oder das Entgelt	I	I
I	I	nicht für den Einzelfall oder ein	I	I
I	I	einzelnes Verfahren berechnet wird:	I	I
I	I	je Veröffentlichung pauschal	I	1,00 EUR I
I	I	2. in sonstigen Fällen	I	in voller Höhe I
I	I	Auslagen für die Bekanntmachung eines	I	I
I	I	besonderen Prüfungstermins (§ 177 InsO,	I	I
I	I	§ 11 SVertO) werden nicht erhoben.	I	I
I 9005	I	Nach dem JVEG zu zahlende Beträge	I	in voller Höhe I
I	I	(1) Nicht erhoben werden Beträge, die an	I	I
I	I	ehrenamtliche Richter (§ 1 Abs. 1 Satz 1	I	I
I	I	Nr. 2 JVEG) gezahlt werden.	I	I
I	I	(2) Die Beträge werden auch erhoben, wenn	I	I
I	I	aus Gründen der Gegenseitigkeit, der	I	I
I	I	Verwaltungsvereinfachung oder aus	I	I
I	I	vergleichbaren Gründen keine Zahlungen zu	I	I
I	I	leisten sind. Ist aufgrund des § 1 Abs. 2	I	I
I	I	Satz 2 JVEG keine Vergütung zu zahlen, ist	I	I
I	I	der Betrag zu erheben, der ohne diese	I	I
I	I	Vorschrift zu zahlen wäre.	I	I
I	I	(3) Auslagen für Übersetzer, die zur	I	I

I	I Erfüllung der Rechte Blinder oder	I	I
I	I sehbehinderter Personen herangezogen werden	I	I
I	I (§ 191a Abs. 1 GVG), werden nicht, Auslagen	I	I
I	I für Gebärdensprachdolmetscher (§ 186 Abs. 1	I	I
I	I GVG) werden nur nach Maßgabe des Absatzes 4	I	I
I	I erhoben.	I	I
I	I (4) Ist für einen Beschuldigten oder	I	I
I	I Betroffenen, der der deutschen Sprache nicht	I	I
I	I mächtig, hör- oder sprachbehindert ist, im	I	I
I	I Strafverfahren oder im gerichtlichen	I	I
I	I Verfahren nach dem OWiG ein Dolmetscher oder	I	I
I	I Übersetzer herangezogen worden, um	I	I
I	I Erklärungen oder Schriftstücke zu übertragen,	I	I
I	I auf deren Verständnis der Beschuldigte oder	I	I
I	I Betroffene zu seiner Verteidigung angewiesen	I	I
I	I oder soweit dies zur Ausübung seiner	I	I
I	I strafprozessualen Rechte erforderlich war,	I	I
I	I werden von diesem die dadurch	I	I
I	I entstandenen Auslagen nur erhoben, wenn das	I	I
I	I Gericht ihm diese nach § 464c StPO oder die	I	I
I	I Kosten nach § 467 Abs. 2 Satz 1 StPO, auch	I	I
I	I i.V.m. § 467a Abs. 1 Satz 2 StPO, auferlegt	I	I
I	I hat; dies gilt auch jeweils i.V.m. § 46	I	I
I	I Abs. 1 OWiG.	I	I
I	I (5) Im Verfahren vor den Gerichten für	I	I
I	I Arbeitssachen werden Kosten für vom Gericht	I	I
I	I herangezogene Dolmetscher und Übersetzer	I	I
I	I nicht erhoben, wenn ein Ausländer Partei	I	I
I	I und die Gegenseitigkeit verbürgt ist oder	I	I
I	I ein Staatenloser Partei ist.	I	I
I 9006	I Bei Geschäften außerhalb der Gerichtsstelle	I	I
I	I 1. die den Gerichtspersonen aufgrund	I	I
I	I gesetzlicher Vorschriften gewährte	I	I
I	I Vergütung (Reisekosten, Auslagenersatz)	I	I
I	I und die Auslagen für die	I	I
I	I Bereitstellung von Räumen	I in voller Höhe	I
I	I 2. für den Einsatz von	I	I
I	I Dienstkraftfahrzeugen für jeden	I	I
I	I gefahrenen Kilometer	I 0,30 EUR	I
I 9007	I An Rechtsanwälte zu zahlende Beträge mit	I	I
I	I Ausnahme der nach § 59 RVG auf die	I	I
I	I Staatskasse übergegangenen Ansprüche	I in voller Höhe	I
I 9008	I Auslagen für	I	I
I	I 1. die Beförderung von Personen	I in voller Höhe	I
I	I 2. Zahlungen an mittellose Personen für die	I	I
I	I Reise zum Ort einer Verhandlung,	I	I
I	I Vernehmung oder Untersuchung und für die	I	I
I	I Rückreise	I bis zur Höhe	I
I	I	I der nach dem	I
I	I	I JVEG an Zeugen	I
I	I	I zu zahlenden	I
I	I	I Beträge	I
I 9009	I An Dritte zu zahlende Beträge für	I	I
I	I 1. die Beförderung von Tieren und Sachen	I	I
I	I mit Ausnahme der für Postdienstleistungen	I	I
I	I zu zahlenden Entgelte, die	I	I
I	I Verwahrung von Tieren und Sachen sowie	I	I
I	I die Fütterung von Tieren	I in voller Höhe	I
I	I 2. die Beförderung und die Verwahrung von	I	I
I	I Leichen	I in voller Höhe	I
I	I 3. die Durchsuchung oder Untersuchung von	I	I
I	I Räumen und Sachen einschließlich der die	I	I

I	I	Durchsuchung oder Untersuchung	I	I
I	I	vorbereitenden Maßnahmen	I in voller Höhe	I
I	I	4. die Bewachung von Schiffen und	I	I
I	I	Luftfahrzeugen	I in voller Höhe	I
I 9010	I	Kosten einer Zwangshaft, auch aufgrund	I	I
I	I	eines Haftbefehls nach § 901 ZPO	I in Höhe des	I
I	I	Maßgebend ist die Höhe des Haftkostenbeitrags, Haftkostenbeitrags		
I	I	der nach Landesrecht von einem Gefangenen	I	I
I	I	zu erheben ist.	I	I
I 9011	I	Kosten einer Haft außer Zwangshaft, Kosten	I	I
I	I	einer einstweiligen Unterbringung	I	I
I	I	(§ 126a StPO), einer Unterbringung zur	I	I
I	I	Beobachtung (§ 81 StPO, § 73 JGG) und einer	I	I
I	I	einstweiligen Unterbringung in einem Heim	I	I
I	I	der Jugendhilfe (§ 71 Abs. 2, § 72 Abs. 4	I	I
I	I	JGG)	I in Höhe des	I
I	I	Maßgebend ist die Höhe des Haftkostenbeitrags, Haftkostenbeitrags		
I	I	der nach Landesrecht von einem Gefangenen zu		I
I	I	erheben ist. Diese Kosten werden nur	I	I
I	I	angesetzt, wenn der Haftkostenbeitrag auch	I	I
I	I	von einem Gefangenen im Strafvollzug zu	I	I
I	I	erheben wäre.	I	I
I 9012	I	Nach dem Auslandskostengesetz zu zahlende	I	I
I	I	Beträge	I in voller Höhe	I
I 9013	I	Beträge, die inländischen Behörden, öffentlichen		I
I	I	Einrichtungen oder Bediensteten als Ersatz	I	I
I	I	für Auslagen der in den Nummern 9000 bis	I	I
I	I	9011 bezeichneten Art zustehen	I begrenzt durch	I
I	I	Die Beträge werden auch erhoben, wenn aus	I die Höchstsätze	I
I	I	Gründen der Gegenseitigkeit, der	I für die Auslagen	
I	I	Verwaltungsvereinfachung oder aus	I 9000 bis 9011	I
I	I	vergleichbaren Gründen keine Zahlungen zu	I	I
I	I	leisten sind.	I	I
I 9014	I	Beträge, die ausländischen Behörden,	I	I
I	I	Einrichtungen oder Personen im Ausland	I	I
I	I	zustehen, sowie Kosten des Rechtshilfeverkehrs		I
I	I	mit dem Ausland	I in voller Höhe	I
I	I	Die Beträge werden auch erhoben, wenn aus	I	I
I	I	Gründen der Gegenseitigkeit, der	I	I
I	I	Verwaltungsvereinfachung oder aus	I	I
I	I	vergleichbaren Gründen keine Zahlungen zu	I	I
I	I	leisten sind.	I	I
I 9015	I	Auslagen der in den Nummern 9000 bis 9014	I	I
I	I	bezeichneten Art, soweit sie durch die	I	I
I	I	Vorbereitung der öffentlichen Klage	I	I
I	I	entstanden sind	I begrenzt durch	I
I	I		I die Höchstsätze	I
I	I		I für die	I
I	I		I Auslagen 9000	I
I	I		I bis 9013	I
I 9016	I	Auslagen der in den Nummern 9000 bis 9014	I	I
I	I	bezeichneten Art, soweit sie durch das dem	I	I
I	I	gerichtlichen Verfahren vorausgegangene	I	I
I	I	Bußgeldverfahren entstanden sind	I begrenzt durch	I
I	I	Absatz 3 der Anmerkung zu Nummer 9005 ist	I die Höchstsätze	I
I	I	nicht anzuwenden.	I für die Auslagen	
I	I		I 9000 bis 9013	I
I 9017	I	An den vorläufigen Insolvenzverwalter,	I	I
I	I	den Insolvenzverwalter,	I	I
I	I	die Mitglieder des Gläubigerausschusses	I	I
I	I	oder die Treuhänder auf der Grundlage der	I	I
I	I	Insolvenzrechtlichen Vergütungsverordnung	I	I

I	I aufgrund einer Stundung nach § 4a InsO zu	I	I
I	I zahlende Beträge	I in voller Höhe	I
I 9018	I Im ersten Rechtszug des Prozessverfahrens:	I	I
I	I Auslagen des erstinstanzlichen Muster-	I	I
I	I verfahrens nach dem KapMuG zuzüglich	I	I
I	I Zinsen	I anteilig	I
I	I (1) Die im erstinstanzlichen Muster-	I	I
I	I verfahren entstehenden Auslagen nach	I	I
I	I Nummer 9005 werden vom Tag nach der	I	I
I	I Auszahlung bis zum rechtskräftigen Abschluss	I	I
I	I des Musterverfahrens mit 5 Prozentpunkten	I	I
I	I über dem Basiszinssatz nach § 247 BGB	I	I
I	I verzinnt.	I	I
I	I (2) Auslagen und Zinsen werden nur	I	I
I	I erhoben, wenn der Kläger nicht innerhalb	I	I
I	I von zwei Wochen ab Zustellung des	I	I
I	I Aussetzungsbeschlusses nach § 7 KapMuG seine	I	I
I	I Klage in der Hauptsache zurücknimmt.	I	I
I	I (3) Der Anteil bestimmt sich nach dem	I	I
I	I Verhältnis der Höhe des von dem Kläger	I	I
I	I geltend gemachten Anspruchs, soweit dieser	I	I
I	I Gegenstand des Musterverfahrens ist, zu	I	I
I	I der Gesamthöhe der vom Musterkläger und den	I	I
I	I Beigeladenen des Musterverfahrens in den	I	I
I	I Prozesserfahren geltend gemachten Ansprüche,	I	I
I	I soweit diese Gegenstand des Musterverfahrens	I	I
I	I sind. Der Anspruch des Musterklägers oder	I	I
I	I eines Beigeladenen ist hierbei nicht zu	I	I
I	I berücksichtigen, wenn er innerhalb von	I	I
I	I zwei Wochen ab Zustellung des Aussetzungs-	I	I
I	I beschlusses nach § 7 KapMuG seine Klage in	I	I
I	I der Hauptsache zurücknimmt.	I	I

Anlage 2 (zu § 34)

Fundstelle des Originaltextes: BGBI. I 2004, 775

Streitwert bis ... EUR	Gebühr ... EUR	Streitwert bis ... EUR	Gebühr ... EUR
300	25	40.000	398
600	35	45.000	427
900	45	50.000	456
1.200	55	65.000	556
1.500	65	80.000	656
2.000	73	95.000	756
2.500	81	110.000	856
3.000	89	125.000	956
3.500	97	140.000	1.056
4.000	105	155.000	1.156
4.500	113	170.000	1.256
5.000	121	185.000	1.356
6.000	136	200.000	1.456
7.000	151	230.000	1.606
8.000	166	260.000	1.756
9.000	181	290.000	1.906
10.000	196	320.000	2.056
13.000	219	350.000	2.206
16.000	242	380.000	2.356
19.000	265	410.000	2.506
22.000	288	440.000	2.656
25.000	311	470.000	2.806

30.000		340		500.000		2.956
35.000		369				